

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

53.

SITZUNG

16-3-1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 42:

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino-Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1966 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 42:

**« Voranschläge der Einnahmen und
Ausgaben der Region Trentino-Tiroler
Etschland für das Finanzjahr 1966 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9.35

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (P.C.I.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 15.3.1966.

de CARNERI (P.C.I.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Il verbale è approvato. Il cons. Lidia Menapace si è scusato per l'assenza dalla seduta odierna per impegni professionali, che l'obbligano a rimanere a Milano per l'intera giornata.

Il cons. Gouthier si giustifica per l'assenza perchè deve recarsi a Roma per impegni politici.

Riprende la discussione generale sul disegno di legge n. 42: « **Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1966** ».

Ha la parola il cons. Raffener.

RAFFEINER (T.H.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast alle Kollegen,

die vor mir sprachen, haben zum Thema, ob sich die Region bewährt hat, ob sie in ihrer gegenwärtigen Struktur beibehalten oder abgeändert werden soll, Stellung genommen. So möchte auch ich sagen, was ich darüber denke. Ich gehe nicht so weit, zu behaupten, daß die Region versagt hat. Sie hat manches Gute geleistet. Aber sie hat auch viele auf sie gesetzte Hoffnungen enttäuscht. Sie ist ein schwerfälliger, bürokratischer Apparat geworden, bestehend aus einem Regionalrat, zwei Provinzialräten, einem Regionalausschuß, zwei Provinzialausschüssen, einer Reihe von Regionalassessoren und noch viel mehr Provinzialassessoren, jeder mit seinem Beamtenstab, aus den verschiedenen mit der Prüfung der Gesetzesanträge betrauten Kommissionen, sowohl beim Regionalrat als auch bei den Provinzialräten. So sind die Mitglieder des Regionalrates, von den Assessoren gar nicht zu reden, fast immer unterwegs, um an all den Sitzungen teilnehmen zu können, und finden kaum Zeit, mit der Wählerschaft die vielen Probleme zu besprechen, deren Lösung von ihnen verlangt und erwartet wird. Die Region Trentino-Tiroler Etschland besteht eigentlich aus drei Regionen, wenn man unter Region — wie die italienische Rechtswissenschaft es tut — ein Gebiet versteht, das mit einer legislativen Kompetenz ausgestattet ist. Die beiden Provinzen Bozen und Trient besitzen jede für

sich eine eigene legislative und exekutive Kompetenz. Beide Provinzen sind dann zu einer Region, oder richtiger Super-Region, zusammengeschlossen, die ihrerseits wieder mit einer eigenen legislativen und exekutiven Kompetenz, die von jener der Provinzen verschieden ist, ausgestattet ist. Zu dieser eigentümlichen Konstruktion ist es aus verschiedenen Gründen gekommen: vor allem deswegen, weil die Bevölkerung der Provinz Bozen unter Berufung auf das Degasperi-Gruber-Abkommen eine eigene Autonomie für die Provinz Bozen haben wollte und man glaubte, dieser Forderung entsprechen zu müssen; dann, weil man auch den Trentinern entgegenkommen wollte, die ebenfalls auf die Gewährung einer Autonomie bestanden, indem sie auf die Versprechungen hinwiesen, die von der italienischen Regierung den neuen Provinzen gleich nach deren Annexion im Jahre 1920 gemacht worden waren, Versprechungen, die gegenüber Triest erst im Jahre 1963 eingelöst wurden und gegenüber der ladinischen Bevölkerung von Buchenstein und Cortina d'Ampezzo bis heute nicht eingelöst worden sind. Ein weiterer Grund, weshalb es zu dieser komplizierten Form der Region gekommen ist, muß darin erblickt werden, daß die römische Regierung und die « Costituente » bereit waren, gewisse legislative Kompetenzen, vor allem auf dem Sektor der Wirtschaft, nur einer gemeinsamen, beide Provinzen umfassenden Region, aber nicht den einzelnen Provinzen zu übertragen, weshalb die Trentiner unter Hinweis auf die vielhundertjährige gemeinsame Geschichte nicht aufhörten, die Südtiroler immer wieder zu bestürmen, ihnen im Kampf um eine solche wesentlich erweiterte Autonomie beizustehen. Daß sie dabei von Degasperi, der selbst Autonomist und Trentiner und damals Ministerpräsident war, unterstützt wurden, war selbstverständlich. Ich möchte an dieser Stelle

einschalten, daß das Trentino seit etwa 1270 bis zum Ende des ersten Weltkrieges, also durch 650 Jahre, wenn auch nicht de jure so doch de facto der politischen Herrschaft der Tiroler Grafen und später der Habsburger unterworfen war und so de facto mit der Grafschaft Tirol vereinigt war.

Diese vielhundertjährige gemeinsame Geschichte, die nebenher bemerkt zu zahlreichen blutmäßigen Verbindungen führte, was aus den vielen gemischten Familiennamen hervorgeht, läßt sich nicht ungeschehen machen. Besonders unter der Landbevölkerung des Trentino gibt es viele Leute, besonders ältere Jahrgänge, die noch immer eine Anhänglichkeit zeigen und eine vollständige Trennung des Trentino vom übrigen Südtirol schmerzlich empfinden. Dies ist aber eine Folge der vielhundertjährigen gemeinsamen Geschichte. Es wäre ungerecht, diesen Leuten Renegatentum vorzuwerfen, wie es oft von Leuten geschieht, die aus anderen Provinzen kommen und die Geschichte unseres Landes nicht kennen. Degasperi, der seine Trentiner sehr gut kannte, hat zweifellos auch dieser Stimmung Rechnung getragen. Sie ist daher ebenfalls als einer der Faktoren anzusehen, die bestimmend waren bei der Gestaltung des Autonomiestatutes, über dessen Mängel und Schwerfälligkeit wir uns heute beklagen. Dem Autonomiestatut wird von deutscher Seite hauptsächlich der Vorwurf gemacht, daß im Regionalrat die Deutschen eine Minderheit bilden, eine Minderheit, die der Majorisierung durch die italienische Mehrheit ausgeliefert sei. Der gleiche Vorwurf, nur umgekehrt, könnte auch dem Provinzialrat oder dem Landtag von Bozen gemacht werden, nämlich daß dort die Italiener eine Minderheit bilden, die der Majorisierung durch die deutsche Mehrheit ausgeliefert sei. Diese Zustände — die Minderheit der Deutschen im Regionalrat und die Minderheit

der Italiener im Bozner Landtag — halten sich gewissermaßen die Waage. Unwillkürlich muß man da an das wenig erbauliche Sprichwort denken, das in etwas gemilderter Form lautet: « Schlägst du meinen Hund, schlage ich deinen Hund ». Die gegenwärtige Struktur der Region ist eben durch diese Art von politischem Gleichgewicht gekennzeichnet. Einen gewissen Schutz gegen die Majorisierung der Deutschen durch die Italiener im Regionalrat bildet der Art. 73 des Autonomiestatuts, demzufolge die Regionalbilanzen sowohl von der Mehrheit der Abgeordneten der Provinz Bozen als auch von der Mehrheit der Abgeordneten der Provinz Trient genehmigt werden müssen. Eigentlich sollte eine analoge Bestimmung für alle Gesetze gelten, die vom Regionalrat beschlossen werden und sogar für die Beschlüsse, die vom Regionalausschuß gefaßt werden. Denn nur so kann eine Majorisierung der Südtiroler durch die Italiener auf regionaler Ebene wirksam verhindert werden. Ähnliche Bestimmungen müßten dann aber auch für die Provinz Bozen gelten, nämlich daß die Gesetze des Landtages und auch die Entschlüsse des Landesausschusses von der Mehrheit sowohl der deutschsprachigen als auch der italienischsprachigen Gruppe der betreffenden Körperschaften approbiert werden müssen, damit jede Majorisierung einer Volksgruppe durch die andere verhindert wird. Dies hätte aber zur Folge, daß, wenn die doppelte Mehrheit für ein Gesetz oder einen Beschluß nicht zustandekommt, eine übergeordnete Stelle die Entscheidung an sich ziehen und jene Vorkehrungen treffen müßte, die eben notwendig sind, ähnlich wie es im Art. 73 des Statuts für die Genehmigung der Regionalbilanzen durch den Innenminister vorgesehen ist. Denn man kann dringende Probleme auf die Dauer nicht ungelöst lassen. Nun ist es aber ganz klar, daß durch die Einfügung derartiger Bestimmungen

ins Autonomiestatut der ganze Apparat noch viel schwerfälliger wird, als er heute schon ist. Jede Volksgruppe hätte es dann in der Hand, durch systematische Opposition die Tätigkeit der Regional- und Provinzialorgane vollständig lahmzulegen und die Autonomie auf diese Weise illusorisch zu machen. So läßt sich also das Problem des Schutzes der Minderheit in einem gemischtsprachigen Gebiet nicht lösen.

Von verschiedenen Vorrednern wurde verlangt, daß die Region aufgelöst und an ihrer Stelle zwei voneinander vollkommen unabhängige Provinzen geschaffen werden, denen in Ergänzung der Kompetenzen, die sie bereits besitzen, auch die Kompetenzen, die gegenwärtig der Region zustehen, übertragen werden sollen. Man glaubt oder hofft, daß auf diese Weise das Problem Südtirol, das Problem des Minderheitenschutzes und des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Sprachgruppen in Südtirol gelöst werden könne. Ich kann diesen Optimismus nicht teilen. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß die Autonomie als solche durchaus kein geeignetes Mittel ist, in einem gemischtsprachigen Gebiet eine sprachliche Minderheit gegen eine Überstimmung durch die Mehrheit und mithin gegen eine Unterdrückung zu schützen. Nach meiner Ansicht ist es auch gar nicht Aufgabe der Region oder der Provinz oder der Gemeinden, sprachliche Minderheiten zu schützen. Diese Aufgabe obliegt dem Staat und der Zentralregierung. Es ist ganz schön und recht, daß das Autonomiestatut Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten enthält, wie zum Beispiel jene über die proportionelle Vertretung der Sprachgruppen im Regionalausschuß, im Landesausschuß und in anderen Körperschaften. Wenn in diesen Körperschaften die Wünsche der Minderheiten weitgehend respektiert und berücksichtigt werden, so verdient

eine solche Haltung gewiß Anerkennung und Lob. Aber es ist trotzdem nicht eigentlich Aufgabe dieser Körperschaften, die Minderheiten gegen Mehrheitsüberstimmungen zu schützen. Sie würden ja mit sich selbst in Widerspruch geraten. Der Schutz der sprachlichen Minderheiten ist eine wesentliche Aufgabe des Staates, also des Parlamentes und der Regierung in Rom. Der Art. 6 der Verfassung lautet: « La Repubblica tutela con apposite norme le minoranze linguistiche ». Die Erfüllung dieser Aufgabe wird den Zentralorganen in einem übernationalen Staat natürlich leichter fallen als in einem Nationalstaat, wo die Regierung mit der Stimmung der Volksmehrheit rechnen muß. Wir wären nun aber einmal in einem Nationalstaat und müssen uns mit dieser Tatsache abfinden.

Ich verspreche mir auch von einer Ausweitung der Kompetenzen keine Lösung. Solange sich die Sprachgruppen, wie es in der Provinz Bozen der Fall ist, in getrennten Lagern gegenüberstehen, bedeutet nach meiner Ansicht jede Ausweitung der Kompetenzen nur eine Vergrößerung der Reibungsflächen und mithin eine Verschärfung der bestehenden Gegensätze und Spannungen. Das Primäre ist der gute Wille, die Bereitschaft der Sprachgruppen, in Frieden miteinander auszukommen und selbst die beste Autonomie kann diesen guten Willen nicht ersetzen. Erst wenn dieser gute Wille vorhanden ist, sind die Voraussetzungen gegeben, daß die Autonomie dem Wohle aller dient und nicht zur Unterdrückung der einen oder anderen Volksgruppe mißbraucht wird. Während der ersten Legislatur hat die Autonomie verhältnismäßig gut funktioniert, weil die Männer, die damals im Regionalrat saßen, gute Verwalter waren und aus der gegebenen Autonomie das Beste herauszuholen wußten. So blieb es, bis aus Gründen, auf die ich nicht näher eingehen

will, die Politik in den Regionalrat Einzug hielt. Mit dem Einzug der Politik und dem Auszug der Vertreter der S.V.P. aus dem Regionalausschuß wurde dann der große Fehler begangen, der zur aussichtslosen Situation von heute geführt hat. Natürlich will niemand den begangenen Fehler zugeben und so hat auch die Einladung an die S.V.P., in den Regionalausschuß zurückzukehren, wenig Aussicht auf Erfolg, was ich persönlich nur bedauern kann. Denn die Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei sollten dort wo ich sitze, nämlich am Tisch des Regionalausschusses, ihren Sitz haben, denn sie vertreten die große Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung und nicht ich, der ich nur eine kleine Minderheit verrete. Es ist ein Recht, ein verfassungsmäßiges Recht der deutschen Volksgruppe, im Regionalausschuß vertreten zu sein und ich finde es unverantwortlich, wenn von diesem Recht nicht Gebrauch gemacht wird. Wie gesagt, es fehlt der gute Wille. Und solange dieser fehlt, wird weder die gegenwärtig bestehende Regionalautonomie noch eine andere Autonomie mit noch so weitgehenden Kompetenzen imstande sein, das Problem des Zusammenlebens der verschiedenen Volksgruppen in Südtirol in zufriedenstellender Weise zu lösen. Die Autonomie kann den guten Willen nicht ersetzen. Der gute Wille muß der Autonomie vorangehen. Dann erst kann die Autonomie richtig funktionieren. Es müßte also vererst auf die Bildung des erforderlichen guten Willens hin gearbeitet werden. Dies müßte eigentlich Aufgabe der Kirche, der Schule und der Presse sein. Leider sind wir von der Erreichung dieses Zieles noch weit entfernt. Die gestrige Intervention des Gruppenführers der S.V.P., des Herrn Dr. Volgger, klang wie die « requisitoria » eines Staatsanwaltes. Ich glaube nicht, daß derartige Anklagereden geeignet sind, eine bessere Atmosphäre herbeizuführen. Österreich

und mit ihm die S.V.P. klagen Italien an, den Vertrag Degasperi-Gruber nicht erfüllt zu haben. Italien weist diese Anschuldigung zurück und behauptet das Gegenteil. Der Streit, wer recht hat, wird weder von uns noch von den Politikern, noch von der Presse jemals entschieden werden. Er könnte einzig und allein von einem unparteiischen internationalen Gericht entschieden werden. Italien hat verlangt, daß die Entscheidung dem Haager Schiedsgericht übertragen werde. Österreich hat sich dem widersetzt.

Ich kann nicht verstehen, daß Italien, wenn es wirklich überzeugt war, den Vertrag erfüllt zu haben, nicht hartnäckiger auf die Entscheidung durch das Schiedsgericht bestanden hat, umso mehr als es sich um eine für das Prestige des Staates so wichtige Frage handelt. Ich kann aber auch Österreich nicht verstehen, daß es, wenn es seiner Sache so sicher war, sich weigerte, die Streitfrage, ob Italien den Vertrag erfüllt hat oder nicht erfüllt hat, von einem internationalen, unparteiischen Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Es scheint, daß es sich seiner Sache doch nicht ganz sicher fühlte. Die Einwendung, daß es sich um eine politische und nicht juristische Frage handle, ist eine armselige Ausrede. Denn die Frage, ob ein Vertrag erfüllt wurde oder nicht, ist immer eine juristische Frage. Es ist bedauerlich, daß es zu keiner schiedsgerichtlichen Entscheidung dieser Streitfrage gekommen ist.

Denn dadurch wäre ein großer Haufen Schutt, der sich zwischen beiden Teilen aufgetürmt hat, aus dem Weg geräumt worden. Statt dessen fährt man mit den Anschuldigungen und Widerreden fort, als ob man kein anderes Ziel vor Augen hätte, als den Streit in aeternum fortzusetzen. Es scheint, daß in manchen Kreisen, auf der einen und der andern Seite, nicht der geringste gute Wille zu einer Verständigung vorhanden ist.

Viele tun zwar so, als ob sie wollten, aber sie wollen nicht. Da darf man sich also nicht wundern, wenn die Aussichten zu einer Lösung und Befriedung zu gelangen, so gering sind. Wir haben seinerzeit um die Autonomie gekämpft, um zu einer vereinfachten, volksnahen Verwaltung zu gelangen und gegen eine römische Diktatur, wie wir sie unter dem Faschismus erlebt haben, geschützt zu sein. Gewiß geht es uns heute nicht mehr so schlecht, wie es uns unter dem Faschismus ergangen ist. Aber trotzdem sind unsere auf die Autonomie gesetzten Erwartungen leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Verwaltung ist noch schwerfälliger und komplizierter geworden, als sie früher war. Rechtsunsicherheit und Willkür haben auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens Platz gegriffen. In der Provinz Bozen stehen wir der Diktatur einer Einheitspartei gegenüber, die zwar nicht über Konzentrationslager und Liparische Inseln verfügt, aber immerhin Mittel und Wege findet, jene zu bedrücken und zu drangsalieren, die sich nicht ihrem Willen fügen. Wir können also, wie die Dinge heute liegen, in einer Umgestaltung der Autonomie oder in einer Verschiebung der Kompetenzen kein geeignetes Mittel erblicken, um eine Befriedung der Sprachgruppen in Südtirol herbeizuführen. Soviel zum Thema der Region und ihrer gegenwärtigen Struktur.

Ich habe mich schon öfter gewundert, von welcher Bestimmung des Autonomiestatuts der Bozner Landtag die Zuständigkeit für die sogenannte Raumordnung herleitet. Der Art. 11 des Statuts spricht unter Zahl 6 von der « urbanistica » und den « piani regolatori ». Nun sind aber im italienischen Recht « urbanistica » und « piani regolatori » begrifflich lange nicht dasselbe, was in der deutschen und österreichischen Rechtsprache unter dem Begriff « Raumordnung » verstanden wird. Bei Durchsicht der in der Provinz Bozen bisher

genehmigten oder ausgearbeiteten Bebauungspläne gewinnt man den Eindruck, daß es der Landesverwaltung hauptsächlich darum zu tun ist, unter Hinweis auf Landschaftsschutz und Raumordnung, keine Vergrößerung der Städte, vor allem der Stadt Bozen, zuzulassen, sondern sie zu unterbinden, und insbesondere die Niederlassung großer Industriekomplexe geradezu zu verhindern. Die Einwohnerzahl von Bozen soll auf keinen Fall über die 100.000 hinauswachsen. Dieser Eindruck wird noch durch das ganze Verhalten der S.V.P. und durch die vielen industriefeindlichen Äußerungen bestärkt und bestätigt, die man aus dem Munde ihrer berufenen Wortführer immer wieder zu hören bekommt. Andererseits wird darüber geklagt, daß die Jugend Südtirols gezwungen sei, die Heimat zu verlassen und anderswo einen Broterwerb zu suchen. Nach amtlichen Angaben sind in den letzten Jahren weit über 10.000 Südtiroler ins Ausland abgewandert. Wir haben in Südtirol einen großen Geburtenüberschuß, besonders bei der deutschsprachigen Bevölkerung. Um diesen Bevölkerungsüberschuß der Heimat zu erhalten, müssen Jahr für Jahr neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wo aber sollen diese geschaffen werden, wenn nicht in der Industrie? Die Landwirtschaft kann keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Dort werden im Gegenteil Arbeitskräfte abgebaut. Auch der Handel kommt nicht in Frage, denn er ist ebenfalls in einer Phase der Schrumpfung und des Abbaues, der Rückentwicklung. Er ist auf die anderen Wirtschaftszweige auf die warenerzeugenden Wirtschaftszweige angewiesen, denn ohne Waren kann auch der Handel nicht florieren.

Der Fremdenverkehr hat seine Bedeutung. Er ist eine Nebenindustrie, dessen Bedeutung aber auch nicht überschätzt werden darf. Er verschafft vielen ein zusätzliches

Einkommen. Aber die ganze Welt kann nicht vom Fremdenverkehr allein leben. Viele Südtiroler verdienen in der Fremdenindustrie ihr Brot, nicht nur bei uns, sondern vor allem auch in der Schweiz und in ganz Italien. Vom Gardasee bis nach Sizilien, bis Taormina und Palermo ist kaum ein Hotel anzutreffen, in dem nicht Südtiroler als Stubenmädchen oder Hausdiener oder Portier, oft auch als Hotelsekretär angestellt sind. Aber wir brauchen Arbeitsplätze in unserer Heimat, wenn wir verhindern wollen, daß unsere Jugend aus der Heimat abwandert. Dafür aber gibt es nur einen Wirtschaftssektor, wo Aussicht besteht, eine große Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen und dies ist die Industrie. Wir haben daher das größte Interesse, daß die bestehende Industrie erhalten bleibt und daß neben ihr neue, große Industrien erstehen. Die kleinen Industrien, wie die Hosenfabrik in Klausen und im Vinschgau, können das Problem nicht lösen. Sie sind nur ein Tropfen auf einem heißen Stein. Wir brauchen große Industrien mit vielen Arbeitsplätzen und wir müssen jedem Kapitalisten, und wenn sich ein solcher nicht findet, dem Staat dankbar sein, wenn er sich herbeiläßt, bei uns solche Industrien ins Leben zu rufen, und wir müssen jede in diese Richtung arbeitende Privatinitiative unterstützen. Mit Bitternis denken wir daran, daß die Bozner Industriezone seinerzeit vom Faschismus geschaffen worden ist, um uns Deutsche zu verdrängen, um Italiener aus anderen Provinzen heranzuziehen und Bozen zu italianisieren. Damals wurden unsere Leute von der Arbeit in der Industriezone ausgeschlossen. Kein Wunder, daß unsere Leute beim bloßen Wort Industrie oder Industriezone kopfscheu werden und heute noch der Sache mißtrauisch gegenüberstehen. Aber die Zeiten haben sich geändert. In den Jahren nach dem letzten Krieg wurden auch unsere Leute in der

Industriezone aufgenommen. Wenn dies augenblicklich nicht mehr geschieht, ist es wegen der unglückseligen Konjunktur, die Neuaufnahmen verhindert und sogar zu Entlassungen zwingt. Wir haben aber ein Interesse, daß die Industrie gerettet wird, daß neben ihr neue Industrien erstehen und mit ihnen auch das Baugewerbe wieder aufblüht, weil nur in der Industrie die Möglichkeit zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze für unsere heranwachsende Jugend gegeben ist. Auch die meisten Zweige des Handwerks können nur bestehen, wenn die Industrie und vor allem das Baugewerbe wieder gedeiht. Es wird immer wieder die Befürchtung geäußert, daß die Schaffung neuer Industrien die Gefahr einer weiteren Zuwanderung aus den alten Provinzen mit sich bringen könnte. Ob dies der Fall sein wird, hängt aber vom Verhalten unserer Leute ab, ob sie nämlich bereit sind, als Arbeiter in den Fabriken einzutreten oder ob sie, vielleicht weil ihnen im Ausland ein höherer Lohn winkt, es vorziehen, andern den Platz zu räumen. Wenn dem so wäre, müssen wir es uns selbst zuschreiben, wenn wir allmählich unterliegen. Es ist notwendig, unsere Jugend zu einem neuen Arbeitsethos zu erziehen, so daß sie nicht im größeren Lohn, im höheren Lebensstandard ihr Lebensziel erblickt, sondern vielmehr in der Liebe und Treue zur Heimat und in der einfachen Lebensweise. Denn es ist in dieser Welt nun einmal so, daß der Bedürfnislose immer und überall über den Vielverbraucher den Sieg davon trägt.

Ferner ist zu bedenken, daß auch in Deutschland eines Tages eine Wirtschaftskrise auftreten kann, wie es schon einmal vor dem Jahre 1933 der Fall war, als Millionen von Arbeitslosen vergebens an die Tore der Fabriken pochten, die nicht geöffnet wurden, weil keine Arbeitsaufträge vorlagen. Ich will kein Pessimist sein. Aber wer sich auch für

andere verantwortlich fühlt, muß zugeben, daß das, was schon einmal war, sich wiederholen könnte. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich dasselbe zugetragen. Es ist selbstverständlich, daß im Falle einer solchen Wirtschaftskrise zuerst die Ausländer, die Fremdarbeiter entlassen werden und dann erst die Einheimischen. Man stelle sich bloß die Katastrophe vor, die eintreten würde, wenn die Fremdarbeiter in ihre Heimat zurückkehren müßten und dort keine Arbeitsplätze vorfinden, wie es ja wahrscheinlich wäre. Es ist also gut, für die eigenen Leute in der eigenen Heimat Arbeitsplätze zu schaffen und diese fest zu behaupten und nicht deshalb anderen preiszugeben, weil vorübergehend anderswo bessere Löhne bezahlt, mehr Freizeit und ein höherer Lebensstandard zugesichert werden.

(Signor Presidente, Signore e Signori! Quasi tutti i colleghi che hanno parlato prima di me si sono pronunciati sul tema se la Regione abbia dato buona prova di sè, se sia opportuno mantenere l'odierna struttura o modificarla: così anch'io vorrei dire quello che penso. Non arrivo ad affermare che la Regione abbia fallito: essa ha avuto buoni spunti, ma ha anche deluso molte speranze in lei riposte. Essa è diventata un apparato pesante e burocratico che si compone di un Consiglio regionale, due Consigli provinciali, una Giunta regionale e due Giunte provinciali, di tutta una serie di Assessori regionali e ancor più Assessori provinciali, ognuno con il suo stato maggiore di funzionari, di diverse commissioni incaricate di esaminare i disegni di legge tanto del Consiglio regionale quanto dei Consigli provinciali. Così i membri del Consiglio regionale, per non parlare degli Assessori, sono quasi sempre in viaggio per poter partecipare a tutte le sedute ed hanno pochissimo tempo per discutere con gli elettori i problemi di cui si aspetta da loro una

soluzione. La Regione Trentino-Alto Adige è composta praticamente di tre Regioni, se per Regione si intende (come fa la giurisprudenza italiana) un territorio dotato di competenze legislative: le due Province di Bolzano e di Trento hanno infatti ognuna competenze legislative ed esecutive proprie. Le due Province sono poi riunite in una Regione, o più esattamente Super-Regione, che a sua volta possiede competenze legislative ed esecutive proprie diverse da quelle delle due Province. A questa singolare costruzione si è arrivati per diverse ragioni: prima di tutto perchè la popolazione della Provincia di Bolzano, richiamandosi all'Accordo Degasperi-Gruber, reclamava un'autonomia a parte per questa provincia e si era dell'avviso di dover soddisfare tale richiesta; poi anche perchè si voleva venire incontro ai trentini che a loro volta insistevano per avere un'autonomia, richiamandosi alle promesse fatte dal Governo italiano alle nuove province all'indomani della loro annessione nel 1920. Tali promesse sono state mantenute nei confronti di Trieste appena nel 1963 e nei confronti delle popolazioni ladine di Livinallongo e di Cortina d'Ampezzo non lo sono ancora. Un'altra ragione per cui siamo giunti all'attuale complicata forma di regione va ricercata nel fatto che il Governo di Roma e la Costituente erano disposti a concedere determinate competenze legislative, soprattutto nel campo economico, soltanto ad una Regione che comprendesse entrambe le Province, ma non alle province singole; per tale ragione i trentini non desistevano dal cercar di persuadere i sudtirolesi, richiamandosi ai secoli di storia comune, ad affiancarsi a loro nella lotta per tale ampliata autonomia. Che essi fossero appoggiati in ciò da Degasperi, egli stesso autonomista e trentino ed allora Presidente del Consiglio dei Ministri, era logico e naturale. Vorrei dire a questo punto che il Trentino,

pressappoco dal 1270 fino alla fine della prima guerra mondiale, dunque per circa 650 anni, fu sottoposto, se non di diritto almeno di fatto, al dominio politico dei conti del Tirolo prima e degli Asburgo poi, risultando così praticamente unito alla contea del Tirolo. Non è possibile cancellare tutti questi secoli di storia comune, che, detto per inciso, hanno portato a numerosi legami di sangue come si può constatare dai molti cognomi misti. Specialmente fra la popolazione delle campagne trentine, ed in particolare fra gli anziani, esistono ancora persone che dimostrano un certo attaccamento ed a cui una completa separazione del Trentino dal Sudtirolo darebbe un dispiacere. Questa è una delle conseguenze dei secoli di storia comune. Sarebbe ingiusto rinfacciare a questa gente di essere dei rinnegati come fanno spesso persone che vengono da altre province e non conoscono la storia della nostra terra. Degasperi, che conosceva molto bene i suoi trentini, ha senza dubbio tenuto conto anche di questo stato d'animo. Esso va perciò considerato come uno dei fattori che hanno determinato la struttura dello Statuto di autonomia, le cui deficienze e la cui pesantezza oggi lamentiamo. Da parte tedesca si rimprovera allo Statuto soprattutto il fatto che nel Consiglio regionale i tedeschi siano in minoranza e perciò esposti alla sopraffazione da parte della maggioranza italiana. Lo stesso rimprovero, soltanto invertito, potrebbe farsi al Consiglio provinciale di Bolzano, quello cioè che gli italiani vi formino una minoranza esposta alla sopraffazione da parte della maggioranza tedesca. Queste circostanze, minoranza dei tedeschi nel Consiglio regionale e minoranza degli italiani nel Consiglio provinciale, si equilibrano in un certo modo a vicenda. Senza volerlo vien fatto di pensare a quel proverbio poco edificante che in una forma più mite suona: Se batti il mio cane, batterò il tuo. Anche l'attuale

struttura della Regione è caratterizzata da questa specie di equilibrio politico. Una certa tutela alla messa in minoranza dei tedeschi da parte degli italiani nel Consiglio regionale è costituita dall'art. 73 dello Statuto di autonomia, in base al quale i bilanci regionali devono avere l'approvazione tanto della maggioranza dei cons. della Provincia di Bolzano quanto della maggioranza dei cons. della provincia di Trento. Un'analoga disposizione dovrebbe valere per tutte le leggi emanate dal Consiglio regionale e perfino per le delibere prese dalla Giunta regionale. Soltanto in tal modo infatti si può evitare efficacemente che i sudtirolesi vengano messi in minoranza dagli italiani su piano regionale. Disposizioni analoghe dovrebbero applicarsi però anche per la provincia di Bolzano, cioè le leggi del Consiglio provinciale ed anche le delibere del Governo provinciale dovrebbero essere approvate dalla maggioranza tanto del gruppo italiano quanto del gruppo tedesco dell'ente interessato, appunto per evitare una messa in minoranza di un gruppo da parte dell'altro. Da ciò risulterebbe però che, nel caso non si riuscisse a raggiungere tale doppia maggioranza per una legge od una delibera, un'istanza superiore dovrebbe assumersi la decisione e prendere le misure necessarie, analogamente a quanto è previsto nell'art. 73 dello Statuto per l'approvazione dei bilanci regionali da parte del Ministro degli Interni. Non si possono infatti lasciare insoluti per lungo tempo problemi importanti: Ora è chiaro però che, con l'introduzione nello Statuto di autonomia di disposizioni del genere, tutto l'apparato diventa ancora più pesante di quanto non sia ora. Ognuno dei gruppi etnici avrebbe allora in mano i mezzi per paralizzare completamente, attraverso una sistematica opposizione, l'attività degli organi provinciali e regionali e rendere così illusoria l'autonomia. Il problema della tutela della minoranza in un territorio

mistilingue non si lascia dunque risolvere con tale sistema.

Diversi degli oratori che mi hanno preceduto hanno chiesto che la Regione sia eliminata e che al suo posto si creino due Province completamente indipendenti, a cui dovrebbero essere assegnate, in aggiunta alle competenze che già possiedono, anche le competenze attualmente in mano alla Regione. Si crede o si spera di poter risolvere in tal modo il problema altoatesino, il problema della tutela della minoranza e della pacifica coesistenza dei diversi gruppi linguistici in Alto Adige. Non posso condividere un siffatto ottimismo: io sono del parere che l'autonomia in sè non sia il sistema adatto a difendere una minoranza linguistica, in una zona mistilingue, dall'essere sopraffatta e soffocata dalla maggioranza. A mio avviso la protezione delle minoranze linguistiche non è compito nè della Regione, nè della Provincia o dei comuni: essa spetta allo Stato ed al Governo centrale. E' senz'altro una bella cosa che lo Statuto di autonomia contenga disposizioni di tutela delle minoranze, come per es. quella sulla rappresentanza proporzionale dei gruppi etnici nelle Giunte regionale e provinciale ed in altri enti. Se in questi enti si rispettano i desideri della minoranza tenendone ampiamente conto, tale atteggiamento è senz'altro degno di riconoscimento e di lode: rimane però il fatto che non è compito di tali enti proteggere le minoranze da una maggiorizzazione, perchè con ciò essi cadrebbero in contraddizione con se stessi. La protezione delle minoranze è uno dei compiti fondamentali dello Stato, dunque del Parlamento e del Governo di Roma. L'art. 6 della Costituzione recita: « La Repubblica tutela con apposite norme le minoranze linguistiche ». Naturalmente sarà più facile adempiere a tale compito in uno stato sopranazionale che in uno stato nazionale, in cui il governo deve fare i conti con gli umori della maggio-

ranza della popolazione. Noi ci troviamo in uno stato nazionale e dobbiamo accettare tale circostanza.

Non mi riprometto una soluzione neanche da un ampliamento delle competenze. Finchè i due gruppi etnici, come è il caso della Provincia di Bolzano, stanno l'uno di fronte all'altro in due campi compatti, ogni ampliamento delle competenze non significa secondo me che un aumento della superficie di attrito e perciò un riacutizzarsi degli attuali contrasti e dell'attuale tensione. La cosa più importante è la buona volontà, la disposizione dei due gruppi a vivere insieme ed in pace; neanche la migliore forma di autonomia può sostituire tale buona volontà. Soltanto la buona volontà crea le premesse perchè l'autonomia serva al bene di tutti e non se ne abusi per sopraffare l'uno o l'altro gruppo etnico. Nel corso della prima legislatura l'autonomia ha funzionato relativamente bene, perchè gli uomini che sedevano allora in Consiglio regionale erano buoni amministratori e dall'autonomia sapevano cavare il meglio. E così rimase finchè, per ragioni che non voglio trattare ora più dettagliatamente, non entrò in Consiglio la politica. Con l'entrata della politica ed il ritiro dei rappresentanti della SVP dalla Giunta regionale si è commesso il grave errore che ha portato all'attuale situazione senza uscita. Naturalmente nessuno vuole ammettere l'errore commesso e così anche l'invito rivolto alla SVP di ritornare nella Giunta regionale ha poche possibilità di successo, ciò di cui non posso che rammaricarmi. Al mio posto, al tavolo della Giunta regionale, dovrebbero infatti sedere i cons. della SVP perchè sono essi i rappresentanti della maggioranza della popolazione di lingua tedesca, e non io che rappresento solo una piccola minoranza. E' un diritto, un diritto costituzionale del gruppo etnico tedesco essere rappresentato nel Governo regionale ed io trovo irresponsabile

non fare uso di questo diritto. Come ho detto, manca la buona volontà; e finchè essa mancherà nè l'autonomia regionale attualmente esistente nè un'altra autonomia fornita di pur amplissime competenze sarà in grado di risolvere in modo soddisfacente il problema della coesistenza fra diversi gruppi etnici in Alto Adige. L'autonomia non può sostituire la buona volontà e questa deve precedere l'autonomia; soltanto allora quest'ultima sarà in grado di ben funzionare. Prima di tutto bisognerebbe dunque darsi da fare per creare la necessaria buona volontà: ciò dovrebbe esser compito della chiesa, della scuola e della stampa. Purtroppo però siamo ancora lontanissimi da questa meta. L'intervento tenuto ieri dal capogruppo della SVP, dott. Volgger, suonava come la requisitoria di un pubblico ministero. Non credo che tali requisitorie siano le più adatte a creare un'atmosfera più distesa. L'Austria, e con lei la SVP, accusano l'Italia di non aver adempiuto l'Accordo Degasperi-Gruber. L'Italia rigetta l'accusa ed afferma il contrario. La controversia sulla ragione e sul torto non potrà mai esser risolta nè da noi, nè dagli uomini politici, nè dalla stampa: essa potrebbe esser decisa unicamente da un tribunale internazionale imparziale.

L'Italia ha chiesto che il giudizio venga demandato al Tribunale arbitrale internazionale di Haag e l'Austria si è opposta. Non capisco perchè l'Italia, se era veramente convinta di aver rispettato il trattato, non abbia insistito oltre per un giudizio della corte di Haag, tanto più che si tratta di una questione di particolare importanza per il prestigio dello Stato. Non riesco però a capire neanche perchè l'Austria, se era tanto sicura del fatto suo, si sia rifiutata di sottoporre alla decisione di un tribunale internazionale imparziale la questione controversa e cioè se l'Italia abbia o meno rispettato l'Accordo. Sembra che neanche essa

si sentisse del tutto sicura. L'obiezione che si trattava di una questione politica e non giuridica è una misera scusa, perchè l'adempienza o l'inadempienza di un Accordo è sempre una questione giuridica. E' deplorabile che non si sia arrivati ad un giudizio del tribunale arbitrale sulla controversia: ciò avrebbe spazzato via la gran montagna di detriti che si è accumulata fra le due parti. Invece si continua con le accuse e le obiezioni, come se l'unico scopo fosse quello di continuare in eterno la contesa. Sembra che in alcuni circoli tanto dell'una quanto dell'altra parte non esista la minima buona volontà di arrivare ad un accordo. Molti fanno finta di averla ma non l'hanno affatto; così non bisogna stupirsi se le probabilità di arrivare ad una soluzione ed ad una pacificazione sono tanto scarse. A suo tempo ci siamo battuti per l'autonomia, per arrivare ad una amministrazione semplificata ed a più diretto contatto della popolazione e per essere protetti contro una dittatura romana come quella che abbiamo provato col fascismo. Senz'altro oggi non stiamo più così male come stavamo col fascismo; però le speranze che avevamo riposte nell'autonomia non si sono purtroppo realizzate. L'amministrazione si è fatta ancora più pesante e complicata di quanto non fosse prima, l'insicurezza giuridica e l'arbitrio hanno preso piede in quasi tutti i campi della vita pubblica.

Nella provincia di Bolzano ci troviamo di fronte alla dittatura di un partito unico, che pur non disponendo di campi di concentramento e di Isole Lipari trova mezzi e vie per opprimere ed angariare chi non si sottomette al suo volere. Così come stanno oggi le cose, non possiamo vedere in una riforma dell'autonomia o in un trasferimento delle competenze il mezzo adatto per portare in Alto Adige alla pacificazione fra i gruppi linguistici. Questo è

quanto volevo dire sul tema Regione e sulla sua attuale struttura.

Spesso mi sono chiesto con meraviglia da quale norma dello Statuto di autonomia il Consiglio provinciale di Bolzano tragga la competenza sulla cosiddetta urbanistica. L'art. 11 dello Statuto parla al numero 6) di « urbanistica » e di « piani regolatori ». Nel diritto italiano l'« urbanistica » ed i « piani regolatori » non hanno però neanche lontanamente lo stesso significato che ha, nel linguaggio giuridico tedesco ed austriaco, la parola « Raumordnung ». Scorrendo i piani regolatori approvati od elaborati finora per la provincia di Bolzano si ha l'impressione che all'amministrazione provinciale importi soprattutto di non permettere, richiamandosi alla protezione del paesaggio ed all'urbanistica, l'ampliamento dei centri cittadini, in particolare della città di Bolzano, anzi di limitarne lo sviluppo ed in special modo di evitare addirittura l'insediamento di complessi industriali di qualche mole. Il numero degli abitanti di Bolzano non deve in ogni caso superare i 100.000. Tale impressione è ancora rafforzata e confermata da tutto l'atteggiamento della SVP e dalle molte dichiarazioni contrarie agli insediamenti industriali che si continuano a sentire dalla bocca dei suoi portavoce. D'altro lato si lamenta che la gioventù sudtirolese sia costretta ad abbandonare la sua terra ed a cercare di guadagnarsi altrove il pane. In base a dati ufficiali, negli ultimi anni più di 10.000 sudtirolesi sono emigrati: in Alto Adige abbiamo inoltre una notevolissima eccedenza delle nascite, specialmente fra la popolazione di lingua tedesca. Per conservare alla sua terra tale eccedenza demografica, bisogna creare anno per anno nuovi posti di lavoro. Dove bisognerà crearli, se non nell'industria? L'agricoltura non può creare nuovi posti di lavoro, al contrario essa libera sempre nuove forze di lavoro. Neanche il settore del commercio può

assorbire tali forze perchè si trova in una fase di contrazione e di smobilitazione, di retrocessione. Esso dipende dagli altri rami economici, dai rami produttori di merci, perchè senza merci neanche il commercio può prosperare. Il turismo ha la sua importanza: si tratta però di un'industria secondaria, la cui importanza non va sopravvalutata. Esso è per molti fonte di un'entrata aggiuntiva ma non è possibile che tutti vivano del solo turismo. Molti sudtirolesi si guadagnano il pane nell'industria del turismo, non soltanto da noi ma soprattutto anche in Svizzera ed in tutta Italia. Dal Lago di Garda alla Sicilia, fino a Taormina e a Palermo, non esiste quasi hotel in cui non sia impiegato un sudtirolese, come cameriera o facchino o portiere, spesso anche come segretario d'albergo. A noi servono però posti di lavoro nella nostra terra se vogliamo evitare che la gioventù emigri: esiste un solo settore economico che offra prospettive di poter creare un grande numero di posti di lavoro e questo è l'industria. Siamo perciò sentitamente interessati a che le industrie esistenti continuino ad esistere e che accanto ad esse sorgano nuove grandi industrie. Le piccole industrie, come le ditte per la confezione di calzoni di Chiusa e di Val Venosta, non sono in grado di risolvere il problema, sono una goccia d'acqua nel deserto. Quello che ci serve sono grandi industrie che dispongano di molti posti di lavoro: dobbiamo esser grati ad ogni grosso capitalista, e se non se ne trovano allo Stato, che sia disposto a costruire qui da noi industrie di questo tipo e dobbiamo appoggiare ogni iniziativa privata che agisca in questo senso. Pensiamo con amarezza al fatto che la zona industriale di Bolzano è stata creata a suo tempo dal fascismo per soppiantare noi tedeschi, per attirare gli italiani da altre province ed italianizzare Bolzano. Allora i nostri lavoratori erano esclusi dai posti di lavoro della zona industriale. Non c'è da meravigliarsi per-

ciò che la nostra gente prenda ombra solo a sentire la parola industria o zona industriale ed abbia ancor oggi nei suoi confronti un atteggiamento diffidente. Ma i tempi sono cambiati: negli anni dell'ultimo dopoguerra anche la nostra gente è stata assunta nella zona industriale. Se ciò per il momento non avviene più, ciò è dovuto alla infelice situazione congiunturale che ostacola le assunzioni e costringe perfino a passare ai licenziamenti. Noi siamo però interessati alla salvezza dell'industria, alla sua espansione e con essa ad un nuovo fiorire dell'edilizia: solo nell'industria infatti esiste la possibilità di creare in numero sufficiente nuovi posti di lavoro per la nostra gioventù. Anche la maggior parte dei mestieri può esistere soltanto se fiorisce l'industria e soprattutto l'edilizia. Si esprime sempre la preoccupazione che la creazione di nuove industrie implichi il pericolo di una nuova immigrazione dalle vecchie province. Che questo avvenga o meno, dipende dall'atteggiamento della nostra gente, cioè dal fatto se essi siano o no disposti ad entrare nelle fabbriche come lavoratori o se preferiscano, forse perchè all'estero si offre loro un maggiore compenso, lasciare il posto ad altri. Se le cose stanno così, dovremo incolpare noi stessi del nostro soccombere. Bisogna educare la nostra gioventù ad una nuova etica del lavoro, affinché essa non veda lo scopo della vita in una maggiore retribuzione ed in un più alto livello di vita, ma piuttosto nell'amore e nella fedeltà alla sua terra ed in una vita semplice. In questo nostro mondo infatti chi ha minori necessità di solito sempre e dovunque ha la meglio sul grande consumatore. Bisognerà pensare inoltre che anche in Germania un giorno potrà farsi sentire una crisi economica, come è già successo una volta prima del 1933, quando milioni di disoccupati battevano alle porte delle fabbriche, che rimanevano chiuse per mancanza di

commesse. Non voglio essere un pessimista: ma chi si sente responsabile anche per altri deve ammettere che quanto è già successo una volta potrebbe ripetersi. Negli U.S.A. è successo lo stesso. Nel caso si verificasse una crisi economica del genere, è naturale che i primi ad essere licenziati saranno gli operai stranieri e soltanto in seguito quelli locali. Ci si figuri la tragedia se gli operai che lavorano all'estero dovessero rientrare in patria e non vi trovasero lavoro, come probabilmente avverrebbe. Sarà bene perciò creare posti di lavoro nella propria terra per la propria gente e difenderli poi fermamente, senza cederli soltanto perchè momentaneamente, altrove si pagano salari maggiori, si garantisce più tempo libero ed un più alto tenore di vita).

PRESIDENTE: La parola al cons. on. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): L'art. 5 della Costituzione italiana dice testualmente: « La Repubblica una ed indivisibile riconosce e promuove le autonomie locali; attua nei servizi che dipendono dallo Stato, il più ampio decentramento amministrativo; adegua i principi ed i metodi della sua legislazione alle esigenze dell'autonomia e del decentramento ».

Questa disposizione è di importanza capitale, essa rappresenta l'insopprimibilità delle libertà degli Enti Locali; la stessa disposizione ribadisce e consacra la forma unitaria dello Stato, secondo le esigenze storiche italiane; costituisce la nuova Repubblica sul principio dell'Autonomia e del decentramento vivamente sentito come esigenza moderna e contemporanea, da tutta la popolazione della Regione.

La Costituente ha votato con profonda convinzione e con vero entusiasmo questa ba-

silare disposizione, da i costituenti sentita come vitale necessità.

I cittadini dei nostri Comuni e della nostra Regione, usciti da un periodo troppo lungo di dittatura podestarile di uno Stato-Partito, trassero un sospiro di sollievo e apersero il cuore alle più liete speranze.

Sulla base di questo articolo fondamentale abbiamo avuto lo Statuto dell'Autonomia regionale che fu accettato con discreto entusiasmo da noi e dagli allogeni dell'Alto Adige.

Varato lo Statuto di Autonomia Alcide Degasperi volle istituire l'Ufficio Confine presso la presidenza del Consiglio. Io sono testimone del suo costante contatto coll'Ufficio Confine, egli non tollerava che partisse da Roma disposizione alcuna senza il suo consenso, e noi sappiamo che, finchè visse e poté agire Degasperi, regnava una discreta pace e pacifica collaborazione fra Trento e Bolzano. Anzi egli insisteva sulle necessità di tale pacifica collaborazione e suggeriva ai trentini di cercarla e di concordarla. E' vero che finchè visse Degasperi fu evitata una rottura fra i trentini e i nostri colleghi della Provincia di Bolzano. I guai e la discordia scoppiarono dopo la sua morte.

Quanto necessario sarebbe stato accettare e praticare le direttive del grande Statista Giovanni Giolitti, che fu capo del Governo italiano dopo la prima guerra mondiale, e raccomandava di trattare i cittadini delle nuove province come i prediletti di tutta la Nazione.

Quanto saggio sarebbe stato imparare dalla storia di Teodorico il grande, conquistatore d'Italia e re di Verona e poi di Ravenna, che ordinava ai suoi ufficiali di vestire secondo il costume degli italici per avvicinare e conciliare e assimilare i suoi goti cogli aborigeni.

Altro che maltrattare in Alto Adige coloro che vestivano le calze bianche!

Quelle buone e laboriose popolazioni allogene i cui figli servono obbedienti e disciplinati nell'esercito italiano, figli di una terra dove è così frequente, nelle vie, sulle piazze e nell'abitato l'immagine del Redentore, tanto venerata e rispettata, simbolo caratteristico di un popolo degno di stima e di rispetto come ogni miglior popolo cristiano d'Europa e del mondo.

Il Trentino ha passato molti secoli di vita comune assieme all'Alto Adige e gli anziani trentini ricordano quei tempi.

Quando la capitale era a Vienna alla cui università erano così numerosi gli studenti trentini, fra i quali Degasperi e chi vi parla.

Noi anziani ricordiamo quei tempi quando lottavamo per avere l'università italiana a Trieste, e cantavano attraverso le vie di quella capitale anche davanti al Ministero della cultura e dell'istruzione l'Inno di Mameli e di Garibaldi e le nostre canzoni popolari applauditi e festeggiati dai viennesi che dimostravano simpatia e comprensione per tutto ciò che era italiano.

Allora nel Trentino i gendarmi erano figli del Trentino - le 18 preture delle nostre valli erano rette da elementi trentini, tutte le nostre scuole erano rette da maestre trentine, egualmente trentini erano tutti gli impiegati postali, gli addetti alla polizia, gli addetti ai capitanati distrettuali; in tutto il Trentino gli impiegati tedeschi si contavano sulle dita di una mano, al massimo sulle dita di due mani; l'Amministrazione pubblica era irreprensibile e godeva la piena fiducia di tutti i cittadini.

Tuttavia noi chiedevamo l'autonomia per il Trentino. La Dieta di Innsbruck non agiva con giustizia distributiva, noi eravamo minoranza e non era praticata la giustizia distributiva nei nostri confronti e difendevamo liberamente i nostri diritti di lingua e di nazione per mezzo della legge nazionale; noi anziani edu-

cati da quel clima e da quella storia siamo larghi di comprensione verso i nostri concittadini tedeschi e ladini dell'Alto Adige e auguriamo che rinasca e viva in un clima di buon vicinato e di collaborazione leale e radicalmente democratica fra noi e loro.

Io sono stato alla Costituente fra i più fervidi promotori della nostra autonomia regionale e fin da quell'epoca sono intervenuto a favore della proporzionale etnica nell'assegnazione degli impieghi in Alto Adige: il Trentino e l'Alto Adige hanno molti interessi comuni nel campo della viticoltura, frutticoltura, nei problemi del caseificio, della zootecnia, della industria turistica e alberghiera; abbiamo acque e strade intercomunicanti, abbiamo un lunghissimo confine comune, siamo stati uniti per molti secoli coll'Alto Adige; nel nostro spirito latino è penetrata e si è innestata la conoscenza del carattere, del costume, della mentalità germanica: e se noi trentini abbiamo voluto una Regione unica assieme all'Alto Adige eravamo spinti a ciò dal pensiero di poterci comprendere e collaborare pacificamente per un lungo futuro.

La stragrande maggioranza del popolo trentino, e specialmente tutta la massa che lavora e vive della campagna è avversa e paventa il *LOS VON TRIENT* e condanna severamente coloro che l'hanno provocato. Voi egregi colleghi tirolesi ladini, volevate un'ampia autonomia e noi trentini egualmente: vi dico, con sicura coscienza, che voi sapete che non sono state le masse dei nostri operai e la massa dei nostri lavoratori della terra, nè la grande maggioranza del popolo trentino a provocare la parola d'ordine del *Los von Trient*; vi dico di più che la stragrande maggioranza del popolo trentino è disposta ad approvare ogni azione volta a riparare i torti che ha provocato tale parola d'ordine, è pronta a plaudire ogni iniziativa volta a far sparire ogni risentimento, e a creare

un clima nel quale i tedeschi e i ladini non saranno una minoranza e non si sentiranno minoranza; ma saranno cittadini perfettamente eguali in diritti e doveri come la minoranza italiana del Canton Ticino o la minoranza francese della Svizzera; sono gruppi nazionali perfettamente eguali in quella Svizzera dove i cittadini italiani, tedeschi e francesi sono e si sentono anzitutto svizzeri pur coltivando e conservando la propria nazionalità.

Egregi colleghi tedeschi dell'Alto Adige io mi auguro che si avvicini rapidamente il giorno in cui voi sarete incoraggiati ad abbandonare l'astensione, il giorno in cui voi penserete che l'astensione dalla Giunta regionale è un autolesionismo; e mi auguro che l'attuale Giunta regionale intervenga concorde presso il Governo di Roma, affinché esso ponga fine agli estenuanti ritardi e realizzi immediatamente le norme votate ad unanimità dalla Commissione dei 19; e quindi veda di sollecitare in collaborazione con gli esperti delle due parti, il perfezionamento e la rapida applicazione delle norme votate dalla Commissione stessa da una maggioranza che comprendeva anche i voti degli alloggiati.

Io sono decisamente favorevole alla più ampia autonomia delle due provincie e penso che l'Ente regione deve essere considerato come società superiore atta a tutelare gli interessi comuni delle due provincie, ricordando il vecchio proverbio « l'unione fa la forza ». L'Ente Regione deve essere l'unione solidale e concorde di tutti i cittadini della Regione per difendere, potenziare e rendere dinamica e progressiva l'autonomia delle due provincie e della Regione stessa, e alla quale devono essere assegnate le competenze superiori di interesse comune delle due provincie, competenze liberamente concordate; i nostri gruppi etnici regionali.

Cari confratelli di tutti i gruppi etnici della Regione, se Roma, madre del diritto, ci vedrà uniti e concordi nel chiedere l'ampliamento e il potenziamento della nostra autonomia, non rifiuterà il suo consenso.

Nei confronti della Regione e delle due provincie il Governo deve riconoscere e applicare il principio della sussidiarietà ispirandosi alla massima fiducia verso le oneste popolazioni del Trentino e dell'Alto Adige, che hanno le stesse ispirazioni autonomiste e la stessa religione. Lo Stato è società perfetta e nulla di quanto concerne il bene comune universale e la realizzazione della giustizia distributiva deve sfuggire alla sua competenza: ma prima dello Stato esisteva la persona umana coi suoi diritti naturali, e lo Stato stesso fu creato dalle persone umane: fu creato non per opprimere la persona umana ma per aiutarla, difenderla, proteggerla, istruirla e farla progredire assieme alla propria famiglia. Lo Stato deve assumere una funzione ausiliaria e tutelatrice delle comunità minori, più antiche per origine; c'è uno spazio vitale e una sfera d'azione naturale della persona umana, della famiglia, del comune, della Regione; spazio che va rispettato, tutelato dallo Stato stesso il quale è chiamato ad aiutare e favorire le membra del corpo sociale e non a distruggerle o ad assorbirle. Fanno eccezione certe limitazioni che lo Stato può disporre in quanto richieste dal bene comune.

Ogni azione diretta a comprimere o a soffocare il flusso vitale delle minoranze etniche è grave violazione della giustizia. È invece esigenza di giustizia che i poteri pubblici portino il loro contributo nel promuovere lo sviluppo umano delle minoranze etniche con misure efficaci a favore della loro lingua, della loro cultura, del loro costume, delle loro risorse ed iniziative economiche.

Va però ricordato che gli elementi etnici non devono essere accentrati fino a porli sopra i valori umani, perchè sarebbe un'ingiustizia di fronte ai gruppi minori.

È evidente che il maggior rispetto dei diritti delle minoranze incoraggia ed ottiene da parte delle minoranze stesse il leale compimento dei doveri civili comuni a tutti i cittadini. Non posso omettere il ricordo del discorso pronunciato a Trento il 20 luglio 1947 dall'on. Alcide De Gasperi:

« Gli abitanti dell'Alto Adige possono stare tranquilli: noi manterremo la parola data nei limiti che l'abbiamo data, con quelle realizzazioni che sono possibili perchè essi abbiano una vitabilità più assicurata, salvaguardando i diritti fondamentali etnici. Noi non torneremo più indietro, noi non daremo mai la sensazione di voler fare italiani quelli che sono tedeschi, lasceremo loro la libertà, rispetteremo i loro costumi e la loro scuola; questo è l'impegno di onore che abbiamo voluto quando ci trovavamo in posizione inversa; questo lo manterremo oggi che abbiamo in mano il potere della maggioranza. Però noi chiediamo ai confratelli — uso questa parola — ai confratelli tedeschi, altrettanta lealtà ».

Questa era la direttiva degasperiana, e mi duole dover rilevare che i trentini che avevano in mano il potere regionale e buona parte della stampa quotidiana non sono intervenuti convenientemente per difendere i vostri sacrosanti diritti di libertà, i vostri diritti fondamentali etnici, i vostri costumi, i vostri diritti scolastici; così è avvenuto che il nazismo e il fascismo hanno rialzato il capo ed hanno tormentato e tormentano ancora la vita dell'Alto Adige. Auguro che si avvicini il giorno in cui la Regione sia il baluardo di due provincie autonome e che i confratelli allogeni si sentano e siano cittadini pacifici e soddisfatti e solidali coi trentini a di-

fendere colla Regione i diritti di autonomia regionale e provinciale.

PRESIDENTE: la parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Signor Presidente, egregi colleghi, ritengo anch'io, come altri hanno già detto, che la proposta della socialdemocrazia altoatesina sia stata inopportuna, e per molti motivi, già espressi da vari settori, da respingersi.

Da respingersi, anche se la si vuole presentare come ipotesi di lavoro, o come meta finale di un processo che si considera e giudica ineluttabile.

Ma oltre alla proposta di spaccare l'unità regionale in due autonomie provinciali separate, che noi formalmente respingiamo, e che se venisse attuata considereremmo come una imposizione dall'alto, contrastante con la storia delle nostre popolazioni, con gli interessi reali delle stesse, e con le finalità superiori spirituali, che ci inducono ad operare per unire i popoli, e non per dividerli; oltre alla proposta in se stessa, ci è stato causa di meraviglia e stupore gran parte del bagaglio di motivazioni con le quali si volle — da parte del collega Molignoni — avallare la sua tesi.

Non parliamo della tesi più speciosa che sostanziale del « trentinismo » e del « complesso della capitale ».

Potrebbe essere utile anche a me, trentino come Molignoni, solleticare fiammate di concorrenza fra trentini e italiani dell'Alto Adige, dato che, come il collega Molignoni, sono stato eletto in quel collegio.

Ma sembrandomi l'accusa di trentinismo direttamente smentita in fatto e in diritto dalla linea sin qui seguita dalla Regione, la lascio cadere.

Che la popolazione di lingua italiana, come quella di lingua tedesca, in Alto Adige, possa aspirare ed ottenere, per il suo processo di sviluppo economico e sociale, sempre maggiori mezzi, ciò è comprensibile, ma che essa possa con pieno fondamento lamentarsi per una disparità di trattamento a suo sfavore, da parte della Regione, ciò non è ammissibile, perchè non è vero. E perciò, obbiettivamente senza lasciare in alcun modo prevalere nel mio giudizio la mia origine trentina, ma guardando solo ai legittimi interessi non solo delle popolazioni della intera Regione, delle quali unitariamente, noi consiglieri siamo per norma costituzionale rappresentanti, ma anche avendo dinnanzi agli occhi gli interessi degli elettori dell'Alto Adige, dai quali più espressamente ho avuto il mandato di rappresentarli in questa assemblea, posso in coscienza affermare che l'unità regionale non è stata di danno alle popolazioni altoatesine e che spesso ha anzi costituito un fattore di difesa contro le tendenze provincialistiche e localistiche esasperate dei due opposti nazionalismi.

Non credo sia ignoto a nessuno, infatti, che anche tra la popolazione di lingua italiana nel passato era viva una certa propensione al provincialismo, nella speranza, o nella illusione, che lo Stato avrebbe più generosamente provveduto al gruppo linguistico italiano quando e se esso fosse stato abbandonato alla auto-amministrazione della S.V.P.

Contro questa visione egoistica e miope, foriera di nuove tempeste nazionalistiche, abbiamo combattuto anche nel passato, convinti di collaborare con ciò ad una concreta necessità di convivenza, e poi di comprensione, tra i due gruppi linguistici.

La separazione delle due provincie sarebbe opportuna, secondo il collega Molignoni, ai fini di facilitare un migliore incontro tra gruppo linguistico tedesco e gruppo linguistico ita-

liano, avendo tolto di mezzo il terzo incomodo: la suocera trentina.

Noi siamo del parere diametralmente opposto.

In una stanza più piccola e chiusa, con l'aumento delle potestà legislative e dei poteri amministrativi, la S.V.P., eccitata dal successo conseguito — come ha detto il mio collega Corsini al X Congresso Nazionale del PLI — sarebbe indotta in tentazione di usare quelle maggiori potestà e poteri per una politica etnica, invece che per una politica comune ai due gruppi.

E non è una illazione di sospetto la nostra! È la stessa S.V.P. che richiede l'autonomia separata in nome degli interessi — essa dice — del gruppo linguistico tedesco, che solo in via subordinata si sforza di dimostrare che essi non sarebbero contrastanti con quelli del gruppo linguistico italiano.

Comunque è un dato di fatto non smentibile che, di fronte alle lagnanze dei rappresentanti del gruppo linguistico tedesco perchè la autonomia così ristretta nel quadro provinciale, e così diluita in quello regionale, non consentirebbe un pieno autogoverno, stanno le lagnanze, le preoccupazioni e timori del gruppo linguistico italiano il quale crede di avvertire già un danno nella situazione attuale e paventa danni maggiori nell'ampliamento delle competenze provinciali.

Come può dunque dire, il collega Molignoni, che è una posizione interessata quella di coloro che hanno ritenuto e ritengono che il gruppo linguistico italiano in Alto Adige abbia bisogno di difesa, quasi volessero erigersi a difensori, — sono più o meno le sue parole — di chi non chiede di essere difeso?

Io mi chiedo in nome di chi parla il collega Molignoni. Anche se fosse in nome di tutta la sua base elettorale, assai piccola rispetto a quella totale dei votanti di lingua italiana,

egli non avrebbe il diritto di generalizzare e attribuire a tutti un giudizio che è — semmai — di sola sua parte.

Ma sino all'altro ieri, per dir così, era del parere nostro.

Non è — sinceramente — per amor di polemica che io mi intratterò in dettaglio su alcune questioni, ma per trarne delle conclusioni argomentative.

La socialdemocrazia altoatesina, ad esempio, è stata sempre e attivamente schierata insieme a noi nel controllare diligentemente che attraverso la emanazione delle norme di attuazione agli articoli 11 e 12 dello Statuto in materia di competenze scolastiche non fossero interpretati estensivamente i predetti articoli. Anche il PSDI temeva quindi che da ciò derivasse un ingiusto e non tollerabile danno o pericolo al gruppo linguistico italiano.

Mi esonero dal riferire dichiarazioni e articoli del PSDI e dei suoi rappresentanti sindacali della scuola e prese di posizione, anche clamorose, perchè facilmente rinvenibili nella memoria di tutti noi.

Però, almeno uno, consentitemi, onorevoli colleghi, di riprenderlo, che non è poi tanto lontano nella storia quanto forse sembra. È « Pagina socialdemocratica » del 23 ottobre 1960. Nella prima pagina, con largo sfoggio di fotografie di giaguari, di croci uncinata, di stemmi di vari partiti, ecc. campeggia, naturalmente, in centro la fotografia del collega Molignoni . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non potevo mettere la sua, sicuramente!

AGOSTINI (P.L.I.): Culto della personalità, allora!

In cui si legge: « Gli amici del giaguaro. Il partito socialista democratico italiano ricorda nei suoi comizi la serena fermezza con la

quale ha condotto la battaglia per la difesa dei diritti italiani nel settore della casa e della scuola ».

Poi: « L'Alto Adige non deve diventare una "riserva indiana". Basta con la discriminazione etnica dei razzisti, giustizia sociale e libertà per tutti nel progresso sociale ».

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Tutte cose che diciamo anche oggi. Ritorna il fascismo!

AGOSTINI (P.L.I.): Ma adesso viene il bello: « Gli amici del giaguaro sono coloro che danno un contributo, un appoggio, un voto, una giustificazione ai razzisti, ai seminatori di odio, agli estremisti della S.V.P., che si agitano con accanimento per liquidare ogni possibilità di convivenza. La prof. Menapace, vicesegretaria provinciale della D.C., appoggia le richieste dei razzisti della S.V.P. oltre i limiti degli impegni italiani e in contrasto con le tesi del Governo. A quanti per pura curiosità naturalmente, non certo preoccupati dalla sua assenza, chiedono ragione della mancata candidatura alle elezioni regionali, la prof. Menapace risponde così: Io, prof. Menapace, vicesegretaria provinciale della D.C., candiderò soltanto quando il governo italiano concederà l'autonomia provinciale al gruppo etnico tedesco ».

E prosegue « Pagina socialdemocratica »: « C'è da mordersi le mani a pensare che sono personaggi di questo genere a influenzare ministri e sottosegretari della Democrazia cristiana. C'è da strapparsi i capelli a pensare che questo personaggio parla così, mentre la delegazione italiana, a giusta ragione, sta documentando all'ONU l'esistenza di una larga autonomia concessa in sede provinciale alla maggioranza della S.V.P. Come può la prof. Menapace ignorare che la S.V.P. ha abbandonato la Giunta regionale, ma si è ben guardata dal lasciare le pingui poltrone della Giunta provinciale,

attraverso le quali può legiferare e stendere il bilancio della Provincia, che ammonta a 5 miliardi di lire? Se l'autonomia provinciale non esiste e deve essere ancora concessa, ci spieghi la prof. Menapace come deve essere chiamata la facoltà che consente a Benedikter di comprimere lo sviluppo naturale dei principali centri, col pretesto della difesa del paesaggio, di mantenere in piedi una organizzazione paramilitare come quella degli Schützen, con la scusa della difesa dei costumi, di indirizzare le giovani generazioni verso i piaceri e i sentimenti anti-italiani in nome del diritto alla bilinguità, di spendere oltre due miliardi per le case dei riopianti col pretesto dell'assistenza, di combattere l'edilizia popolare nel timore che risolve il problema dei senza tetto di lingua italiana agitando il timore della cosiddetta sommersione etnica. Purtroppo la prof. Menapace e molti altri suoi amici della D.C. guardano il problema in teoria e dimenticano la pratica, dimenticano cioè che la S.V.P. è un partito totalitario, imbottito di teorie razziste e perciò naziste, un partito che è un vero focolaio di infezione nazionalista che punta l'agitazione e predica concetti pangermanisti di egemonia e sopraffazione. Ma anche in teoria il problema altoatesino non giustifica l'atteggiamento della prof. Menapace e di alcuni suoi amici: il gruppo etnico tedesco non ha più nulla oggi da rivendicare avendo ottenuto quanto gli spettava. A giusta ragione quindi, chi si associa alle lamentele della S.V.P. che asserisce che bisogna ancora concedere può essere definito "amico del giaguaro" ».

Tralascio tutto il resto, perchè qui ci sarebbe parecchia altra roba da leggere.

Certo è che il P.S.D.I. non solo non era disposto allora ad una autonomia provinciale separata, ma temeva persino una interpretazione estensiva delle competenze statutarie provinciali.

Uguale discorso — come ognuno ricorda — si potrebbe fare per le norme di attuazione in materia di edilizia popolare, di interpretazione ed applicazione dell'art. 14 e di altri temi ancora.

Signori Colleghi, esistono i verbali delle sedute consiliari, ci sono i resoconti dei comizi, le deliberazioni dei congressi, c'è più di tutto la presa di posizione del PSDI nei confronti delle cosiddette « proposte Kessler », ostacolo non lieve per l'entrata in Giunta del PSDI nell'anno 1960.

Se rammentiamo ciò, non è per cogliere in flagrante contraddizione il collega Molignoni. Senza ombra di ironia, riconosciamo che i ripensamenti sono possibili e non sono da rimproverare. Quando però la situazione abbia presentato elementi e fattori nuovi.

Domandiamoci, ora, dove sono questi elementi e fattori nuovi che inducano a ritenere come non più esistenti quei legittimi timori che avevamo nel passato e che con noi aveva il PSDI, per il presente e il futuro del gruppo linguistico italiano in Alto Adige?

Dove sono i fatti nuovi che ci consentono di affermare che la estensiva interpretazione delle potestà provinciali, temute nel passato, può essere ora a cuor leggero, tramutata, senza pregiudizio del gruppo linguistico italiano, in una piena autonomia provinciale separata?

Esaminiamo, signori Colleghi, la situazione sotto i tre aspetti fondamentali:

- A) giuridico
- B) economico
- C) politico.

Sul piano giuridico statutario e di attuazione delle competenze l'unico fatto nuovo che si registra è quello della progressiva e intensiva applicazione delle deleghe della Regione alla Provincia in base all'art. 14.

Se prima il « *normalmente* » era stato interpretato come « *eccezionalmente* » ora viene interpretato come « *obbligatoriamente* ».

Di fatto l'esercizio delle funzioni delle provincie è stato così arricchito in misura sensibilissima. E ciò per la provincia di Bolzano ha avuto il significato e il valore di mettere nelle mani del gruppo linguistico tedesco numerosi nuovi strumenti di potere, che la SVP ha usato qualche volta contro gli interessi del gruppo linguistico italiano.

Ed è sufficiente l'esempio del parere contrario dato alla concessione dei crediti agevolati alla « *Magnesio* » per confortare questa nostra affermazione.

Ma la costante applicazione del principio delle deleghe a prescindere da ciò si può veramente ritenere che costituisca un fatto nuovo tale da togliere quelle preoccupazioni che sempre aveva avuto anche il PSDI per il futuro del gruppo linguistico italiano in Alto Adige?

Io direi che, semmai, costituisca un ulteriore fattore di preoccupazione, non in sè e per sè, ma per lo spirito i propositi e gli indirizzi che la SVP mantiene intatti nei confronti del gruppo linguistico italiano e che traduce più facilmente con le deleghe, nel campo amministrativo.

Tra i fatti nuovi che avrebbero potuto intervenire a costituire garanzie di giustizia per tutti i gruppi linguistici e per i singoli cittadini, ponendoli al riparo da possibili abusi, sarebbe stata la istituzione del Tribunale di Giustizia Amministrativa.

Il gruppo liberale si era fatto promotore, ancora nell'anno 1959, del primo disegno di legge voto in materia, poi nuovamente ripresentato anche con la firma della D.C.

Ma il voto è rimasto lettera morta e il Tribunale di Giustizia Amministrativa non è certo uno dei temi sui quali la SVP insiste per ottenerne la realizzazione.

Eppure, a dimostrazione di uno spirito di serena obiettività, se ci fosse, la SVP avrebbe fatto bene a sollevare, per tale mancata istituzione, clamori e lagnanze pari a quelli che è solita sollevare per altre mancate attuazioni dello Statuto.

Cogliamo l'occasione che ci si presenta per muovere una formale accusa sia al Governo nazionale, per aver ignorato questa questione, di vitale importanza per uno Stato di diritto, e alla Giunta Regionale, per aver lasciato correre tanti anni senza insistere, come era suo stretto dovere, per ottenere l'istituzione di tale istanza regionale di Giustizia Amministrativa, necessaria più che mai nel Trentino-Alto Adige.

La sinora mancata istituzione del Tribunale non è giustificabile col fatto che tali organi dovranno essere istituiti su tutto il territorio nazionale. Qui la Regione autonoma esiste già da 18 anni; e il Tribunale di Giustizia Amministrativa è un organo previsto non solo dalla Costituzione ma specificatamente anche dallo Statuto.

Altro elemento nuovo che potrebbe far ritenere superate le preoccupazioni sempre avute per il gruppo linguistico italiano in Alto Adige, sarebbe stata la attivazione di efficaci garanzie giuridiche, azionabili nelle vie giurisdizionali, atte ad assicurare la effettiva parità del trattamento dei cittadini; e, se non la attivazione, almeno la volontà espressa senza riserve mentali e in modo impegnativo di giungere alla attivazione stessa.

È vero che nella dichiarazione aggiuntiva dei membri di lingua tedesca alla relazione del 19 si legge un passo positivo in merito. Ma è altrettanto vero che non appena si è tentato di applicare alla approvazione dei bilanci provinciali un congegno analogo a quello dell'art. 73 dello Statuto, allo scopo di mettere il gruppo linguistico italiano in Alto Adige in una posizione simile a quello di cui gode il gruppo lin-

guistico tedesco in Regione, i Commissari di lingua tedesca si sono opposti alla proposta, e non solo a quella ma anche « ad altre eventuali del genere », dimostrando con ciò in modo inequivocabile il loro spirito e come essi ritengano che all'interno della Regione mai nessuna garanzia è sufficiente per il gruppo linguistico tedesco, mentre invece all'interno della Provincia di Bolzano sarebbe di troppo per il gruppo linguistico italiano.

Anche il testo del punto 4, titolo III della Relazione dei 19 è significativo netto questo profilo.

Per concludere questa parte ci sembra di poter affermare quindi che non solo oggi non esistono migliori garanzie di ieri per il gruppo linguistico italiano in Alto Adige, ma che l'attivazione della stessa in modo efficace, stante la ben nota predisposizione del Governo a cedere continuamente pro bene pacis, e stante lo spirito di cui è animata la SVP, sarà difficile e frutto di compromessi politici, che lasceranno ancora più indifeso il gruppo linguistico italiano tanto più se esso si troverà a vivere in una Provincia autonoma separata.

Per passare al secondo aspetto, vediamo ora se vi siano fatti o indirizzi nuovi della SVP nel settore economico, tali da indurci a ritenere che non sussistano più o prevedibilmente non abbiano a sussistere per il futuro quei motivi che ci hanno sempre fatto temere per il gruppo linguistico italiano.

In Alto Adige i due tipi di economia, quella tradizionale agricola e quella industriale sono venuti affiancandosi dopo la fine della I guerra mondiale.

Era un affiancamento ed una trasformazione che, anche se non in maniera così imponente e concentrata, sarebbe comunque avvenuto come in tutte le zone che non volessero rimanere arretrate, e come era bene avvenisse.

Non c'è dubbio, e lo riconosciamo, che la industrializzazione condusse con sé rilevanti mutamenti, — come sempre — anche di ordine sociale e politico; e non c'è dubbio che tali mutamenti tornassero sgraditi al carattere tradizionalmente conservatore della popolazione e apparissero ancor più sgraditi in quanto si vedeva in essi la conseguenza di una forzata immigrazione del gruppo linguistico italiano.

Vero fu, infatti, che il gruppo linguistico tedesco continuò a radicarsi prevalentemente sull'economia di tipo agricolo e del grande stabile commercio, mentre il gruppo linguistico italiano, concentrato nelle città, fu inserito prevalentemente nel tipo industriale dell'economia.

L'unico settore economico nuovo che il gruppo linguistico tedesco accettò di buona voglia ed esercitò largamente fu quello turistico-alberghiero.

Ciò premesso, risulta evidente che dopo il 1948, con l'entrata in vigore dello statuto di autonomia, il valersi dello stesso e dell'autogoverno e autoamministrazione conseguente, per accelerare, o ritardare o comprimere lo sviluppo dell'uno o dell'altro tipo di economia, aveva il significato di contenere o respingere la possibilità di sviluppo dell'uno o dell'altro gruppo linguistico.

Chi oserebbe affermare che la Regione ha svolto una politica antiagricola? Di sua iniziativa, anche per i comuni e collaterali interessi del Trentino, la Regione ha rivolto relevantissima parte dei suoi mezzi finanziari all'agricoltura, ed è stata sempre sensibilissima ad ogni richiesta di intervento e di aiuto in questo settore, presentata dalla S.V.P.

Può dire la S.V.P. di aver seguito lo stesso indirizzo di politica economica per il settore dell'industria?

Per anni, come tutti ricordiamo, è proseguita la polemica della S.V.P. contro le industrie in Alto Adige e massimamente contro la

Zona di Bolzano, da cui traggono mezzi di vita gran parte degli appartenenti al gruppo linguistico italiano.

Già la polemica in se stessa mantenne il settore industriale in uno stato di incertezza non certo favorevole alle attività industriali.

Sembrò che, dopo anni, questa posizione della S.V.P. si fosse almeno in parte mitigata, anche per le pressioni esercitate dall'interno, e dalle masse giovani all'esterno, e infine dagli stessi tempi che rivelavano sempre più chiaramente la negatività economica e sociale di tale posizione.

Ma frattanto molto tempo era andato perduto, molte occasioni tralasciate, molte difficoltà — nate dal sospetto reciproco — erano state frapposte.

E frattanto la S.V.P. aveva promosso e approvato quella legge sulla tutela del paesaggio che ha scopi ben diversi da quelli denunciati dal suo oggetto.

La legge che, come più volte è stato fatto osservare anche nel passato dal cons. Corsini ha coperto con i vincoli della tutela paesaggistica larghissima parte di tutto il territorio della provincia, costituisce uno strumento di controllo non tanto delle bellezze naturali o storiche, ma delle iniziative economiche e delle stesse infrastrutture essenziali per lo sviluppo dell'economia non agricola.

Ma che l'orientamento e lo spirito della S.V.P. non intendano mutare in queste questioni ce lo confermano anche fatti recenti e recentissimi.

La persistente querimonia della S.V.P. contro l'Autostrada del Brennero, per la tutela del paesaggio — pur essendo il Presidente della Commissione Provinciale di tutela membro del Consiglio di amministrazione della Società per l'Autostrada, si risolve in una palese azione di disturbo.

Il parere negativo espresso dalla Giunta provinciale di Bolzano per la concessione di crediti agevolati alla « Magnesio » è un altro momento e un altro esempio della mentalità da noi indicata.

E, infine, penultimo in ordine di tempo, viene l'intervento Benedikter al Convegno economico tenutosi a Bolzano alla metà del febbraio scorso.

Se qualcuno si era illuso che quella mentalità conservatrice ed aggressiva al progresso fosse mutata è subito stato smentito dalle parole di Benedikter.

E se qualcuno si fosse illuso che quelle parole fossero state dette a titolo personale, fu smentito anch'egli subito, perchè la S.V.P. ha ora fatto proprie ufficialmente le tesi Benedikter.

Che sono poi le consuete lagnanze etnicopolitiche contro ciò che è portato dall'Italia, contro l'industria, contro le zone industriali; e sono le azioni di ritardo allo sviluppo economico e la conservazione di un tipo di economia agricola che non è più capace di dare il pane neppure ai giovani del gruppo linguistico tedesco; e sono di limitazione dello sviluppo industriale, di quelle industrie esistenti e possibili che danno il pane al gruppo linguistico italiano e potrebbero darlo anche a quello tedesco.

L'assurdità di questa posizione apparve chiara, nelle reazioni, anche agli operatori economici del gruppo linguistico tedesco. Solo alla maggior parte dei dirigenti della S.V.P. non appare chiara.

E in questa situazione ideologica stagnante dei maggiori rappresentanti della S.V.P. dovremmo noi trovare motivi di fiducia per il futuro?

Per un futuro in cui il gruppo linguistico italiano in Alto Adige fosse messo nelle sole mani del collega Benedikter?

Se la discussione si dovesse aprire in modo analitico sulle dichiarazioni di Benedikter, in modo da renderne esplicite le numerose implicanze di idee e di toni, credo che tutti dovremmo trarre la conclusione che la Regione, anche avesse fallito in tutto come afferma il collega Molignoni, ha almeno raggiunto lo scopo congiunto di consentire al gruppo linguistico tedesco una sostanziale autonomia e di mettere al riparo da esorbitanze e vecchi rancori e vecchie mentalità il gruppo linguistico italiano.

Permanendo questa mentalità l'autonomia separata per la provincia di Bolzano non potrebbe non essere gravemente pregiudizievole per il gruppo linguistico italiano.

Mutando la mentalità, non vi sarebbe alcuna necessità di rompere l'unità regionale: l'unità degli istituti arricchita dalla concorde volontà del progresso spirituale ed economico sarebbe sicuramente terreno di più costante incontro e di minor frizione tra i due gruppi linguistici.

Ma per raggiungere questa auspicabile meta bisogna servirsi e servirsi bene della Regione; non distruggerla come istituto e svuotarla delle sue funzioni e capacità.

Così ad esempio si fa, quando si propone la sissione della Regione, secondo Molignoni, e si rinuncia alla programmazione economica, secondo la Giunta.

Questa indisponibilità della Provincia di Bolzano a partecipare al piano di programmazione economica regionale è un altro esempio, l'ultimo, che prendiamo in esame tra quelli che indicano come neppure su questo piano sia intervenuto un fatto nuovo a modificare quella situazione che ci ha sempre dato molte preoccupazioni nel passato e anche oggi per il gruppo linguistico italiano in Alto Adige.

Ma diverso atteggiamento della S.V.P. verso la programmazione regionale avrebbe potuto dare la misura di una evoluzione positiva

e la prova dell'abbandono delle note tesi isolazionistiche sia sul piano etnico-politico che su quello economico.

Con un piano di programmazione economica regionale, i legami e le integrazioni reciproche tra le due aree amministrative avrebbero potuto divenire più efficaci e strette, con tutto vantaggio della intensificazione delle attività economiche, ottenuta attraverso le scelte prioritarie e accompagnata dall'opera di incentivazione anche attraverso una promozione articolata di settori e di zone, così da imprimere un vigoroso moto di progresso sociale, tendente a far partecipare, in misura il più possibile uguale tutta la popolazione, — sia pure nella specialità di occupazione e di attività di singoli, gruppi, o zone, — ai beni prodotti e ai servizi prestati da una moderna società, ai suoi membri.

Ma per far ciò si sarebbe dovuto non aver paura del progresso economico ottenibile con una più razionale iniziativa dei privati e dello Ente pubblico, paura conservata o per pigrizia mentale o per inveterate pregiudiziali di gruppo, e nel caso nostro, di gruppo etnico.

Fatto è che la S.V.P., per l'uno e per l'altro, o per entrambi i motivi ha detto no a un quadro regionale unitario di programmazione; ha detto no ad una elaborazione, comune tra le due provincie, del quadro regionale di programmazione; mantiene, infine, a quanto crediamo di sapere, persino delle riserve in ordine ad un piano di coordinamento tra le due prevedibili programmazioni provinciali.

Non entriamo in questo momento nella valutazione politica della decisione, cui la Giunta regionale è pervenuta, di rinunciare ad una sua precisa competenza. La dott.ssa Menapace crede di aver trovato la via per consentire una onorevole ritirata alla Giunta, osservando che la programmazione è un metodo e non una competenza e che perciò la Regione non rinuncia a nessuno dei suoi diritti e doveri e non prov-

vede ad una delega tipo articolo 14, che tra il resto non sarebbe possibile, in quanto non si tratta di esercizio di funzioni amministrative.

Ma una ritirata onorevole, in questo tema, non è quella della Giunta. Perché se la programmazione non è una competenza ma un metodo resta pur sempre vero che competenze della Regione sono l'agricoltura, l'industria, il turismo, il commercio e via dicendo per tutti i settori economici che non sono poi scindibili dalla programmazione.

E allora?

Ma non è di questo aspetto della questione che vogliamo qui occuparci.

Vogliamo invece, in questa sede, sottolineare il fatto che la richiesta imperativa della S.V.P. di essere lasciata arbitra della programmazione economica in Alto Adige, altro non è che portare avanti, con progressiva radicalizzazione, il discorso di chiusura, di riserva territoriale, di opposizione allo sviluppo moderno della società, per conservarla nella struttura tradizionale.

Può darsi che, non dico sull'altare, ma sulla fredda pietra del pregiudizio e della sospettosità etnica la S.V.P. sia disposta a sacrificare gli interessi spirituali e economici anche della gente di lingua tedesca.

Noi non ci sentiamo di sacrificare il miglior futuro del gruppo linguistico tedesco e neppure di quello italiano, che in una visione conservatrice come quella di molti esponenti della S.V.P., sarebbe sicuramente sacrificato.

E, dunque, per riprendere la domanda principale che sta a base di questo nostro intervento, dove sono i fatti nuovi e positivi e lo spirito nuovo che ci consentano di dimettere le preoccupazioni per il futuro del gruppo linguistico italiano in Alto Adige?

In questa situazione quale potrà essere la ripresa economica, nell'immediato futuro e in un futuro più lontano, per l'Alto Adige?

Noi temiamo proprio che essa sarà resa molto più difficile via via che alla S.V.P. sarà lasciato maggior campo per attuare i suoi piani isolazionistici intesi a realizzare oltre che un territorio di riserva etnica, anche una zona economicamente riservata e separata dal comune progresso.

Questo piano isolazionistico sarà tanto più sicuramente attuato quanto maggiori saranno le competenze provinciali e ancor più lo sarebbe con l'autonomia separata per la sola provincia di Bolzano.

È il nostro un processo alle intenzioni?

Non lo crediamo.

Esso è una proiezione previsionale nel futuro sulla base dei fatti e delle recentissime dichiarazioni.

E' stato detto, anche dall'on. Volgger, che ciò che conta sono le prese di posizione ufficiali dei partiti.

Ebbene, noi abbiamo quella recente della S.V.P. che convalida le dichiarazioni di Benedikter.

Noi liberali non siamo teneri certamente verso l'industria di stato perchè nove volte su dieci si manifesta come anti-economica. Ma non ci sentiremmo di ostacolare, per questo motivo pur così realisticamente negativo, lo stabilirsi di industrie di stato o a conduzione mista, laddove esse fossero necessarie a frenare il regresso economico sociale delle popolazioni di alcune zone abbisognevole di tali interventi.

Ma sopra ogni altra considerazione ci muove e ci muoverebbe il bisogno dei cittadini di lingua italiana, e di lingua tedesca, ad avere lavoro e salari e stipendi.

Trova posto nella mente di molti dirigenti della S.V.P. questa motivazione?

Scarsamente dobbiamo dire.

Trovano posto invece, i sospetti etnici, la paura del progresso, le riserve e le preclusioni.

Non crediamo, — lo diciamo apertamente — che in una autonomia separata per la sola provincia di Bolzano, queste situazioni migliorerebbero. Siamo invece convinti, — collega Molignoni — che peggiorerebbero.

Nè ci si dica che la presenza in Giunta di rappresentanti del gruppo linguistico italiano potrebbe essere, in tal senso determinante.

È perciò che abbiamo ancora fiducia nell'Ente Regione, parimenti pensando a cittadini di lingua italiana e cittadini di lingua tedesca.

È perciò che riteniamo stretto dovere collaborare perchè Governo e Amministrazione Regionale vadano nel miglior modo possibile; collaborare pazientemente a trovare il punto di incontro tra esigenze dell'Ente Regione e dell'Ente Provincia, con una miglior distribuzione delle competenze, se occorre e poichè occorre, senza dimettere quella speranza che ci ha sostenuti sin dall'inizio dell'autonomia.

Noi non diciamo che il gruppo linguistico italiano sia votato alla marcia della morte. Ma contestiamo decisamente alla S.V.P. di dirlo per il gruppo linguistico tedesco.

Osserviamo solo che se in questo momento uno dei gruppi è in regresso, questo è certamente quello italiano.

Valgono a conferma questi alcuni dati relativi alla frequenza della scuola di lingua italiana nel periodo che va dall'anno scolastico 1949-50 fino a quello 1962-63:

Anno scolastico 1949/50	12.577
» » 1950/51	12.288
	11.970
	12.315
» » 1953/54	12.443
» » 1954/55	12.396
» » 1955/56	12.111
» » 1956/57	12.051
» » 1957/58	11.388
» » 1958/59	10.745

Anno scolastico 1959/60	10.425
» » 1960/61	10.016
» » 1961/62	9.584
» » 1962/63	9.418

Abbiamo dunque, in un periodo di soli 14 anni, una diminuzione di 3.159 unità con una percentuale pari a 25,16.

Ed ecco ora, a titolo esemplificativo, altri dati relativi ad alcuni centri con maggioranza di popolazione di lingua tedesca.

Da essi si può ricavare che famiglie di lingua italiana abbandonano gradatamente quei paesi o si fanno assimilare:

gli alunni di lingua italiana erano, nel 1949-50, rispettivamente nel 1963-64:

APPIANO 170 e 82
CALDARO 134 e 72
LANA 129 e 64
CHIUSA 94 e 47
VIPITENO 165 e 133
SILANDRO 46 e 27

E questi sono i dati di Merano 1949-50 2.156 - 1963-64 1.277.

Dai dati che ho testè citati, e che si riferiscono alla popolazione scolastica delle elementari, risulta che i bambini frequentanti di lingua tedesca aumentano in percentuale, continuamente, ovunque.

Concludendo affermo che per tutti questi motivi il gruppo liberale giudica pregiudizievole ad ogni effetto la proposta della socialdemocrazia altoatesina e la respinge.

E nel far ciò è certo di meglio collaborare alla intesa dei gruppi linguistici ad un miglior progresso economico e sociale di entrambe le popolazioni.

PRESIDENTE: La parola alla dott. Pezzolli.

PERAZZOLLI (D.C.): Signor Presidente, desidero prendere la parola in questa discussione generale con un preciso intento, quello cioè di puntualizzare alcuni aspetti della relazione del bilancio, aspetti che riguardano il settore della Previdenza sociale, sanità, Enti locali di assistenza e beneficenza. Infatti vari punti delle dichiarazioni pregrammatiche del sig. Presidente ci offrono anche in questo settore motivi di riflessione, ci dicono la seria e ferma volontà della Giunta regionale di proseguire, di ampliare il programma che porti a quella sicurezza sociale, a quella equa redistribuzione dei redditi, di trasferimento cioè di redditi a fini sociali che ogni società si attende.

Molto opportunamente si parla di una conferenza regionale sull'ordinamento e sui compiti delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, col preciso scopo, dice il sig. Presidente, di assumere dalla base positivi elementi di studio in connessione alla programmata riforma legislativa dell'ordinamento dell'assistenza pubblica.

Questa coscienza del bisogno di una riforma organica dell'assistenza è stata verificata numerose volte, almeno per alcuni settori, come quelli dell'infanzia, degli anziani, degli ECA.

Ricordiamo le molte conferenze nazionali e anche quelle fatte nella nostra regione e nelle regioni a statuto speciale sui problemi della previdenza e dell'assistenza, che tentarono a più riprese di tracciare il quadro di un riordinamento organico dell'importante settore previdenziale e assistenziale.

Ecco perchè è motivo per me di conforto e di ottimismo, e lo deve essere per tutti gli operatori e dirigenti delle attività assistenziali, la comparsa del progetto di programmazione quinquennale.

Non già perchè il piano, soprattutto al suo attuale stato di progetto, sia da conside-

rarsi come un toccasana della ancora esistente confusione e della disorganizzazione funzionale di tanti settori dell'assistenza e della previdenza, ma perchè il fatto di vedere per la prima volta in un documento ufficiale e responsabile dello Stato l'assistenza inserita in modo organico nel quadro del progresso generale del paese, è già un notevole passo in avanti rispetto alla situazione fin qui verificata, in cui era difficile impostare un discorso oggettivo che non fosse di immediata urgenza rispetto a bisogni nuovi: di qui la lamentata moltiplicazione degli enti assistenziali, la serie infinita di Enti mutualistici, sorti per risolvere subito situazioni che, con una revisione organica, avrebbero trovato migliori soluzioni.

E qui si inserisce la possibilità della Regione di coordinare questa vasta materia assistenziale e previdenziale e non perde l'occasione per raccomandare questo coordinamento già opportunamente avviato e per offrire da parte mia e dell'Assessorato provinciale alle attività sociali, a cui sono preposta, la più ampia e cordiale collaborazione, affinché gli sforzi comuni portino ad un sempre più organico ed efficace intervento nel vasto e delicato campo dell'assistenza e della previdenza.

Ben venga quindi la conferenza regionale preannunciata e il conseguente riordinamento generale delle attività, volto al benessere sociale, secondo criteri di eliminazione dei duplicati e delle sovrastrutture inutili.

Un tema a me molto caro e sul quale desidero esprimere il mio pensiero è quello del servizio sociale, la cui attività è stata ampiamente relazionata in uno degli allegati alle enunciazioni programmatiche del signor Presidente.

Numerosi e complessi sono i problemi che gli assistenti sociali sono chiamati ad affrontare nel loro inserimento professionale

nella realtà sociale e vaste sono le loro funzioni e compiti.

Non c'è dubbio che volendo affrontare i problemi del bisogno, secondo un metodo organico, è indispensabile una procedura tecnicamente qualificata che attui le seguenti fasi: studio del bisogno, per sè considerato nelle sue varie forme; rilevazione e determinazione dell'entità del bisogno, in ordine alla Comunità, apprestamento degli strumenti e dei mezzi adeguati ad affrontare il bisogno nei casi concreti. Il moderno concetto dell'assistenza prevede non già l'atto singolo, assistenziale, sussidio e ricovero, ma la conoscenza dell'uomo personale, concreta, secondo la complessa dimensione della sua vita fisica, affettiva, morale, secondo le sue forze e le sue potenzialità, come pure delle sue carenze e debolezze; occorre giungere perciò al trattamento del caso.

E l'unico strumento adeguato al trattamento del caso è il personale tecnicamente qualificato e cioè l'assistente sociale con i requisiti fondamentali che egli deve possedere e cioè: chiara capacità, per conoscenza di ordinamento, di metodi, di tecniche; particolare sensibilità, in quanto svolge funzioni di intermediario fra un organismo di per se astratto come l'Ente pubblico ed i singoli casi in cui si incarna il bisogno.

Va sottolineato qui il lodevolissimo sforzo che la Giunta regionale fa per potenziare sempre più il centro regionale di servizio sociale, per dare a questo centro una sua autonomia di azione ed un giusto trattamento giuridico ed economico, una possibilità di carriera, rapportata alle specializzazioni che gli assistenti sociali possiedono. E va anche sottolineato come la nostra Regione già nel 1949 si unisce all'avanguardia delle altre, costituendo il centro regionale di servizio sociale e fondando e finanziando una scuola superiore regionale di servizio sociale, che senza tema

alcuna di esagerare, è fra le più apprezzate in campo nazionale. Essa può contare su un qualificato corpo di docenti, su di un ordinamento di studi perfezionato dall'esperienza di molti anni e dall'attento esame della realtà sociale, in cui l'assistente opera.

Tutto questo, attuò la Regione in un'epoca in cui la figura dell'assistente sociale era ancora quasi sconosciuta, non solo nella nostra regione ma anche in campo nazionale: ora l'assistente sociale è inserita in quasi tutti gli enti assistenziali e in molti complessi industriali e ambienti economici e la sua opera è apprezzata e cercata dal più vasto pubblico.

C'è ancora una grossa lacuna in campo nazionale e cioè quella del riconoscimento giuridico di quelle scuole di servizio sociale più serie e meglio organizzate e del conseguente riconoscimento del titolo di studio.

Già si stanno battendo per questo le varie scuole, ma un voto anche dell'Assessorato competente appoggiato dalla Giunta regionale non sarebbe certamente superfluo, come pure auspicherei l'assegnazione di borse di studio ad elementi bisognosi e meritevoli, per facilitare loro la frequenza della nostra scuola regionale di servizio sociale, anche ad elementi della provincia di Bolzano che hanno notevoli difficoltà di natura linguistica per la frequenza richiesta dalla scuola.

Alcune nuove attività che in questa legislatura il Servizio sociale regionale ha attuato meritano un particolare cenno: il servizio sociale familiare attento ai problemi della famiglia, aiutando laddove l'armonia e l'unità del nucleo familiare possono essere compromessi per qualsiasi causa, o morale od economica: servizio rivolto a tutte le classi sociali e che affronta i più vari problemi in relazione all'intera famiglia, aiutando anche la famiglia ad utilizzare nel modo migliore i molteplici servizi che oggi la società offre.

I risultati che questo nuovo tipo di attività potrà ottenere saranno senz'altro positivi e lo saranno sempre più via via che questo servizio si amplierà a tutta la comunità regionale.

Altra valida iniziativa del servizio sociale è a mio avviso quella dello studio sulla funzionalità degli Enti comunali di assistenza. L'approntamento del formulario da inviare a tutti gli ECA fatto dall'Assessorato Enti Locali, la visita in loco degli assistenti sociali con una approfondita rilevazione delle necessità reali degli ECA, potranno dare una utilissima visione uniforme delle varie situazioni ai fini di una equa distribuzione degli aiuti finanziari, oltre che alla possibilità di intervenire con un consiglio o con provvedimenti laddove le amministrazioni sono molto scadenti e i casi purtroppo non sono rari.

Molto opportuno ed utile sarà il programmato corso di aggiornamento per amministratori degli ECA e qui mi permetto di raccomandare all'Assessorato competente la sua attuazione, onde mettere il maggior numero possibile di amministratori all'altezza del loro compito e prepararli ad assolvere consapevolmente il loro mandato, anche in vista della tanto auspicata riforma nazionale degli Enti comunali di Assistenza, che dovrebbe assegnare loro una più ampia sfera di attività e maggiori mezzi finanziari.

Vediamo operare il servizio sociale anche in altri settori, come quello dei minori particolarmente bisognosi sia per l'aspetto fisico che economico; bambini gracili e bisognosi di cure marine o montane, permanenti o stagionali; questo lavoro fatto in stretta collaborazione con l'O.N.M.I. e l'Assessorato Provinciale attività sociali; servizio svolto in favore dei danneggiati dalle alluvioni, servizi sanatoriali, promuovendo quell'indispensabile colloquio fra malato e amministrazione, fra malato e famiglia: potrei dilungarmi nella descrizione

di servizi preziosissimi, attentamente e responsabilmente svolti dalle assistenti sociali.

Lodevoli sforzi che la Regione compie per adeguare sempre più i suoi interventi alle reali necessità che la società presenta e alle sue aspettative.

C'è però da temere qui il pericolo che tali attività e tali interventi siano necessariamente limitati a determinate zone o che risultino troppo settoriali a beneficio di una ben definita categoria di persone trascurando altre zone od altri gruppi sociali.

Ecco perchè io ripeto quanto dissi in questa sede, già in passato, la necessità cioè di arrivare alla strutturazione del servizio sociale di zona o meglio di comprensorio.

Il programma quinquennale nazionale prevede a livello periferico — provinciale e comunale — le « unità assistenziali locali », che dovrebbero realizzare il rapporto diretto con i bisogni delle singole zone e dei cittadini.

Qui si dovrebbe inserire il servizio sociale locale — la condotta sociale o unità sociale periferica, che a sua volta dovrebbe allacciare rapporti con l'unità sanitaria locale, con le circoscrizioni scolastiche, culturali, onde poter ottenere il massimo coordinamento delle risorse e degli interventi per evitare doppioni o sovrapposizione di interventi assistenziali e garantire la massima efficienza e un più facile orientamento dal cittadino verso i servizi sociali.

Ritengo che la nostra regione abbia fatto sufficienti studi ed esperienze nei singoli settori dell'assistenza sociale per avviare ed organizzare le condotte sociali, cioè il servizio sociale locale, sulla base di servizi polivalenti di comprensorio. Questo unico assistente sociale, trapiantato in un comprensorio, a contatto continuo con le popolazioni locali, con la possibilità di spostarsi facilmente da un paese all'altro e di studiare in profondità le partico-

lari caratteristiche di ogni comunità, che nel comprensorio vive, di tenere il collegamento con il centro e con tutti gli enti pubblici cui l'assistenza fa capo, dovrebbe rappresentare l'aiuto più valido per le popolazioni, specialmente periferiche, il consigliere più utile e più apprezzato anche degli operatori assistenziali e responsabili comunali, scolastici, religiosi ecc.

Territorialmente le aree di gravitazione potranno essere facilmente indicate dai piani urbanistici provinciali, mentre i livelli operativi potranno essere due: uno centrale ed uno locale.

Ad una équipe a livello centrale, composta da esperti in sociologia, psicologia, servizio sociale, potrà essere affidato il compito di predisporre le linee operative delle condotte sociali, col compito anche di supervisione delle singole condotte: a livello locale invece, l'assistente sociale avrà il compito di realizzare nel comprensorio il programma predisposto dalla équipe centrale e di verificarne l'efficacia e l'aderenza alle condizioni economiche e sociali della popolazione, alle strutture sociali, agli aspetti tipici della vita associativa e della occupazione del tempo libero, ai problemi di integrazione tra gruppi locali e di immigrazione, a tutte le necessità assistenziali.

La condotta sociale potrebbe rappresentare lo strumento nuovo per unificare, coordinare gli interventi e i vari servizi delle amministrazioni regionali e provinciali, promossi dai singoli Assessorati e dai Consorzi e potrebbero servire come mezzo di contatto fra l'amministrazione regionale, provinciale e singoli cittadini, enti locali; forse produttive operatori economici, assistenziali, culturali ecc.

Io mi auguro vivamente che la Regione, pioniera nell'organizzare il servizio sociale, voglia fare un ulteriore passo, ed impostare il servizio sociale su basi più moderne affidando all'Assessore Fronza il compito di estendere

con questo metodo il servizio sociale a tutta la Regione.

Avendo già esposto alla Giunta Provinciale di Trento questo piano di ristrutturazione del servizio sociale posso dichiarare fin d'ora la piena disponibilità mia e del mio Assessorato per una cordiale e piena collaborazione.

Lo stesso dicasi per quanto concerne l'assistenza agli anziani nelle case di riposo. Giustamente dice il signor Presidente nella sua relazione, il problema degli anziani assume sempre più importanza per il loro costante aumento. La vita media dell'uomo in questo ultimo cinquantennio si è infatti notevolmente allungata, grazie anche ai continui progressi fatti dalla medicina, al miglioramento dell'igiene e della alimentazione, al diminuito tasso di mortalità infantile: presso le famiglie giovani che si inurbano non desidera vivere la persona anziana, cresciuta nell'ambiente montano e più ristretto: la massa quindi delle persone anziane bisognose di un posto letto nelle case di riposo si fa sempre più considerevole per numero e per età.

C'è ancora quindi molto da fare, per quanto la Regione stia continuando gli sforzi per adeguare sempre più le case di riposo alle esigenze dei nuovi tempi (alcune sono state ampliate, in altre si sono allestiti moderni e più numerosi servizi igienici e sanitari, impianti ed attrezzature nuove. La sopravvivenza però di certe case di riposo non si giustifica più, sia per l'aspetto edilizio, sia per la gestione poco economica che si deve necessariamente risolvere in un trattamento poco dignitoso dell'ospite. E' urgente procedere ad una pianificazione delle case di riposo, così come si è fatto per gli ospedali: si impone anzitutto una rilevazione esatta del fenomeno anziani nei vari comprensori e la conseguente determinazione dell'ubicazione di case di riposo nuove o di ampliamento di quelle già esistenti. Completata

la rete delle case di riposo per persone sane, ci si dovrà occupare delle case per lungo degenti, dei cosiddetti reparti geriatrici, dove possono trovare accogliamento gli anziani in condizioni tali da non consentire la loro permanenza in famiglia: ex infermi di mente o che presentano malattie e disturbi per cui c'è la impossibilità fisica di provvedere a se stessi o anche la impossibilità della famiglia per altre cause di tenerli con sé. Queste case dovrebbero sorgere annesse agli ospedali, dove cioè l'assistenza medica possa essere sempre a disposizione, con camerette ridotte possibilmente a due o tre letti.

Negli ultimi anni infatti con l'aumento del numero degli anziani è aumentato anche vertiginosamente il numero degli ammalati cronici; una recente statistica fatta nell'ultima casa di riposo aperta a Trento nel 1960 e capace di 260 posti, registra il 52% di anziani ammalati. Una percentuale quanto mai allarmante che esigerebbe la istituzione con legge regionale, del servizio medico obbligatorio nelle case di riposo con più di 100 letti o perlomeno 150 letti e così pure la istituzione, anche con legge regionale, delle visite specialistiche per arteriosclerotici e nevropatici. Non è pensabile né si può chiedere alla Regione un'azione isolata per il raggiungimento di un bene sociale di così grande portata; occorrerà la piena collaborazione di tutti gli Enti interessati: ECA, amministrazioni di Opere Pie e le due Giunte Provinciali. E' un problema anche di ridimensionamento e di superamento di certe mentalità troppo meschine inadeguate ai nuovi tempi e saranno necessari degli incontri a tutti i livelli perchè il problema non rimanga insoluto o non sia uno sforzo di singole persone o di Enti con scarso risultato, ma investa e unisca la responsabilità di tutti gli Enti pubblici interessati al raggiungimento di ampie mete sociali ed assistenziali.

Sarà indispensabile però da parte della Regione un'opera di coordinamento e di sollecitazione, nonché di sensibilizzazione di tutta la opinione pubblica ai problemi gravi e complessi delle persone anziane.

In tema di previdenza e di assicurazioni sociali non posso che salutare con viva soddisfazione la volontà della Giunta Regionale di presentare i due progetti di legge che allargano l'assicurazione obbligatoria di malattia ai coltivatori diretti titolati di pensione e che colmano altre lacune nel campo dell'assistenza malati.

Verrebbe così ridotta al minimo la scoperatura di tale assicurazione, almeno fino a quando un vero e proprio sistema di sicurezza sociale garantirà in sede nazionale la totale copertura sanitaria di tutta la popolazione italiana.

(1) progetto di legge ospedaliera.

Per tutta la importante materia concernente la previdenza sociale e la sanità ricordo all'assessore competente la indispensabile e urgente necessità di formare il comitato regionale per la sicurezza sociale, com'era previsto dall'accordo interpartitico, dove siano rappresentate tutte le forze operanti in settori della sanità, della previdenza, della assistenza. Potrà venire da esso regolamentata e coordinata tutta la vasta materia del settore, vedi rapporti ospedali mutue, condotte mediche, ostetriche, veterinario, vedi problema delle farmacie e delle unità sanitarie.

La riorganizzazione dei suddetti servizi sanitari, fatta su basi più nuove e più rispondenti alle esigenze della moderna società è ormai urgente e improrogabile. So che l'Assessore Nicolodi ha già predisposto degli attenti studi e delle indispensabili rilevazioni: il comitato regionale sopra citato gli potrà fornire un valido ed allargato appoggio per la soluzione del complesso e difficile problema.

Un ultimo cenno vorrei fare in merito al ventilato provvedimento di legge, inteso ad assicurare un assegno mensile a tutti i minorati fisici e psichici assolutamente permanentemente inabili a proficuo lavoro e non degenti in ospedali, case di riposo od istituti. So che dalla prima indagine fatta sarebbe risultato un onere finanziario per la Regione assai pesante e praticamente insostenibile.

Vorrei modestamente suggerire all'assessore Nicolodi che la ricerca di un diverso e più limitato criterio di indagine potrebbe stabilire con maggiore approssimazione il vero stato di bisogno e quindi il reale onere finanziario occorrente, non certamente così gravoso, come risultato dalla prima indagine; ciò forse potrebbe mettere la Regione nella condizione di poter anticipare un provvedimento così sentito e così urgente a favore della categoria di cittadini più sfortunata e quindi più bisognosa della nostra fattiva e costante solidarietà.

Non posso non concludere questo mio intervento dicendo che la Regione assieme alle due Provincie, sta attuando una valida e concreta politica sociale ed assistenziale, volta alla più ampia valorizzazione della persona umana alla salvaguardia della dignità dei singoli, un programma vasto e impegnativo che richiederà un'oculata scelta di precedenze, un coordinamento continuo, nonchè impegni finanziari notevoli.

Meta sarà quella sicurezza sociale e la libertà del bisogno, beni che formano l'aspirazione di una società evoluta, moderna e civile.

PRESIDENTE: La parola al cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie zu erwarten war, stand bisher bei einem Großteil der Diskussionsbeiträge die politische Auseinandersetzung im Vordergrund. Die gegensätzlichen

Standpunkte sind von verschiedenen Vorrednern sehr klar herausgeschält worden. Es gab gemäßigte, vernünftige, und es gab scharfe und sture Stellungnahmen, wie zum Beispiel jene des Kollegen Agostini, um nicht andere Namen zu nennen. Man kann sich dabei des Eindruckes nicht erwehren, daß diese verschiedenen Stellungnahmen und Meinungen, wie schon oft in den früheren Jahren, wieder einmal auf ein totes Geleise geraten sind und eine Auflockerung dieses festgefahrenen Räderwerkes nicht leicht abzusehen ist. Hinsichtlich einer Lösung der Südtiroler Frage ist im letzten Jahr, soweit es sich um einen substantiellen Beitrag der Region handelt, wie wir ja schon gehört haben, sehr wenig geschehen. Die programmatische Erklärung des Herrn Regionalausschußpräsidenten Dalvit, die dem Südtiroler Problem ein eigenes Kapitel widmet, läßt in dieser vernebelten Situation, in der wir uns nun schon seit Jahrzehnten befinden, allerdings einen Hoffnungsstrahl durchleuchten.

Seine Erklärung, die er auch im Namen des gesamten Regionalausschusses abgibt, ist, wie mir scheint, von viel gutem Willen getragen und es wird wiederholt der feste Wille der gegenwärtigen Regionalregierung ausgedrückt, durch entsprechende verantwortungsbewußte Maßnahmen unter das Südtirol-Problem ein für allemal einen Schlußstrich zu ziehen. Der Herr Regionalausschußpräsident betont dabei ausdrücklich, daß es sich nicht nur um leere Worte handle, und wir nehmen daher seine Versicherung mit Zuversicht und mit etwas Optimismus zur Kenntnis. Ich muß allerdings mit dem Vorbehalt meines Kollegen Bernhart übereinstimmen, denn die Erklärungen des Herrn Regionalrates Dr. Odorizzi lassen von diesem Optimismus sehr wenig übrig: Der Geist, in dem sie abgegeben wurden, zeugt nicht vom guten Willen, der in den Erklärungen des Präsidenten Dalvit enthalten ist. Man kann sogar sagen,

daß dadurch die Erklärungen des Präsidenten des Regionalausschusses irgendwie entwertet worden sind, weil aus der gleichen Partei ein völlig anderes Urteil abgegeben wurde.

Von meinen Vorrednern wurden aber auch einige beachtenswerte wirtschaftspolitische Erwägungen angestellt. Es sei mir daher gestattet, einige Gedanken dazu zu äußern, vor allem auf einige sozialpolitische Aspekte einzugehen, die unsere gegenwärtige Situation in der Region und besonders in Südtirol kennzeichnen. Wie in anderen Ländern, so hat auch bei uns der in den letzten Jahrzehnten eingetretene Umschichtungsprozeß von der bäuerlichen Gesellschaft zur Industriegesellschaft die Wirtschafts- und Sozialpolitik spürbar beeinflußt. Dazu kommt bei uns noch der starke Bevölkerungszuwachs, der in den letzten 100 Jahren in den beiden Provinzen eine sehr interessante, aber verschiedene Entwicklung genommen hat. Nach den statistischen Daten der Region zählte die Provinz Trient im Jahre 1869 rund 335.000 Einwohner, im Jahre 1965 423.000 Einwohner. Das entspricht einem Bevölkerungszuwachs der Provinz Trient von 88.000 Einwohnern in den letzten 100 Jahren, also nicht ganz 27%. Südtirol zählte im Jahre 1869 — immer nach der gleichen Regionalstatistik — rund 197.000 Einwohner und erreichte im Juli 1965 einen Bevölkerungsstand von 395.000. Das entspricht also für Südtirol einer glatten Verdoppelung gegenüber dem Ausgangsdatum. Zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umschichtung kommt, wie Sie wissen, im Falle Südtirols noch eine weitere erschwerende Tatsache hinzu, nämlich daß dort rund 250.000 Deutsche und Ladinler eine völkische Minderheit gegenüber dem Staatsvolk bilden und daß sich daher diese Bevölkerung auf Grund ihrer geschichtlich gewachsenen Eigenart ein verbrieftes und indiskutables Recht auf Selbstverwaltung im Rahmen des

italienischen Staates erwartet. Die Bereinigung und Klärung dieser Probleme beeinträchtigen natürlich derzeit auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Provinz.

Nun, wie zeigt sich heute die soziale und wirtschaftliche Lage bei uns? Wir können uns in Südtirol auf bestimmten Gebieten — das ist schon gesagt worden — selbst verwalten, wobei uns aber die Zuständigkeit für existenzwichtige Probleme fehlt. Auch die Tatsache des Vorhandenseins zweier Volksgruppen in ein und demselben Raum legt der Landesverwaltung eine organisatorische und damit finanzielle Mehrbelastung auf, der bisher in keiner Weise Rechnung getragen wurde. Um Ihnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das zu illustrieren, sei es mir gestattet, auf einige für unsere Volksgruppe lebenswichtige Probleme hinzuweisen.

Wir alle wissen, daß die Grundlagen für eine gesunde Wirtschafts- und Sozialpolitik bereits bei der schulischen Erziehung und Bildung der Jugend gelegt werden. Die in Gang befindliche Umstrukturierung, die stetig zunehmende Bevölkerung und schließlich auch das Fortschreiten der Technik stellen bei uns gerade an die Schule immer größere Anforderungen. Südtirol ist gegenüber dem Trentino insofern noch im Nachteil, als alle schulischen Einrichtungen, einschließlich der dazugehörigen Schulbehörden und des Lehrkörpers, wegen der vorhandenen zwei Bevölkerungsgruppen doppelt vorgesehen werden müssen. Die bestehenden Schulräume können mit der ständig zunehmenden Schülerzahl überhaupt nicht mehr Schritt halten. Die allgemeine Einführung der Einheitsmittelschule hat brennende Probleme aufgeworfen. Die Gemeinden und die Landesverwaltung sind ohne Sonderzuweisung, ohne eine Sonderpolitik durch den Staat und durch die Region, außerstande, ihren Verpflichtungen mit Schulhaus-

bauten, Schülerbeförderungen usw. nachzukommen. Im kommenden Herbst allein rücken rund 1000 Schüler und Studenten in die Mittelschule bzw. in die höhere Mittelschule auf und Gemeinden und Land wissen heute noch nicht, wo sie die Schulräume hierfür hernehmen sollen. Ein damit zusammenhängendes Problem ist die Unterbringung der vom Land kommenden Schüler und Studenten. Wohl haben hier privatrechtliche Institutionen schon in früheren Jahren zur Selbsthilfe gegriffen und mit dem Bau von Schülerheimen begonnen. Aber auch sie reichen nicht aus und diese Einrichtungen sind daher mehr denn je auf die Mithilfe der öffentlichen Hand angewiesen. Sie werden mich nun fragen, warum ich diese Dinge hier im Regionalrat erwähne, wo sie doch in die alleinige Zuständigkeit der Provinzen und damit der Südtiroler Landesverwaltung fallen. Ich sage das deswegen, um besonders den Kollegen italienischer Sprache aufzuzeigen, daß die Gelder des Staates und der Region an die Provinz immer noch völlig unzureichend sind und daß wir daher Staat und Region um außerordentliche Möglichkeiten und Mittel ersuchen müssen, um allen Jugendlichen in Südtirol zu einer Grundschulbildung zu verhelfen, welche die Voraussetzung für die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Existenz darstellt.

Ein zweites Problem: Auf der Grundlage der allgemeinen Schulbildung muß aber auch, wie Sie selbst wissen, eine umfassende Berufsausbildung einsetzen, damit so die harmonische Entwicklung der Persönlichkeit gefördert und den Forderungen des technischen Fortschritts, der neuen Produktionsmethoden sowie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprochen wird. Jeder muß heute die Möglichkeit haben, die zur Ausübung des von ihm erwählten oder zu erwählenden Berufes notwendigen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, sowie die höchstmögliche Ausbildung zu

erwerben, wobei besonders bei den Jugendlichen die geistige und sittliche Ausrichtung, die staatsbürgerliche Erziehung und die körperliche Entwicklung zu fördern sind. Es darf aber nicht allein bei der Anfangsberufsausbildung bleiben, sondern es muß auch während der Berufslaufbahn, meine Damen und Herren, für entsprechende Weiterbildung gesorgt werden. Auch solche, die aus irgendeinem Grunde die Berufslaufbahn unterbrochen haben und nun wieder in dieselbe eintreten, müssen durch entsprechende Umschulung wieder mit dem neuen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung vertraut gemacht werden können. Ein großer Prozentsatz von Berufstätigen im Alter von 25 bis 45 Jahren mußte durch Faschismus und Krieg ihre berufliche Aus- und Weiterbildung unterbrechen. Sie haben nicht einmal eine Mittelschule genossen und auch sonst keine weitere berufliche Ausbildung oder Weiterbildung außer ihrer Praxis erfahren. Im Interesse der Hebung der Wirtschaft muß gerade diesen Leuten erhöhte Aufmerksamkeit auch seitens der öffentlichen Hand geschenkt werden. Solche Initiativen, wie zum Beispiel Abendkurse und Abendschulen, müßten von der öffentlichen Hand noch mehr und regelmäßig unterstützt werden. Auf Grund des wirtschaftlichen Aufschwunges oder Rückganges, auf Grund technischer Umstellungen, struktureller Wandlungen oder besonderer Erfordernisse in bestimmten Berufen muß die gewissenhafte berufliche Ausbildung der Jugend, aber auch die beschleunigte Ausbildung Erwachsener, die im Beruf stehen, vorangetrieben werden. Freilich sind das nur Zuständigkeiten der Provinzen, also Zuständigkeiten der Südtiroler Landesverwaltung, aber sie erfordern, das möchte ich betonen, im Falle Südtirols wiederum eine Doppelleistung, die seitens der Region und indirekt auch des Staates eine höhere Zuweisung über das entsprechende Bilanzka-

pitel rechtfertigen würde. Von seiten der Region müßte darüber hinaus auch jede private Initiative, soweit sie sich in den Dienst der Berufsausbildung, der beruflichen Förderung stellt und der allgemeinen beruflichen Weiterbildung dient, unterstützt werden. In puncto Berufsförderung hat aber — das möchte ich betonen — nicht nur die öffentliche Hand eine Aufgabe, sondern auch die Privatwirtschaft. Wenn unseren Unternehmern an einer Hebung ihrer Wirtschaft gelegen ist, dann mögen sie in Zukunft nicht nur Maschineninvestitionen, sondern auch firmeneigene Bildungsinvestitionen an ihrer Mitarbeiterschaft vornehmen! Man hat manchmal den Eindruck, als hätten Unternehmer Angst, die berufliche Ausbildung ihrer Mitarbeiter zu fördern und voranzutreiben.

Meine Damen und Herren! Wollen wir in der Region den Beschäftigtenstand in Zukunft halten und, was zu hoffen ist, weiterhin erhöhen, dann müssen regelmäßig alle nur erdenklichen Maßnahmen, auch seitens der öffentlichen Hand, zur Anpassung der beruflichen Fähigkeit unserer Arbeiter an den jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung getroffen werden. Sie wissen besser als ich, daß die beste Schulbildung und die beste Berufsausbildung, die beste Berufsweiterbildung und alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Berufsförderung ins Leere fallen, wenn nicht gleichzeitig für Arbeit und Existenz gesorgt wird, wenn nicht die bestehenden Arbeitsplätze gehalten und neue geschaffen werden, damit die nachrückenden jungen Berufsgenerationen Arbeit und Existenz finden. Die Kompetenzen liegen hier nun erstmalig, zum Unterschied von den früheren Zuständigkeiten, bei der Region und nicht bei den Provinzen. Es wurde zwar vieles getan, auch in Südtirol; man hat mit den delegierten Kompetenzen in den letzten Jahren Tausenden von Südtirolern Arbeitsplätze ver-

schaft. Aber wir sehen uns dauernd vor neue Aufgaben gestellt und es muß daher noch viel mehr getan werden. In den letzten Jahren — das ist schon gesagt worden — haben an die 10.000 Südtiroler in Ermangelung hiesiger Arbeitsplätze die Heimat verlassen und Brot und Existenz im Ausland gesucht. Man muß diese Leute zur offiziellen Arbeitslosenziffer hinzurechnen und die Region muß so schnell als möglich — und nicht erst wenn die Kompetenzen und Zuständigkeiten anders verteilt sind oder ein neues Autonomiestatut genehmigt ist jene Voraussetzungen schaffen, die eine Rückkehr dieser Arbeitnehmer in die Heimat ermöglichen. Die vorhandene Wirtschaftskrise, welche bereits Arbeitsbeschränkungen, Entlassungen und damit steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, hat auch die Region vor ernste Probleme und vor eine schwere Verantwortung gestellt. Die Bemühungen der Region und auch der Wirtschaftskreise Südtirols, um die Wirtschaftskrise und damit die Arbeitslosigkeit zu bannen, sind sicher anerkennenswert.

Auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist zu begrüßen. Was ich aber nicht begrüßen kann und was fehl am Platze war, das war der Generalstreik, der vor kurzem in Südtirol von einigen Gewerkschaften ausgerufen wurde, um gegen die schwierige Wirtschaftslage und die Gefährdung der Arbeitsplätze und des Einkommens der Arbeiterschaft zu protestieren. Abgesehen davon, daß dieser sogenannte Generalstreik keine große Beteiligung unter unserer Bevölkerung fand und sich praktisch nur auf einen Streik der Bozner Industriezone reduzierte, muß gesagt werden, daß dieser Streik wirklich nicht als das geeignete Mittel zur Bannung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit angesehen werden konnte. Eine maßgebende Arbeiterbewegung Südtirols und auch die Autonome Südtiroler Gewerkschaft haben sich daher in

unmißverständlicher Form gegen diesen Generalstreik ausgesprochen. Ebenfalls nicht erfreulich und für einen Großteil der Südtiroler Arbeiterschaft deprimierend war die Tatsache, daß die offizielle Regierungsstelle, also der Regierungskommissär, und auch die Region — das muß ich leider hinzufügen — das Bestehen einer Autonomen Südtiroler Gewerkschaft bisher ignorierten und noch ignorieren. Man kann nur hoffen, daß im gegenwärtigen Klima des guten Willens und der Verständigung auch dieses Mißverständnis aus dem Wege geräumt und das Vereinigungsrecht der Arbeiter im Sinne der Europäischen Sozialcharta, die ja auch Italien angenommen hat, endlich als selbstverständlich anerkannt wird.

Wenn man den Bericht des Herrn Präsidenten Dalvit durchliest, dann merkt man, daß bei allen Assessoraten der Region für das Jahr 1966 Initiativen ergriffen werden, die dazu dienen, die bestehende Krise aufzulockern und schrittweise zu eliminieren. Auf der Tagesordnung stehen Kreditleichterungen und Zuwendungen, sei es an die Industrie, an den Handel, an den Fremdenverkehr, an die Landwirtschaft usw.; dadurch sollen die bestehenden Arbeitsplätze erhalten und nach Möglichkeit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich glaube aber, daß ähnlich wie bei der Berufsausbildung nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die Wirtschaft selbst, die Unternehmer, etwas konkreter angesprochen werden müßten, damit sie endlich einmal mehr Investitionsfreude an den Tag legen. In diesem Punkt gebe ich dem Kollegen Odorizzi recht: es fehlten die Investitionen. Vor dem Streben nach dem höchsten Bilanzgewinn aber und vor dem größten Konsumniveau, meine Damen und Herren, muß auch beim Unternehmer heute die Pflicht zur Investition bestehen. So wie jeder ein Recht auf Arbeit hat, so hat die öffent-

liche Hand, aber auch der kapitalkräftige Bürger die Pflicht zu investieren. Wenn die überflüssigen Kapitalien in unserer Region, bzw. in den beiden Provinzen, so bald als möglich richtig investiert würden, könnte man damit der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit wirksam und positiv entgegenreten. Vielleicht braucht es dazu nicht nur Gesetze, nicht nur einen wirtschaftlichen Weitblick der Unternehmer, sondern auch eine soziale Haltung, eine neue geistige Haltung so mancher unserer Unternehmer.

Meine Damen und Herren! Die Schul- und Berufsausbildung, so sagten wir, fällt in die Kompetenzen der Provinz. Die Arbeitsbeschaffung fällt größtenteils in die Kompetenz der Region. In jeder anderen gesetzgebenden Verwaltung würden diese Kompetenzen beieinanderliegen und organisch ineinandergreifen. Bei uns liegen sie auf zwei völlig verschiedenen Ebenen, örtlich und verwaltungsmäßig getrennt. Daraus allein, glaube ich, kann man die Unhaltbarkeit dieses Zustandes für eine gesunde, geplante Wirtschafts- und Sozialpolitik in unserem Lande erkennen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie wissen, daß Ausbildung und Arbeit allein noch nicht die Existenz ermöglichen. Wer arbeitet, hat für sich und seine Familie auch ein Anrecht auf eine menschenwürdige Wohnung, noch besser aber auf ein Eigenheim, auf Eigentum. Gestatten Sie, daß ich ein Wort über das Wohnbauproblem verliere, obwohl dieses für die Existenz so wichtige Problem wiederum nicht in die Kompetenz der Region fällt. Auch daraus kann man wieder ersehen, wie sehr sich die Aufsplitterung von Kompetenzen auf verschiedene gesetzgebende Körperschaften zum Nachteil für das Gesamte auswirken muß. Wie sehr der Eigentumswohnbau in Südtirol gewünscht wird, beweist die Tatsache, daß

auf das letzte von der Provinz rezipierte Staatsgesetz 1300 Gesuchsteller um ein Wohnbaudarlehen angesucht haben. Der lächerliche Betrag, der von seiten des Staates über die Region zur Verfügung gestellt wird, gestattet lediglich die Berücksichtigung von vielleicht 300 Gesuchstellern, und zwar im Zeitraum der nächsten zwei Jahre, sofern die versprochenen Geldmittel nicht vorzeitig versiegen. Man stelle sich, meine Damen und Herren, die Enttäuschung der anderen 1000 Wohnbauwilligen vor, die wiederum bei diesem Staatsgesetz, das durch die Maßnahme des Landes wesentlich erleichtert wurde, nicht berücksichtigt werden konnten. Ich glaube, daß sich auch die Regionalregierung darüber Gedanken machen müßte. Neben der Arbeitsbeschaffung muß daher alles getan werden, um unsere Arbeitnehmer auch durch entsprechende Wohnbauhilfe auf ihrem angestammten Heimatboden zu verwurzeln, andernfalls wird die Abwanderung sich weiterhin fortsetzen.

Die Provinzen und damit auch Südtirol haben meiner Ansicht nach unter anderem die wichtige Aufgabe, eine konkrete Eigentums politik zu betreiben. Sie müßten dazu aber in die Lage versetzt werden und deshalb sind meiner Ansicht nach die Beschwerden und die Klagen über die zu geringe Zuteilung von Geldern absolut berechtigt. Jeder, der am Zuwachs des volkswirtschaftlichen Kapitals mitarbeitet, muß die Möglichkeit haben, davon einen gerechten Anteil zu erhalten. Das ist wiederum nur möglich, wenn die vermögensschwachen Schichten in die Lage versetzt werden, relativ mehr zu sparen. Es müssen Anreize zum Sparen gegeben werden. Das persönliche Eigentum ist ungemein wichtig: es ist der Grundpfeiler einer freien Wirtschafts- und Sozialordnung. Erst das Eigentum macht den Menschen frei, gibt ihm Selbstverantwortung und Unabhängigkeit, legt ihm aber auch soziale Verpflichtungen auf.

Eigentum in den Händen weniger Kapitalbesitzer und Unternehmer schafft Unruhe und Unzufriedenheit, ist Ungerechtigkeit; Eigentum muß breit gestreut werden und die Wirtschaftsordnung muß so gebaut werden, daß auch den Arbeitnehmern, als den weniger Vermögenden, die Bildung von Eigentum möglich ist. Mit solcher Eigentumspolitik schaffen wir die Voraussetzung für einen dauerhaften sozialen Frieden und Fortschritt in unserer Heimat.

Hand in Hand mit einer Eigentumspolitik läuft auch die Familienpolitik. Wenn wir in unserer Region genügend Wohnraum schaffen, und zwar rechtzeitig schaffen, dann leisten wir nicht nur einen Dienst für das Allgemeinwohl und für die, die im Begriff sind auszuwandern, sondern wir fördern im besonderen auch die Familiengründung und tragen dazu bei, daß die Familie in unserem Vermassungszeitalter erst recht wieder ihrer erzieherisch-bildenden und personprägenden Funktion nachkommen kann.

Herr Präsident! Es gibt sicher andere wichtige Probleme; aber Ausbildung, Arbeit und Wohnung stellen Existenzprobleme für ein Volk dar. Und solange Südtirol darüber nicht selbst verfügen und entscheiden kann, müssen unabhängig von allen Reformen, Vereinbarungen und Voten jetzt schon seitens der Region und des Staates alle Maßnahmen getroffen werden, um diese Probleme vor dringlich zu lösen.

Meine Damen und Herrn! Ich komme zum Schluß. Es ist immer wieder gesagt worden, daß wir uns hier nicht verstehen. Das hat ja auch die Diskussion in reichem Maße gezeigt. Und wenn man hier so manche Diskussionsbeiträge der letzten Woche nebeneinander stellt, dann merkt man, daß der eine am anderen glatt vorbeiredet, daß der eine auf das andere überhaupt nicht eingeht, daß der eine auf das, was der andere hofft, überhaupt nichts

sagt, sondern auf seinem Standpunkt stehen bleibt und die Dinge so sieht, wie er sie eben zu sehen beliebt, ohne auch nur zu versuchen, sich in die Lage des anderen zu versetzen. Anstatt daß wir aufeinander eingehen, geben wir hier, so scheint es, mechanisch gegeneinander gezielte Monologe von uns. Selbst die gutgemeinten Dialogversuche des einen oder des anderen ersticken an mangelnder Gesprächsbereitschaft, an mangelnder Gesprächsfähigkeit des anderen. Ich habe den Eindruck, daß wir hier überhaupt nicht mehr zuhören können, weil wir der Meinung sind daß der andere mit seinem Gestammel unsere kostbare Zeit verschwendet, daß man selbst viel Wichtigeres zu sagen habe und dies natürlich auch viel schneller und besser vorbringen könne. Immerhin aber setzt man sein Zuhörergesicht auf wie eine Maske und bastelt unterdessen mit verschlossenem Ohr bereits an dem eigenen Monolog, den man dann zu halten beabsichtigt. Das Ergebnis der Diskussion ist dann, wie ein bekannter Schriftsteller sagt, « eine Serie von hintereinander geschalteten Monologen, die dann in der Presse und von der öffentlichen Meinung mit treu-demokratischem Augenaufschlag als anregende Diskussion bezeichnet wird ». Eines steht fest, meine Kolleginnen und Kollegen: Unsere Probleme, vor allem das Südtirol-Problem, können nur mit einem echten Gespräch gelöst werden. Wenn wir uns dauernd nur Brocken an den Kopf werfen, dann handelt es sich nicht um ein echtes Gespräch, sondern um ein Pseudogespräch, um ein als Dialog aufgeputztes Abspielden von Platten, die andere schon seit Jahren fabriziert und aufgelegt haben. Irgendwie mag unser Mangel an Gesprächsreife durch die Zeit des Faschismus und des Nationalsozialismus erklärt sein. Um so mehr, glaube ich, müssen wir heute alles daransetzen, um wieder miteinander sprechen zu lernen. Es ist schon etwas

besser, wie mir scheint; manchmal hat man wirklich den Eindruck, daß ein Dialog, ein Zwiegespräch entsteht. Es ist viel zu viel Zeit mit eitler Rhetorik, mit Zerredung und Geschwätz schon verschwendet worden. Es ist erfreulich zu sehen, wie sich die meisten unserer Herren Kollegen und Kolleginnen auf menschlicher Ebene ausgezeichnet verstehen, so daß man annehmen müßte, daß dieses Verstehen sich automatisch auch auf die politische Ebene übertragen würde; aber genau das Gegenteil ist der Fall. Sobald sich jene, die sich wirklich gut verstehen und alle Voraussetzungen zu einem fruchtbringenden Gespräch miteinander hätten, offiziell als Parteivertreter gegenüberstehen, ist es mit jeder Dialogsbereitschaft aus, obwohl durch menschliche Beziehungen die besten Voraussetzungen für ein Sich-Verstehen gegeben wären. Mir kommt immer vor, als trügen wir zwei Seelen in uns: unsere eigene menschliche und eine Parteiseele. So wichtig auch die Parteien im demokratischen Zusammenspiel sein mögen, glaube ich aber, daß sie in unserem Falle ein echtes Gespräch von Mensch zu Mensch, von Menschengruppe zu Menschengruppe, von Volksgruppe zu Volksgruppe behindern. Denn Sie wissen selbst alle, die Parteidoktrin, das Parteiprogramm, das Parteiinteresse, das Parteiprestige sind nicht immer identisch mit unseren Meinungen und mit den menschlichen Vernunftgründen oder mit humanen Erfordernissen und Rechten. Man müßte deshalb, um sich hier näherzukommen, als Mensch und Europäer oder als weltanschaulich gleich Ausgerichteter manchmal wirklich die Parteihemden ausziehen.

In diesem Sinne, Herr Präsident Dalvit, möchte ich die ausgestreckte Hand, von der Sie in Ihren programmatischen Erklärungen sprechen, verstehen und wünschen, daß manche, ja viele von uns, diese Hand richtig

ergreifen und daß sich dann beide Gesprächspartner so lange und fest die Hand schütteln, bis ob dieser Erschütterung die auf beiden Seiten bestehenden blödsinnigen Vorurteile, Vorbehalte und Mißverständnisse und das Mißtrauen abfallen und es wirklich und schnell zu einer echten Verständigung und zu einem echten Gespräch im Interesse aller, besonders aber im Interesse der Südtiroler Volksgruppe, kommen möge, ohne daß damit die Interessen der anderen Volksgruppe geschädigt werden.

(Illustre Signor Presidente, Signore e Signori! Com'era prevedibile, la maggior parte degli interventi nella discussione ha presentato in primo piano le divergenze politiche e gli opposti punti di vista sono stati esaurientemente chiariti dagli oratori che mi hanno preceduto. Ci sono state prese di posizione moderate e ragionevoli, e ci sono state quelle mordaci e caparbie, come per es. quella del collega Agostini, per non fare altri nomi. Non si può evitare l'impressione che tali dichiarazioni e tali pareri, come è già successo spesso negli anni scorsi, siano di nuovo finiti su un binario morto e che non sia facilmente prevedibile uno sblocco del congegno. Per quanto riguarda la soluzione della questione sudtirolese, come abbiamo già sentito, il contributo sostanziale della Regione è stato l'anno passato molto scarso. Le dichiarazioni programmatiche del Presidente del Governo regionale Dalvit, che dedicano al problema sudtirolese un capitolo a parte, lasciano filtrare però un raggio di speranza su questa confusa situazione, in cui da decenni ormai ci troviamo. Le sue dichiarazioni, date anche a nome della Giunta regionale, mi sembrano pervase da una grande buona volontà e vi si trova ripetutamente esternata la decisa volontà della Giunta attuale di risolvere finalmente una volta per tutte, per mezzo di responsabili ed adeguati provvedimenti, il problema sudtirolese. Il Presidente della Giunta

regionale sottolinea in questo caso espressamente che non si tratta di vuote parole e perciò prendiamo nota delle sue assicurazioni con grande fiducia ed anche con ottimismo. Devo però fare eco alla riserva avanzata dal collega Bernhart, poichè le dichiarazioni del collega dott. Odorizzi lasciano intatto ben poco di questo ottimismo: lo spirito in cui esse sono state fatte non testimonia la stessa buona volontà contenuta nelle dichiarazioni del Presidente Dalvit. Si può perfino affermare che esse svalutano addirittura in un certo qual modo le dichiarazioni del Presidente del Governo regionale, perchè dallo stesso partito è venuto un giudizio completamente diverso.

Gli oratori che mi hanno preceduto hanno fatto però anche alcune considerazioni economico-politiche degne di nota. Mi sia permesso perciò di esprimere alcuni miei pensieri e soprattutto di affrontare alcuni aspetti politico-sociali che caratterizzano la nostra attuale situazione in Regione e particolarmente in Alto Adige. Come è successo in altri Paesi, anche da noi il processo di rivolgimento dell'occupazione svoltosi negli ultimi decenni, da una società di tipo contadino ad una società di tipo industriale, ha influenzato sensibilmente la politica economica e sociale. A ciò si aggiunge da noi il notevole incremento della popolazione, che negli ultimi 100 anni ha avuto nelle due province un andamento diverso e molto interessante. In base ai dati statistici elaborati dalla Regione, la Provincia di Trento contava nel 1869 circa 335.000 abitanti, nel 1965 423.000 abitanti. Ciò corrisponde ad un incremento demografico, nella Provincia di Trento, di 88.000 abitanti negli ultimi 100 anni, cioè quasi del 27%. Sempre secondo la statistica della Regione, il Sudtirolo contava nel 1869 circa 187.000 abitanti ed ha raggiunto nel luglio del 1965 un livello demografico di 395.000 abitanti. Ciò corrisponde addirittura ad un

raddoppio della popolazione nei confronti della data di partenza. Al rivolgimento sociale ed economico si aggiunge nel caso dell'Alto Adige, come sapete, un'aggravante: qui 250.000 tedeschi e ladini costituiscono una minoranza nei confronti della popolazione dello Stato e si attendono perciò, per le loro particolarità storicamente formatesi, il diritto, indiscutibile e riconosciuto, all'autoamministrazione nell'ambito dello Stato italiano. La regolazione e la chiarificazione di tali problemi esercitano naturalmente oggi un influsso anche sullo sviluppo economico e sociale della nostra Provincia.

Come si presenta dunque da noi oggi la situazione economica e sociale? In Alto Adige, e questo lo si è già detto, possiamo amministrare autonomisticamente determinate materie, mentre ci manca la competenza in questioni che rivestono un'importanza fondamentale per la nostra esistenza. La stessa esistenza di due gruppi etnici in un territorio unico impone all'amministrazione provinciale un maggiore onere, tanto organizzativo quanto finanziario, di cui finora non si è tenuto alcun conto. Per darvi un'illustrazione di ciò, stimate colleghi e stimati colleghi, mi sia permesso accennare ad alcuni problemi di importanza essenziale per il nostro gruppo etnico.

E' noto che le fondamenta di una sana politica economica e sociale si gettano già coll'istruzione scolastica e con la formazione della gioventù. La ristrutturazione in atto, il continuo aumento demografico ed infine il progresso della tecnica pongono da noi sempre maggiori esigenze proprio alla scuola. L'Alto Adige si trova in svantaggio nei confronti del Trentino perchè tutte le sue istituzioni scolastiche, comprese l'autorità scolastica ed il corpo insegnante, vanno previste doppie a causa dell'esistenza di due gruppi etnici. Le aule esistenti non sono ormai più in grado di tenere il passo

con il numero degli studenti in continuo aumento e l'introduzione della scuola media unica ha posto scottanti problemi. I comuni e l'amministrazione provinciale non sono in grado di far fronte ai loro impegni per quanto riguarda gli edifici scolastici, il trasporto degli studenti ecc., se non intervengono assegnazioni speciali od una particolare politica da parte dello Stato e della Regione. Soltanto nel prossimo autunno circa 1000 studenti passeranno alla scuola media unica ed alle scuole superiori, mentre i comuni e la Provincia non sanno ancora dove procurarsi le aule scolastiche. Un problema a questo collegato è quello della sistemazione degli scolari e studenti provenienti da tutta la provincia. Già negli anni passati istituzioni di diritto privato hanno preso l'iniziativa di costruire convitti e collegi; essi non sono però sufficienti e tali istituzioni sono più che mai costrette a ricorrere all'aiuto degli enti pubblici. Mi chiederete perchè parlo di tutto ciò in Consiglio regionale, quando la materia è di esclusiva competenza delle Province e perciò dell'amministrazione provinciale sudtirolese. Parlo di tutto ciò specialmente per dire ai colleghi di lingua italiana che i fondi assegnati dallo Stato e dalla Regione alla Provincia sono ancor sempre del tutto insufficienti: noi siamo perciò costretti a chiedere tanto allo Stato quanto alla Regione fondi straordinari per procurare a tutti i giovani dell'Alto Adige un'istruzione primaria che costituisce la premessa alla vita culturale, economica e sociale.

Un altro problema: sulla base dell'istruzione primaria va però innestata, come Voi tutti sapete, una completa istruzione professionale che promuova l'armonico sviluppo della personalità e risponda alle esigenze del progresso tecnico, dei nuovi metodi di produzione e dello sviluppo sociale ed economico. Ad ognuno va offerta oggi la possibilità di acquistare le

cognizioni e le capacità specifiche necessarie all'esercizio della professione scelta, o verso cui si indirizza la sua scelta, nonché la possibilità di raggiungere il massimo grado di perfezionamento: parallelamente andrà favorito, particolarmente nella gioventù, l'orientamento spirituale e morale, l'educazione civica e lo sviluppo fisico. Non bisognerà però fermarsi, Signore e Signori, all'istruzione professionale di base ma provvedere anche durante la carriera professionale ad un continuo aggiornamento. Anche chi per una ragione o per l'altra ha interrotto l'esercizio della professione e vi ritorna poi, deve avere la possibilità di riprendere contatto, attraverso un'adeguata riqualificazione professionale, con il nuovo livello raggiunto dallo sviluppo economico. Un'alta percentuale della popolazione attiva compresa fra i 25 ed i 45 anni ha dovuto interrompere la propria istruzione professionale a causa del fascismo e della guerra: tutta questa gente non ha potuto frequentare una scuola media nè ha avuto un'istruzione od un perfezionamento professionale che non fosse quello dell'esperienza. Nell'interesse di un incremento economico sarà opportuno che anche gli enti pubblici dedichino proprio a queste persone particolare attenzione: iniziative quali corsi o scuole serali andrebbero maggiormente e più regolarmente sussidiati dagli enti pubblici. Lo sviluppo od il regresso economico, le trasformazioni in campo tecnico, le metamorfosi strutturali o particolari esigenze in determinate professioni, rendono necessario favorire particolarmente non solo una coscienziosa istruzione professionale della gioventù ma anche una istruzione accelerata di adulti che già esercitano una professione. Naturalmente si tratta soltanto di competenze provinciali, cioè di competenze dell'amministrazione provinciale altoatesina, ma esse richiedono, e questo vorrei metterlo in rilievo, nel caso dell'Alto Adige una prestazione doppia

che giustificerebbe una maggiore assegnazione, attraverso il corrispondente capitolo di bilancio, tanto dalla Regione quanto indirettamente anche dallo Stato. La Regione dovrebbe inoltre dare il suo appoggio ad ogni iniziativa privata che si metta al servizio dell'istruzione professionale o del suo potenziamento o che contribuisca al perfezionamento professionale in generale. Per quanto riguarda l'appoggio alla istruzione professionale il compito non spetta, e questo vorrei sottolinearlo, soltanto all'amministrazione pubblica ma anche all'economia privata. Se i nostri imprenditori hanno interesse ad incrementare la loro economia, dovranno in futuro investire fondi non soltanto in macchine ma anche nell'istruzione dei loro collaboratori! Qualche volta si ha l'impressione che gli imprenditori abbiano paura a stimolare ed incoraggiare la qualificazione professionale dei loro collaboratori.

Signore e Signori! Se in futuro vogliamo conservare nella Regione l'attuale livello di occupazione e, c'è da sperarlo, aumentarlo ulteriormente, sarà necessario che anche gli enti pubblici prendano regolarmente tutte le misure possibili per portare l'idoneità professionale dei nostri lavoratori al livello raggiunto dallo sviluppo economico. Voi sapete meglio di me che la migliore istruzione scolastica e la migliore qualificazione professionale, il miglior perfezionamento professionale ed ogni misura di appoggio all'istruzione professionale sono prive di scopo se non si provvede contemporaneamente al lavoro ed alle fondamenta dell'esistenza, se non si conservano gli attuali posti di lavoro e non se ne creano di nuovi, affinché anche alle future generazioni di lavoratori sia assicurato un lavoro ed una possibilità di esistenza. Le competenze in questo campo, a differenza delle competenze di cui sopra, sono per la prima volta di competenza della Regione, e non delle Province. Anche in Alto Adige si è fatto molto

in questo campo, attraverso le competenze in delega si sono procurati negli ultimi anni posti di lavoro a migliaia di sudtirolesi: ci si pongono però sempre nuovi compiti e noi dobbiamo perciò fare ancora di più. Negli ultimi anni, e questo è già stato detto, circa 10.000 sudtirolesi hanno abbandonato la loro terra per cercare all'estero, in mancanza di posti di lavoro in provincia, pane e lavoro. Tale cifra va aggiunta a quella ufficiale dei disoccupati e la Regione deve creare al più presto possibile, e non soltanto quando le competenze saranno distribuite altrimenti o sarà approvato un nuovo Statuto di autonomia, le premesse che permettano a questi lavoratori di tornare nella loro terra. L'attuale crisi economica, che è già sfociata in riduzione delle ore lavorative, licenziamenti e crescente disoccupazione, ha posto anche la Regione davanti a gravi problemi e pesanti responsabilità. Gli sforzi della Regione e dei circoli economici sudtirolesi per scongiurare la crisi economica e la conseguente disoccupazione sono senz'altro degni di riconoscimento, così come è lodevole la collaborazione con i sindacati. Quello però che io non posso approvare e che è stato del tutto fuori posto è lo sciopero generale proclamato di recente in Alto Adige da alcuni sindacati per protestare contro la pesante situazione economica e la sua minaccia ai posti di lavoro ed alle entrate delle maestranze. A parte il fatto che tale cosiddetto sciopero generale non ha avuto una nutrita partecipazione della nostra popolazione e si è praticamente limitato ad uno sciopero della zona industriale di Bolzano, bisognerà dire che esso non poteva veramente venir considerato un mezzo adatto a scongiurare la crisi economica e la disoccupazione.

Un importante movimento operaio sudtirolese come pure il sindacato autonomo dei sudtirolesi si sono perciò pronunciati senza possibilità di equivoco contro tale sciopero generale: altrettanto spiacevole e deprimente per una

buona parte dei lavoratori sudtirolesi è stato il fatto che la rappresentanza ufficiale del Governo centrale nella Regione, cioè il commissario del Governo, come pure purtroppo la Regione, abbiano finora ignorato e continuino ad ignorare l'esistenza di un sindacato autonomo sudtirolese. Si può soltanto sperare che nell'attuale clima di buona volontà e di comprensione anche tale equivoco venga eliminato e si riconosca finalmente per logico e naturale il diritto di associazione dei lavoratori nel senso della Carta sociale europea, che anche l'Italia ha accettato.

Scorrendo la relazione del Presidente Davvit si nota che tutti gli assessorati della Regione prendono per il 1966 iniziative tendenti a sbloccare e ad eliminare gradualmente l'attuale crisi. L'ordine del giorno prevede facilitazioni di credito ed assegnazioni sia all'industria che al commercio, al turismo, all'agricoltura ecc.; ciò dovrebbe contribuire a conservare i posti di lavoro attualmente esistenti e a crearne, se possibile, di nuovi. Io credo però che, analogamente al campo dell'istruzione professionale, non solo gli enti pubblici, ma anche l'economia privata stessa, gli imprenditori, dovrebbero essere invitati con argomenti più concreti a dimostrare una maggiore sollecitudine negli investimenti. Su questo punto do ragione al collega Odorizzi: sono mancati gli investimenti. Prima di tendere al massimo utile di bilancio o al massimo livello di consumo, Signore e Signori, anche l'imprenditore ha oggi il dovere di effettuare degli investimenti. Come esiste per ognuno il diritto al lavoro, così gli enti pubblici, ma anche il cittadino facoltoso, hanno il dovere di investire. Se i capitali superflui della nostra Regione e delle nostre province venissero al più presto bene investiti, sarebbe possibile ostacolare positivamente ed efficacemente la crisi economica e la disoccupazione. Forse per questo non sono necessarie soltanto delle leggi, non soltanto una

lungimirante azione economica degli imprenditori, ma anche un atteggiamento sociale, un nuovo atteggiamento spirituale da parte di alcuni dei nostri imprenditori.

Signore e Signori! Abbiamo detto che la istruzione scolastica e professionale è di competenza della Provincia, il reperimento dei posti di lavoro per la maggior parte di competenza della Regione. In qualsiasi altra amministrazione fornita di facoltà legislativa queste due competenze sarebbero unite e si articolerebbero l'una nell'altra organicamente. Da noi esse sono su due piani del tutto diversi, con sede e con amministrazione separata. Anche soltanto da ciò si può ravvisare, credo, l'impossibilità di mantenere tale situazione per una sana politica organizzata in campo economico e sociale nella nostra provincia.

Signor Presidente, Signore e Signori! Voi sapete che l'istruzione ed il lavoro da soli non sono le sole necessità della esistenza. Chi lavora ha diritto ad un'abitazione degna per sé e per la sua famiglia, ancor meglio ad una casa propria, ad una proprietà. Permettete che dica due parole sul problema dell'edilizia popolare, anche se esso, pur avendo tanta importanza per l'esistenza, non rientra in quelli di competenza della Regione. Anche da ciò si può constatare come la dispersione delle competenze fra i diversi enti legislativi abbia un effetto negativo sul complesso. Quanto sia sentito in Alto Adige il bisogno di costruire case in condominio dimostra il fatto che l'ultima legge statale recepita dalla Provincia ha totalizzato 1300 domande di mutuo per la costruzione di alloggi. Il limitatissimo fondo che lo Stato mette a disposizione attraverso la Regione permette di prendere in considerazione al massimo 300 domande nel corso dei prossimi due anni, sempre che i fondi promessi non si esauriscano anzitempo. Immaginatoci, Signore e Signori, la delusione dei rimanenti 1000 aspiranti ad un

alloggio, che non si sono potuti prendere in considerazione con questa legge dello Stato, pur semplificata notevolmente dalle misure prese dalla Provincia. Credo che anche il Governo regionale dovrebbe preoccuparsi di ciò. Oltre al reperimento di posti di lavoro bisognerà fare dunque tutto il possibile per ancorare i nostri operai, con adeguati contributi all'edilizia popolare, alla loro terra avita, altrimenti continuerà l'emigrazione.

Le Province, e perciò anche l'Alto Adige, hanno a parer mio fra gli altri anche l'importante compito di svolgere una concreta politica di incoraggiamento della proprietà. Esse dovrebbero però esser messe in grado di farlo ed in tal senso mi sembrano assolutamente giustificate le lamentele e le proteste sulla troppo scarsa assegnazione di fondi. Chiunque collabori all'incremento del prodotto sociale deve avere la possibilità di parteciparvi in giusta misura. Ciò è possibile soltanto se si mettono le classi meno abbienti della popolazione in grado di risparmiare relativamente di più: bisogna incoraggiare il risparmio. La proprietà privata è importantissima e costituisce il sostegno più importante di un libero ordinamento sociale ed economico. Soltanto la proprietà fa l'uomo libero, gli conferisce responsabilità ed indipendenza, ma gli impone anche impegni sociali. La proprietà in mano di pochi capitalisti ed imprenditori crea agitazione ed insoddisfazione ed è un'ingiustizia; la proprietà dev'essere distribuita su larga scala e l'ordinamento economico dev'essere tale da permettere anche ai lavoratori, in quanto meno abbienti, la formazione di proprietà. Con una politica di incoraggiamento della proprietà si creano le premesse di una duratura pace sociale e di un progresso nella nostra terra.

Di pari passo con la politica di incoraggiamento della proprietà procede anche la politica familiare. Creando in tempo nella nostra

regione alloggi in numero sufficiente, non soltanto lavoriamo per il bene pubblico ed in favore di coloro che stanno per emigrare, ma incoraggiamo in special modo la formazione di nuclei familiari e contribuiamo a che la famiglia possa di nuovo assolvere alle sue funzioni educative e formative della personalità, in un tempo in cui l'individuo scompare nella massa.

Signor Presidente! Esistono senz'altro altri importanti problemi: ma istruzione, lavoro ed alloggio rappresentano i problemi essenziali per un popolo. Finchè l'Alto Adige non potrà disporre e decidere da solo in proposito, saranno lo Stato e la Regione che dovranno provvedere, indipendentemente da riforme, accordi e voti, a risolvere con urgenza tali problemi.

Signore e Signori, vengo ora alla conclusione. Si è sempre ripetuto che qui non ci si comprende, ed anche la discussione ne ha dato ampia dimostrazione. Confrontando alcuni degli interventi alla discussione dell'ultima settimana, si nota che gli oratori parlano ad orecchie sorde, che non si rispondono affatto, che l'uno non tocca neanche l'argomento che l'altro spera affronti, ma mantiene il proprio punto di vista e vede le cose come gli fa comodo vederle, senza neanche tentare di mettersi nei panni dell'altro. Invece di scambiare discorsi sembra che qui si recitino meccanicamente monologhi diretti l'uno contro l'altro. Perfino i tentativi benintenzionati di questo o quello vengono soffocati dall'avversione e dall'incapacità al dialogo degli altri. Ho l'impressione che non siamo ormai più capaci di ascoltare perchè pensiamo che gli altri sprechino con il loro farfugliamento il nostro prezioso tempo, pensiamo di aver da dire cose molto più importanti e naturalmente di presentarle anche molto più in fretta e meglio. Comunque ci si mette sul viso la maschera dell'ascoltatore attento ed intanto si imbastisce, con le orecchie tappate, il mono-

logo che si ha intenzione di tenere in seguito. Il risultato della discussione è poi, come ha detto un noto scrittore « una serie di monologhi susseguentisi che poi la stampa e l'opinione pubblica definiscono, con tono falsamente democratico, una stimolante discussione ». Una cosa è certa, colleghe e colleghi, i nostri problemi, soprattutto il problema dell'Alto Adige, possono essere risolti soltanto attraverso un autentico colloquio. Se ci spariamo addosso a vicenda soltanto brani di discorso, non si tratta di un vero colloquio ma di un colloquio soltanto apparente, di un far suonare, camuffati da dialogo, vecchi dischi incisi e suonati già da altri. La nostra immaturità a condurre un colloquio può spiegarsi forse anche col periodo del fascismo e del nazionalsocialismo: tanto più dobbiamo ora impegnarci al massimo per imparare di nuovo a parlare insieme. Mi sembra che già si siano fatti progressi, qualche volta si ha veramente l'impressione di condurre un dialogo. Si è già sprecato troppo tempo in vuota retorica, in discorsi inconcludenti ed in chiacchiere. Fa piacere constatare come la maggior parte dei nostri colleghi si comprenda a meraviglia sul piano umano, tanto da far pensare che la comprensione dovrebbe trasporsi automaticamente sul piano politico: ed invece è proprio il contrario. Non appena quei colleghi che vanno d'accordo e che avrebbero in sé tutte le premesse per un fruttuoso colloquio, si trovano gli uni di fronte agli altri come rappresentanti ufficiali di un partito, sparisce ogni disposizione al dialogo anche se le relazioni umane offrirebbero le migliori premesse ad una reciproca comprensione. Mi sembra sempre che ognuno di noi abbia due anime: la sua e quella di partito. Per quanta importanza rivestano i partiti nello accordo democratico, credo che nel nostro caso essi siano un ostacolo ad un vero dialogo fra uomo ed uomo, fra gruppo e gruppo, fra gruppo etnico e gruppo etnico. Voi sapete infatti

tutti che la dottrina, il programma, gli interessi ed il prestigio del partito non si identificano sempre con le nostre opinioni, con i motivi razionali umani o con le esigenze ed i diritti umani. Per avvicinarsi gli uni agli altri bisognerebbe perciò talvolta, come uomo e come europeo o come persone accomunate dalla stessa visione del mondo, disfarsi delle pastoie di partito.

In tal senso, Presidente Dalvit, vorrei intendere la mano tesa di cui Lei parla nelle Sue dichiarazioni programmatiche e mi auguro che alcuni, anzi molti di noi afferrino questa mano e che i due interlocutori se la stringano tanto forte e tanto a lungo fino a far cadere gli sciocchi pregiudizi, le riserve e le incomprensioni che regnano in entrambi i campi. Auspico ancora che si possa giungere prontamente ad una autentica intesa nell'interesse di tutti, specialmente in quello del gruppo etnico sudtirolese, pur senza intaccare perciò gli interessi degli altri gruppi etnici).

PRESIDENTE: La seduta è sospesa, si riprende alle ore 15.

(ore 12.25)

Ore 15.10

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. La parola al cons. Zelger.

ZELGER (S.V.P.): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Nach den gestrigen Ausführungen der Abgeordneten Gouthier, Menapace und meines Parteikollegen Dr. Friedl Volgger ist es in keiner Weise meine Absicht, eine große Rede zu den programmatischen Erklärungen des Herrn Präsidenten Dr. Dalvit zu halten. Aus⁹ all dem ge-

stern Gehörten ist uns wohl allen klar geworden, daß eine Änderung des Autonomiestatuts von den verschiedensten Gruppen befürwortet worden ist, wenn auch wahrscheinlich mit verschiedener Zielsetzung. Ich möchte aber nicht im besonderen darauf eingehen, sondern möchte mich kurz mit einer Ausführung der Frau Prof. Menapace befassen. Ich sage es ehrlich: Wenn Frau Prof. Menapace spricht, dann höre ich immer gerne zu, aus dem einfachen Grunde, weil ich den Eindruck habe, daß eine Verfechterin einer echten Autonomie spricht. Das ist — vielleicht darf ich es hier feststellen — aus den Reihen der italienischen Sprachgruppe verhältnismäßig eine Rarität. Zum anderen höre ich Frau Prof. Menapace auch gerne zu, weil sie in ihren Formulierungen nicht nur sehr klug, sondern vor allem auch sehr präzise ist. Was mir aber gestern unklar geblieben ist — es tut mir leid, daß Frau Prof. Menapace nicht anwesend ist —, ist, was sie unter dem Ausdruck „Integration“ versteht, Integration im Zusammenhang mit dem Zusammenleben zweier Sprachgruppen. An den Ausführungen von Frau Prof. Menapace hat mir auch sehr gefallen, daß sie in ganz klarer Weise die Assimilierung der deutschen Volksgruppe in Südtirol ablehnt und daß sie die Meinung vertreten hat, daß heute die Mehrheit der hier Anwesenden die Assimilierung ablehnt. Aber nun ist der Ausdruck „Integration“ aufgetaucht und ich kann mir nicht recht vorstellen, was sie unter Integration zweier Kulturen in Südtirol versteht. Nicht nur, daß ich mir das sehr schwer vorstellen kann, sondern ich glaube auch, daß bei den psychologischen Voraussetzungen, die zumindes-tes heute noch gegeben sind, eine solche Integration kaum denkbar oder zumindes-ten sehr schwer durchzuführen ist. Denn auf einer Seite — und das sind wir, die deutsche Volksgruppe — besteht doch immer noch die Angst, früher oder später assimiliert zu wer-

den. Andererseits gibt es in der italienischen Volksgruppe in Südtirol immer noch breite Kreise, die in sich eine Art Auftrag zu einer Zivilisierung spüren. Solange diese Voraussetzungen bestehen, ist es für mich schwer, mir eine Integration vorzustellen. Und wenn diese Voraussetzungen auch einmal nicht mehr bestünden, dann stelle ich mir eine Integration überhaupt nur unter zwei gleich starken Partnern vor, die es aber heute noch nicht gibt. Man kann wohl nicht sagen, daß die deutsche Volksgruppe als Minderheit ein gleich starker Partner für die italienische Volksgruppe ist, die in kultureller Hinsicht das ganze Hinterland hinter sich hat. Wenn der geistige Weg zwischen der deutschen Volksgruppe und dem deutschen Kulturraum einmal ohne Hindernis zurückgelegt werden kann, wie es wünschenswert ist, dann könnte ich mir schon vorstellen, daß eine Jugend heranwächst, die in beiden Kulturen zuhause ist. Das ist heute keinesweges der Fall, vor allem auch weil die deutsche Sprache von der italienischen Volksgruppe keinesfalls so intensiv gelernt wird, wie etwa umgekehrt die italienische Sprache von der deutschen Volksgruppe. Ich glaube, eine Integration zweier Kulturen setzt zumindestens voraus, daß man beide Sprachen beherrscht. Abschließend möchte ich zu dieser Integration nur noch eines sagen: Wenn unter Integration etwa das gemeint ist, was einmal Frankreich im Elsaß angewendet hat, dann, glaube ich, sind wir von der Assimilierung letzten Endes schon doch nicht mehr allzu weit entfernt. Deshalb wäre es mir sehr recht, wenn ich dieses Wort „Integration“ näher erklärt bekäme, weil ich damit nicht allzu viel anfangen kann und weil verschiedene Voraussetzungen dazu fehlen, besonders im Bereiche der Schule.

Damit wäre ich eigentlich bei der sogenannten Schulautonomie angelangt. Obwohl die Schulautonomie an und für sich nicht hier

her gehört, glaube ich doch darüber ein Wort verlieren zu müssen. Herr Präsident Dalvit hat in seinen Erklärungen mehr oder weniger gesagt, daß es im großen und ganzen mit dem Zusammenleben nicht so schlecht bestellt sei und daß auch in den beiden Provinzen die Dinge nicht so schlecht liegen wie das oft hingestellt wird. Nun, wenn man die Dinge nur von der wirtschaftlichen Seite her sieht, dann sind hier schon Worte genug darüber verloren worden und ich möchte mich damit nicht beschäftigen. Wohl aber glaube ich doch ein Recht ableiten zu können, um auch in diesem Hause von Schulautonomie zu sprechen oder zumindestens dieses Thema zu streifen. Ich wage beispielweise die Behauptung, daß von einer Schulautonomie in Südtirol überhaupt nicht die Rede sein kann, obwohl das bestehende Statut dazu Ansätze genug gibt. Die Artikel 11, 12, 13 oder 15, usw., geben oder würden Möglichkeiten genug geben, um eine Schulautonomie auch in reduziertem Maßstabe durchführen zu können: aber leider Gottes ist das alles völlig toter Buchstabe, denn Sie alle wissen, daß in Ermangelung der Durchführungsbestimmungen in bezug auf Schulen der Bozner Landtag nichts zu sagen hat und die Bozner Landesverwaltung ebenfalls nichts. Selbstverständlich, wenn man sich in Südtirol umsieht und umhört, dann kann man auch von unserer Volksgruppe immer wieder hören: „Ja, in bezug auf die Schule ist doch so ziemlich alles in Ordnung“. Sicher, ich bin der erste, der zugibt, daß gegenüber den Tatsachen, wie sie im Faschismus gang und gäbe waren, ein enormer Schritt voran getan worden ist. Aber ich möchte doch sagen, daß die Dinge noch nicht so sind, wie wir sie gerne hätten und wie sie im Statut auch stehen.

Man stellt uns oft die Frage: „Was versteht ihr eigentlich unter einer echten Schulautonomie?“ Diese Frage wird sowohl von der italienischen Volksgruppe als auch aus unseren

Reihen, z.B. von den Mittelschullehrern, gestellt. Sehen Sie, ich möchte mich hier sehr kurz fassen, denn das Thema Schulautonomie ist so weit, daß man tagelang und unter verschiedenen Gesichtspunkten darüber reden kann. Was wir, die deutsche Volksgruppe, in einer echten Schulautonomie verankert haben möchten, das sind drei Dinge. Erstens, daß die Lehrpläne, die an unseren Schulen abgewickelt werden sollen — seien es Volksschulen, seien es Mittelschulen —, tatsächlich dem Wesen und dem Charakter unserer deutschen Bevölkerung entsprechen, daß es eben nicht nur aus dem Italienischen übersetzte Lehrpläne sind. Heute spricht man bei uns sehr häufig von einer deutschen Schule. Dazu will ich schon seit langem sagen, daß wir in Südtirol eine deutsche Schule gar nicht besitzen, sondern eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache und mit aus dem Italienischen übersetzten Programmen. Das, glaube ich, ist eine Tatsache, die jeder, wenn er sich die Programme in den deutschen Schulen ansieht, zugeben muß. Nun wird man uns sagen: „Das muß ja so sein! Denn in dem Augenblick, wo ihr eure Diplome in ganz Italien anerkannt haben wollt, könnt ihr doch nicht Programme aufstellen, die von den unseren so sehr abweichen, daß sie nicht mehr dem Lernmaß entsprechen, das der italienische Staat von jedem Staatsbürger verlangt“. Ich sehe völlig ein, daß wir z.B. aus fünf Lateinstunden nicht drei machen können und daß der Rahmen ein einheitlicher bleiben muß. Andererseits aber bin ich schon der Meinung, daß beispielsweise der Erdkundeunterricht und der Heimatkundeunterricht weitgehend geändert werden kann und besonders der Geschichtsunterricht der Mentalität der deutschen Bevölkerung angepaßt werden muß. Das verstehe ich unter Lehrprogrammen, die wirklich dem Charakter der deutschen Bevölkerung entsprechen. Und darin, glaube ich, sind wir noch weit von

dem entfernt, was wir uns unter Schulautonomie vorstellen.

Zweitens stellen wir uns unter einer echten Schulautonomie vor, daß der Bozner Landtag tatsächlich auf diesem Bereich Gesetze erlassen kann, so wie es das heutige Autonomiestatut vorsieht, und daß diese Schule nicht mehr vom Staat, sondern vom Landesausschuß bzw. von den Organen, die sich aus der Gesetzgebung des Landtages ergeben, getrennt nach Volksgruppen verwaltet wird.

Drittens möchte ich auf die schwierige Situation hinweisen, in der sich heute der für die deutsche Schule in Südtirol verantwortliche Mann, der sogenannte Vizeschulamtsleiter, befindet, dessen Funktion im Artikel 15 des bestehenden Statuts vorgesehen ist, ohne daß ihr juridisch der Titel eines Vizeschulamtsleiters entspricht. Sie alle wissen — oder zumindest die Kollegen aus der Provinz Bozen —, in welcher prekären Situation sich Dr. Fritz Ebner als deutscher Schulamtsleiter befindet, der von Rom aus gesehen als Vizeschulamtsleiter gar nicht existiert, und der auch — um es hier einmal ganz deutlich zu sagen — im **Schulamt selbst, wo er seine Tätigkeit ausüben soll**, von verschiedenen seiner Untergebenen in keiner Weise als Vizeschulamtsleiter angesehen wird, sondern als Beauftragter für irgendeine Tätigkeit, für die er schlechter als ein C-Beamter besoldet wird und für die er nach außen hin vielleicht trotzdem die Verantwortung eines Vizeschulamtsleiters tragen soll.

Nun, meine Herren, auch wenn wir unsere Kinder in deutscher Sprache unterrichten können, so kann man noch in keiner Weise sagen, daß in Südtirol Schulverhältnisse herrschen, die eine Sicherheit für die Zukunft geben. Wenn in Südtirol die Schule einigermaßen funktioniert — und das gebe ich gerne zu —, dann ist das weitgehend dem Verständnis des

eigentlichen Schulamtsleiters und auch der Tätigkeit verschiedener Inspektoren und Direktoren zuzuschreiben, aber die juristische Sicherheit ist heute nach 18 Jahren der Erlassung des Statutes in keiner Weise gegeben, und zwar gerade auf einem Sektor, der meines Ermessens einer der wichtigsten auf dem ganzen Gebiet des Autonomiestatuts ist, denn letzten Endes ist es doch so, daß die deutsche Volksgruppe mit der Schule steht oder fällt.

Und nun möchte ich auf noch etwas zu sprechen kommen, was vielleicht nicht unbedingt hierhergehört. Aber ich möchte auch einmal die Nöte der Südtiroler im Zusammenhang mit der Einführung der Einheits- oder Pflichtmittelschule aufzeigen. Sie alle kennen das Gesetz vom 31.12.62, welches in ganz Italien die Pflichtmittelschule eingeführt hat. Ich möchte mir hier in keiner Weise ein umfassendes Werturteil über die Güte dieser neuen Schulart erlauben. Summa summarum kann man sicher sagen, daß es ein Fortschritt für ganz Italien ist und somit selbstverständlich auch für die deutsche Volksgruppe. Ich möchte aber nur hinzufügen, daß sowohl in Südtirol als auch im Trentino aus der österreichisch-ungarischen Monarchie her noch eine Schultradition bestanden hat und besteht, die nicht unbedingt diese Pflichtmittelschule erfordert hätte, obwohl ich mir im klaren bin, daß auch für diese Gebiete die neue Einheitsmittelschule ein Plus darstellen kann. Man bedenke nur, daß durch diese neue Pflichtmittelschule für alle Kinder, ob sie nun in der Stadt oder am Lande oder am Berg wohnen, ein gleicher Start gegeben ist. Darüber hinaus werden durch diese neue Schulart im Kinde Fähigkeiten auf dem Gebiete der Kunst, des Werkens, der Naturgeschichte usw. erweckt, welche die früheren Schultypen — sei es nun die Volksschule oder die Latein-Mittelschule oder die verschiedenen Vorbildungs-

schulen — nicht geweckt haben. Das sind unbedingt Fortschritte, die man anerkennen muß und die schließlich auch für unsere Gebiete einen Vorteil darstellen. Aber mit dieser Pflichtmittelschule werden uns auch Probleme gestellt — und wenn ich hier „uns“ sage, dann meine ich im besonderen die deutsche und die ladinische Volksgruppe, denn solche Probleme (ich werde sofort aufzeigen, welcher Art sie sind) hat die italienische Volksgruppe in Südtirol entweder kaum oder überhaupt nicht. Das erste betrifft den Schülertransport und das zweite weit schwerwiegendere Problem lautet: Wie bringt man so manche Kinder überhaupt zur Mittelschule, wenn sie an einem entlegenen Berghang wohnen und von keinem Transportmittel Gebrauch machen können? Das sind also die beiden Probleme, welche die deutsche Volksgruppe zu lösen hat, im Gegensatz zur italienischen Volksgruppe, die ja zum Großteil in der Stadt wohnt. Das Problem des Schülertransportes wird es sicher auch im Trentino geben. Tatsache ist, daß heute in Südtirol tagtäglich über 4.400 Kinder zu dieser Pflichtmittelschule transportiert werden und dadurch selbstverständlich Spesen entstehen, die weit über das hinausgehen, was die einzelnen Familien leisten können und wofür somit die öffentliche Hand einspringen muß.

Ich möchte einmal die didaktischen, ich erlaube mir auch zu sagen die moralischen Nachteile eines solchen Schülertransportes ganz beiseite lassen und nur das Problem von der wirtschaftlichen Seite aus erläutern. Außer dem Staate, der Provinz, dem Wassereinzugsgebiet, die alle ihr Scherflein beitragen, sollen es nun auch die einzelnen Familien tun. Aber da erleben wir nun leider Gottes, daß soundso viele Familien sich sträuben, diesen Beitrag zu zahlen, indem sie eben sagen: « Wenn es schon eine Pflichtmittelschule ist und es zur Pflicht gemacht wird, daß wir unsere Kinder

hinschicken, dann soll der liebe, gute Vater Staat auch diese Spesen tragen». Und da glaube ich nun, es ist notwendig, daß die öffentliche Hand noch mehr tut, um die Familien weitgehend von diesen finanziellen Sorgen zu entlasten und um den wünschenswerten Zustand zu schaffen, der allen Kindern einen gleichen Start gewähren könnte.

Aber, wie gesagt, der Schülertransport macht mir und dem Landesauschuß Bozen nicht die größte Sorge; die größte ist eine andere und diesbezüglich möchte ich an den Herrn Präsidenten der Region auch tatsächlich einen Appell richten. Was soll mit jenen etwa 1000 Kindern geschehen, die trotz aller Transportmittel und aller Dezentralisierung der Mittelschulen auf die größeren Orte noch nicht in der Lage sind, eine Mittelschule zu besuchen? Ein Großteil der deutschen und ladinischen Bevölkerung ist zwar wohl in der Lage, sich ohne großen Aufwand an Kraft und Finanzen das Abschlußdiplom der Pflichtmittelschule zu holen; jedoch haben wir ungefähr 1000 Kinder im schulpflichtigen Alter von 12 bis 15 Jahren, die in keiner Weise in der Lage sind, von diesen **Mittelschulen Gebrauch** zu machen und in den Besitz des begehrten Diplomes zu kommen. Was kann oder was hat da zu geschehen? Nach meiner Meinung nur eines: man muß Schülerheime bauen, um diese Kinder an den Schulorten unterbringen zu können. Also einerseits muß man diesen Kindern unbedingt die Unterbringung in einem Heim ermöglichen, andererseits wird man auch die Heimspesen übernehmen müssen. Ich habe das Problem studiert und bin zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen: In Südtirol sind heute sämtliche Schülerheime voll besetzt, so daß keine Möglichkeit mehr besteht, dort weitere Kinder unterzubringen. Wir haben heute in Knabenheimen 1688 Schüler und in Mädchenheimen 967 Schülerinnen unterge-

bracht. Nun aber gibt es diese berühmten 1000 und etwas mehr Schüler, die zu keiner Mittelschule kommen. Wenn man auch für sie Heime bauen wollte, dann würde das nach meiner Rechnung eine Ausgabe von ungefähr 2 Milliarden Lire ergeben. Denn nach den Erfahrungen, die ich auf diesem Gebiete gesammelt habe, muß man beim Bau eines Heimes für jeden aufzunehmenden Schüler ungefähr 1.900.000 Lire zur Verfügung haben, was mit ca. 1000 multipliziert etwa 2 Milliarden Lire ausmacht.

Und nun muß ich hier einen Appell an die Region richten. Ich glaube nicht, daß die Provinz Bozen oder auch die Provinz Trient — wahrscheinlich sind in der Nachbarprovinz ähnliche Verhältnisse zu finden — das allein verkraften kann. Es müßte genügen, wenn die beiden Provinzen den Großteil der Spesen für die Unterbringung jener Kinder tragen würden, deren Familien es sich nicht leisten können. Aber zum Bau solcher Heime müssen unbedingt Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Bereits vor zwei Jahren ist ein Regionalgesetz erlassen worden — das Gesetz Nr. 35 vom 6.11.1964 —, mit dem die Region Gelder für Investitionen zur Verfügung gestellt hat, weil es sich damals vor zwei Jahren ergeben hatte, daß in der Provinz Bozen die Investitionen der Region weit geringer waren als in der Provinz Trient. In lobenswerter Weise ist damals vom Präsidenten Dalvit und seinem Ausschuß ein Finanzausgleich gemacht worden, so daß die Provinz Bozen die Parität mit der Provinz Trient erreicht hat. Wie inzwischen die Dinge nun liegen, ob die eine Provinz voraus ist oder die andere, das weiß ich nicht und es ist auch völlig uninteressant. Aber es wäre in diesem Falle kein Skandal, wenn einmal die Provinz Bozen mit den Investitionen voraus wäre und einmal die Provinz Trient nachhinken müßte. Ich will damit nicht sagen,

daß sie so lange Jahre nachhinken soll, wie die Provinz Bozen nachgehinkt ist. Aber ich könnte mir vorstellen, daß, wenn man die Notwendigkeit dieser Schülerheime erkannt hat — und wir in Südtirol haben sie erkannt —, man hier ähnlich wie vor zwei Jahren mit einem Sondergesetz Geldmittel zur Verfügung stellt, die in der Provinz Bozen nach den Kriterien, die die Volksgruppen als die besten erachten, investiert werden sollen. Die deutsche Volksgruppe sieht jedenfalls die Notwendigkeit, für Schülerheime oder wenigstens für einen Teil derselben Geld zu investieren, weil sie der Ansicht ist, daß man es den Bergbauern, die meistens zahlreiche Familien haben, kaum zumuten kann, daß sie weiterhin an entlegenen Hängen kleben und nicht einmal die Schulausbildung genießen können, die sich heute sonst jeder ohne allzu große Schwierigkeiten holen kann. Wenn nun bei diesem Bergbauern Unzufriedenheit entsteht, so oft auch deswegen, weil diese Eltern sehen, wie andere Kinder ohne Schwierigkeiten zum Abschlußzeugnis einer Pflichtmittelschule kommen, ihre aber trotz schwerer tagtäglicher Arbeit davon ausgeschlossen sind.

Wenn man dieses Problem angeht, so wird man nicht nur eine soziale Tat vollbringen, sondern vor allem vermeiden, daß in unserer Bevölkerung eine differenzierte Ausbildung heraufbeschworen wird, die tatsächlich früher oder später zu großen Schwierigkeiten führen muß. Das wollte ich zu den Schülerheimen sagen und ich bitte hier den Herrn Präsidenten, daß er auf meine Gedankengänge eingeht und eine Möglichkeit schafft, damit auch die Region etwas beisteuert.

Nachdem ich schon das Wort habe und nicht beabsichtige es während der Generaldebatte oder auch später nochmals zu ergreifen, so möchte ich jetzt noch einige kleine Dinge anbringen, die ich leider, was mir sehr peinlich

ist, jedes Jahr schon vergebens erwähnte. Es handelt sich zwar um Kleinigkeiten, aber oft sind es Kleinigkeiten, die das Zusammenleben der Volksgruppen oder der Menschen stören. Ich möchte mich hier nicht lange aufhalten, sondern lediglich auf die Tatsachen hinweisen, daß auch im letzten Jahr wiederum Kunstwerke in einem erheblichen Ausmaß angekauft worden sind, wobei die Provinz Bozen mit ihren 27% gegenüber den 72% und mehr der Provinz Trient tatsächlich zu kurz kommt. Ich bin mir im klaren, daß man hier nicht immer genau nach Provinzen trennen kann, das möchte ich ja auch gar nicht, aber ich könnte mir vorstellen, daß man gerade beim Ankauf von Kunstgegenständen, Kunstwerken, Gemälden, usw. schon ein bißchen anders vorgehen könnte. Es wäre beispielsweise doch nicht allzu schwer, in Südtirol Ausstellungen einmal von italienischen und einmal von deutschen Künstlern zu besuchen und dort dann auch etwas zu kaufen. Vor allem sollte man auch die ladinische Volksgruppe in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Denn wenn ich mir das Verzeichnis ansehe, das mir Herr Assessor Avancini gegeben hat, so finde ich nur einen ladinischen Künstler, der dreimal aufscheint und der gar nicht in Ladinien lebt, sondern in Trient: Martin Demetz. Das scheint mir nicht ganz richtig zu sein, vor allem wenn man weiß, wie sehr das Kunsthandwerk und überhaupt das ganze Kunstwesen in Ladinien blüht und wenn man auch weiß, welche Vereinigungen es dort gibt. Es gibt den « Ruscel » und den Kreis der Kunstschaffenden in St. Ulrich, die, besonders im Sommer, Ausstellungen über Ausstellungen organisieren, und es gibt auch einen Gadertaler Künstlerbund. Diese alle werden völlig ignoriert. Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß diese Vereine und Verbände, wenn sie Ausstellungen machen, keine Einladungen an das diesbezügliche Assessorat nach Trient schicken,

und eine solche Einladung heißt ja letzten Endes: « Kommt, schaut euch etwas an und kauft auch etwas! » Ich möchte schon bitten, daß diese Dinge etwas besser gehandhabt werden. Was hingegen die Gelder anbelangt, die für Ausstellungen als solche gegeben werden, muß ich mit Genugtuung feststellen, daß hier gegenüber anderen Jahren tatsächlich Besserungen eingetreten sind, die nun so ziemlich auch dem entsprechen, was die deutsche oder die italienische Volksgruppe in Südtirol auf diesem Gebiet leisten kann.

Nun noch ein Wort zu den Publikationen. Auch hier ist das Verhältnis zwischen dem Ankauf von Publikationen aus dem Angebot des Trentino im Vergleich zu dem Südtirols stark zugunsten der Provinz Trient. Wenn man die Summen zieht, so sind es 83%, die der Provinz Trient zugute kommen, während wir lediglich etwas mehr als 16% aufzuweisen haben. Ich bin mir im klaren, daß wir hinsichtlich Publikationen noch lange nicht in der Lage sind das auf den Buchmarkt zu bringen, was die Provinz Trient kann. Man könnte aber vielleicht damit einen Ausgleich herbeiführen, daß man von den deutschen Publikationen eben etwas mehr Exemplare ankauft.

Wenn ich schon von Publikationen spreche, dann möchte ich hier besonders an den Herrn Assessor Raffaelli das Wort richten. Herr Assessor, Sie haben uns eine Broschüre in italienischer und in deutscher Sprache über die Heilbäder in der Region zugeschickt. Diese Broschüre ist sehr nett aufgemacht und sehr lesenswert. Ich glaube aber sogar im Interesse der Region zu sprechen, wenn ich folgendes sage: Schriftchen und Broschüren wie diese sind keine gute Propaganda für die Region im Ausland, weil die deutsche Sprache darin arg verunglimpft wird. Wenn ein solches Schriftstück in den

deutschen Sprachraum kommt — und ich glaube, dazu ist es ja bestimmt, weil es in deutscher Sprache geschrieben ist —, dann glaube ich nicht, daß es unbedingt die Wirkung erzielt, die man sich davon erwartet. Deshalb, Herr Assessor, möchte ich ersuchen, daß Sie bei weiteren Publikationen dieser Art ein besonderes Augenmerk auf die Qualität der Übersetzungen legen. Ich bin überzeugt, es gibt genügend Personen, die in der Lage sind, wirklich einwandfreie Übersetzungen zu machen, in denen man nicht auf jeder Seite zumindest zwei grammatikalische Fehler findet, ganz abgesehen von vielen anderen stilistischen Fehlern.

Schließlich noch ein Wort über unsere Hochschüler in Padua. Die Region stellt den Studenten, die in der Region ansässig sind, lobenswerterweise Studienstipendien in Form von Freiplätzen an der Hochschule von Padua zur Verfügung. Das ist sehr richtig, denn wir alle wissen, was es heißt, wenn ein junger Mensch gerade in seinem kritischen Alter einem geregelten Studium nachgehen und ein geregeltes Leben in einem Heim genießen kann; das ist aber nicht nur für ihn persönlich ein Vorteil, sondern wohl auch für beide Volksgruppen, denn je eher unsere Hochschüler ihr Studium abschließen, umso besser dienen sie den Interessen der Region und der Volksgruppen, die in dieser Region zusammenleben.

Ich bin auch zumindest für heuer mit dem Schlüssel einverstanden, nach dem diese Stipendien in Padua verteilt worden sind. Ich muß dem Assessor Fronza wirklich bescheinigen, daß unseren Hochschülern in Padua die Stipendien prozentmäßig objektiv verteilt worden sind. Ich möchte aber einen Wunsch hinzufügen, einen Wunsch, der von den Hochschülern kommt und den ich gerne hier weitergebe. Die Stipendien, welche die Region zur Verfügung stellt, sind heute zahlenmäßig

vielleicht etwas zu wenig, aber das möchte ich nicht so unbedingt in die Waagschale werfen. Wichtiger ist, daß die Hochschüler der deutschen Volksgruppe in Padua, wenn sie sich um ein Stipendium für das zweite und dritte Jahr usw. bewerben, nicht dieselben Startbedingungen haben wie etwa die Hochschüler der italienischen Sprachgruppe, einerlei ob vom Trentino oder von Bozen. Das dürfte wohl klar sein, denn letzten Endes müssen unsere Hochschüler ihre Prüfungen in Padua in italienischer Sprache ablegen. Dadurch, daß sie die Sprache nicht in dem Ausmaße beherrschen wie die italienischsprachigen Studenten, sind sie etwas im Nachteil, was oft dazu führt, daß unsere Hochschüler die erforderlichen Punkte nicht so leicht erreichen, wie die Hochschüler der italienischen Sprachgruppe. Der Wunsch unserer Hochschüler wäre also, daß man für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe etwas andere Kriterien festlegt. Ich bin nun nicht der Meinung, daß man sie weiß Gott wie bevorzugen muß; aber ich glaube, daß, wenn man bei der Verteilung dieser Freiplätze gleiches Recht für alle gelten läßt, die Studenten der deutschen Volksgruppe dann von vornherein irgendwie im Nachteil sind. Deshalb wäre ich der Auffassung, daß man einen Weg finden müßte, damit besonders die Hochschüler, die im zweiten, dritten und vierten Jahr stehen, eher in den Genuß eines solchen Stipendiums kommen.

Ich bin auch der Auffassung, daß, wenn man — und das gilt nicht für die Hochschüler in Padua, sondern ganz allgemein — für das kulturelle Leben einer Minderheit nur die Kriterien anwendet, die für das übrige Staatsvolk gültig sind, dann ist jede Minderheit von vornherein zum Tode verurteilt. Denn eine Minderheit, ob sie nun in Südtirol lebt oder anderswo, kann nur dann leben, wenn sie tatsächlich besonders geschützt und gefördert

wird, wie das letzten Endes ja auch die Verfassung im Art. 6 bestimmt. Ich hoffe und wünsche mir, daß eine Schulautonomie geschaffen wird, die uns tatsächlich die Rechte einräumt, die wir gemäß dem Pariser Vertrag haben und ohne die wir als Volksgruppe auf weite Sicht nicht leben können. Diese Rechte sind besonders auf schulischem Sektor notwendig, damit das Wesen und die Substanz der Volksgruppe erhalten bleiben kann.

(Stimato Signor Presidente, Signore e Signori! Dopo le dichiarazioni fatte ieri dai consiglieri Gouthier, Menapace e dal mio collega di partito dott. Friedl Volgger, non è assolutamente mia intenzione tenere un ampio discorso sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente dott. Dalvit. Da quanto si è sentito ieri, noi tutti abbiamo potuto capire che i più diversi gruppi si sono pronunciati in favore di una modifica allo Statuto di autonomia, anche se probabilmente con finalità del tutto diverse. Non intendo però occuparmi di ciò in particolare, bensì, brevemente, di una dichiarazione della prof. Menapace. Ammetto francamente di ascoltare sempre volentieri la signora Menapace, per la semplice ragione che ho l'impressione di udire un difensore di un'autentica autonomia. Forse posso notare qui come ciò sia, nelle file del gruppo linguistico italiano, relativamente una rarità. Oltre a ciò ascolto volentieri la prof. Menapace perchè le sue formulazioni non sono soltanto intelligenti ma anche e soprattutto precise. Ieri però mi è rimasto oscuro — e mi dispiace che la prof. Menapace non sia presente — quanto essa intenda con l'espressione « integrazione », integrazione in relazione alla convivenza di due gruppi linguistici. Delle dichiarazioni della prof. Menapace mi è anche piaciuto che essa respinga decisamente l'assimilazione del gruppo etnico tedesco in Sudtirolo e che abbia espresso il parere che oggi la

maggior parte dei presenti rifiuta un'assimilazione. Ora è comparsa dunque l'espressione « integrazione » ed io non riesco ad immaginare chiaramente che cosa essa intenda per integrazione di due culture in Sudtirolo. Non solo riesco ad immaginare ciò con molta difficoltà, ma credo anche che, date le premesse psicologiche esistenti almeno attualmente, tale integrazione sia pressochè impensabile od almeno difficilissima da attuare. Da una parte infatti — noi, il gruppo etnico tedesco — esiste ancor sempre la paura di venir, prima o poi, ugualmente assimilati; dall'altra esistono nel gruppo italiano in Alto Adige ancora molti ambienti che si sentono investiti di una specie di missione di civilizzazione. Finchè dunque esisteranno tali presupposti, mi risulta difficile immaginare un'integrazione, ed anche quando essi saranno caduti, ritengo possibile un'integrazione soltanto fra due partner di pari forza, ciò che attualmente non si dà. Non si può certo dire infatti che il gruppo etnico tedesco, come minoranza, sia un partner di forza pari a quella del gruppo etnico italiano, che ha per retroterra culturale tutta la nazione. Quando si potrà percorrere senza ostacoli, com'è auspicabile, la distanza spirituale fra il gruppo etnico tedesco e l'area culturale tedesca, posso immaginare che si farà alla ribalta una gioventù ugualmente a suo agio nell'una o nell'altra cultura. Attualmente ciò non avviene, soprattutto anche perchè lo studio del tedesco non è curato nel gruppo linguistico italiano assolutamente allo stesso modo dell'italiano nel gruppo tedesco. Credo che un'integrazione di due culture esiga almeno la premessa della conoscenza di entrambe le lingue. Per finire vorrei osservare ancora qualcosa sull'integrazione: se per integrazione si intende ciò che la Francia ha applicato a suo tempo in Alsazia, allora credo che in fondo non siamo tanto lontani da un'assimilazione. Così sarei grato a

chi mi spiegasse meglio la parola « integrazione » perchè il suo significato non mi è molto chiaro e perchè a realizzarla mancano molti presupposti, specialmente nel campo della scuola.

Con ciò sarei giunto all'argomento della cosiddetta autonomia scolastica. Anche se tale autonomia in sè e per sè non è argomento che vada trattato in questa sede, credo nonostante ciò di doverlo fare brevemente. Il Presidente Dalvit ha più o meno affermato nelle sue dichiarazioni che in generale la convivenza è abbastanza buona e che nelle due Province le cose non vanno così male come spesso le si dipinge. Ora della faccenda vista dal lato puramente economico si è già parlato abbastanza e non vorrei occuparmene anch'io. Credo però di poterne far discendere un diritto a parlare anche in questa sede di autonomia scolastica o almeno a sfiorare il tema. Oso per esempio affermare che in Alto Adige non si può assolutamente parlare di autonomia, nonostante che l'attuale Statuto di autonomia offra sufficienti punti di appoggio. Gli articoli 11, 12, 13 o 15 ecc. offrono od offrirebbero sufficienti possibilità di realizzare un'autonomia scolastica, anche su scala ridotta: purtroppo tutto ciò resta lettera morta poichè voi tutti sapete che, in mancanza di norme di attuazione, il Consiglio provinciale di Bolzano, come del resto anche l'amministrazione provinciale di Bolzano, non ha alcuna voce in capitolo per quanto riguarda le scuole. Se ci si guarda intorno e si ascoltano i diversi pareri nell'Alto Adige, naturalmente si può sentire anche dal nostro gruppo etnico che in campo scolastico quasi tutto è a posto. Senz'altro io sono il primo ad ammettere che in confronto a quanto succedeva col fascismo si è fatto un gigantesco passo avanti; vorrei dire però anche se le cose non stanno come noi vorremmo e come le presenta lo Statuto.

Spesso ci viene posta la domanda: « Che

cosa intendete per vera autonomia scolastica »? Tale domanda viene tanto dal gruppo etnico italiano quanto dalle nostre file, per es. dagli insegnanti di scuola media. Vorrei essere breve perchè il tema dell'autonomia scolastica è tanto ampio che si potrebbe affrontarlo da diversi punti di vista e parlarne per giorni e giorni. I tre principi che noi, il gruppo etnico tedesco, vorremmo vedere assicurati in una vera autonomia scolastica, sono: primo, che i programmi di insegnamento da svolgere nelle nostre scuole, sia elementari che medie, corrispondano effettivamente all'essenza ed al carattere della nostra popolazione tedesca, che non si tratti insomma di programmi tradotti semplicemente dall'italiano. Da noi si parla oggi spesso di una scuola tedesca; già da tempo volevo dire in proposito che in Alto Adige non abbiamo affatto una scuola tedesca bensì una scuola con lingua di insegnamento tedesca ma con programmi tradotti dall'italiano. Chiunque esamini i programmi delle scuole tedesche dovrà ammettere ciò. Ci si obietterà: « Ma dev'essere così! Dal momento che volete riconosciuti in tutt'Italia i vostri diplomi non potete adottare programmi che divergano dai nostri ad un punto tale da non corrispondere più al livello di istruzione che lo Stato italiano esige da ogni cittadino ». Io ammetto perfettamente che 5 ore di latino non possano diventare tre e che la cornice debba rimanere unitaria. D'altra parte mi sembra che per es. l'insegnamento della geografia come pure della storia e geografia locali vada notevolmente modificato e che specialmente l'insegnamento della storia debba venir adattato alla mentalità della popolazione tedesca. Questo io intendo per programmi di insegnamento che si adattino al carattere della popolazione tedesca e qui credo che siamo ancora lontani da ciò che noi intendiamo per autonomia scolastica.

Secondo principio base per una vera autonomia scolastica: che il Consiglio provinciale di Bolzano possa emanare effettivamente leggi in questo campo, come prevede l'attuale Statuto di autonomia, che la scuola non sia amministrata dallo Stato ma dalla Giunta provinciale, ed esattamente dagli organi istituiti in base alle leggi del Consiglio provinciale, separatamente per gruppi etnici.

In terzo luogo vorrei accennare alla difficile situazione in cui si trova oggi il responsabile della scuola tedesca in Alto Adige, il cosiddetto Viceprovveditore agli studi, carica prevista nell'art. 15 dell'attuale Statuto. Dal punto di vista giuridico il Viceprovveditore è previsto nello Statuto ed esiste anche una persona che riveste tale ufficio senza potersi giuridicamente fregiare del titolo di Viceprovveditore. Voi tutti sapete, od almeno ne sono informati i colleghi della Provincia di Bolzano, in quale precaria situazione si trovi il dott. Fritz Ebner come Provveditore per le scuole tedesche: per Roma egli, come Viceprovveditore, non esiste affatto e, parliamo chiaramente una volta per tutte, nello stesso Provveditorato agli studi in cui egli deve esplicitare la sua attività molti dei suoi sottoposti non lo considerano assolutamente il Viceprovveditore ma un incaricato di qualche attività per cui viene remunerato peggio di un impiegato di categoria C, mentre davanti all'opinione pubblica deve forse portare la responsabilità di un Viceprovveditore.

Ora, Signori miei, anche se abbiamo la possibilità di fare istruire i nostri figli in tedesco non possiamo assolutamente ancora dire che in Alto Adige la situazione della scuola sia tale da dare garanzie per il futuro. Se in Alto Adige la scuola in qualche modo funziona, e questo lo ammetto volentieri, ciò va attribuito in massima parte alla comprensione del Provveditore agli studi ed anche all'attività

di diversi ispettori e direttori scolastici. La sicurezza giuridica non esiste però oggi, a 18 anni dall'emanazione dello Statuto, ancora affatto e proprio in un campo che io considero uno dei più importanti di tutta l'autonomia: infatti il gruppo etnico tedesco vive o perisce in fondo con la sua scuola.

Ed ora vorrei parlare di un argomento il cui posto non è forse qui dentro ed additare una volta le difficoltà dei sudtirolesi in relazione con l'introduzione della scuola media d'obbligo od unica. A voi tutti è nota la legge del 31 dicembre 1962 che ha introdotta in Italia la scuola media d'obbligo. Non intendo qui assolutamente permettermi un giudizio sulla bontà di tale nuovo tipo di scuola: *summa summarum* si può dire senz'altro che essa rappresenta un progresso per tutta l'Italia e con ciò logicamente anche per il gruppo tedesco. Vorrei aggiungere però che tanto in Alto Adige quanto nel Trentino esisteva ed esiste ancora una tradizione scolastica che deriva dalla monarchia austro-ungarica, tradizione che non avrebbe necessariamente richiesto tale scuola media unica; nonostante ciò mi rendo conto che anche per queste zone la nuova scuola media unica può rappresentare un passo avanti. Si pensi soltanto che questa nuova scuola media offrirà a tutti i bambini, sia che abitino in città, in campagna o sulla montagna, la stessa base di partenza. Oltre a ciò tale nuovo tipo di scuola risveglia nel fanciullo talento per l'arte, per l'artigianato, per la storia naturale ecc., ciò che le scuole prima esistenti non facevano, nè la scuola elementare, nè quella media nè le diverse scuole preparatorie. Questi sono progressi che vanno riconosciuti e che rappresentano un passo avanti anche per la nostra regione. La scuola media d'obbligo ci pone però anche di fronte a problemi, e quando dico « ci » intendo in particolare i gruppi etnici tedesco e ladino, poichè tali problemi

e dirò subito di che cosa si tratta, esistono appena o non esistono affatto per il gruppo etnico italiano in Alto Adige. Il primo problema è quello del trasporto degli studenti ed il secondo, molto più grave, è il modo di far frequentare una scuola media ai ragazzi che abitano in una zona di montagna fuori mano e non possono servirsi di alcun mezzo di trasporto. Questi sono dunque i due problemi che il gruppo etnico tedesco deve risolvere, contrariamente a quanto avviene per il gruppo etnico italiano che abita per la maggior parte in città. Il problema del trasporto degli studenti esiste sicuramente anche nel Trentino. Rimane il fatto che attualmente in Alto Adige ogni giorno più di 4.400 ragazzi vengono trasportati alla scuola media unica e ciò logicamente causa delle spese che vanno parecchio al di là di quanto le singole famiglie possono sborsare: qui deve perciò intervenire l'amministrazione pubblica.

Vorrei tralasciare per una volta gli svantaggi didattici e vorrei dire morali di tale trasporto ed affrontare il problema da un punto di vista esclusivamente economico. Oltre allo Stato, alla Provincia, al bacino imbrifero, ora anche le singole famiglie devono dare il loro contributo. Purtroppo succede che molte famiglie si rifiutano di pagare il loro contributo, affermando: « Se si tratta di una scuola media d'obbligo e se dobbiamo mandarci i nostri figli, allora sarà il buon padre Stato che dovrà accollarsi questa spesa ». Io credo inoltre necessario che gli enti pubblici facciano uno sforzo ancora maggiore per sollevare il più possibile le famiglie da questa preoccupazione finanziaria e per creare le condizioni che garantiscano a tutti i fanciulli la stessa base di partenza.

Come ho già detto, la maggiore preoccupazione mia e della Giunta provinciale di Bolzano non è il trasporto degli studenti: la mag-

giore preoccupazione è un'altra ed a tale riguardo vorrei rivolgere un appello al Presidente della Regione. Che cosa sarà di quei 1000 fanciulli che non possono frequentare una scuola media, nonostante i mezzi di trasporto ed il decentramento delle scuole medie nei centri maggiori? La maggior parte della popolazione tedesca e ladina è in grado di procurarsi senza soverchio sforzo e spesa il diploma di scuola media: esistono però circa 1000 ragazzi ancora in età scolare, cioè fra i 12 ed i 15 anni, che assolutamente non sono in grado di frequentare la scuola media e di raggiungere il sospirato diploma. Che cosa si può o si deve fare? A mio parere la soluzione è una sola: bisogna costruire nei centri sede di scuola dei convitti per alloggiarvi questi ragazzi. Da un lato bisognerà infatti procurare loro una sistemazione, mentre bisognerà assumersene le spese di retta. Io ho esaminato il problema e sono giunto alle seguenti conclusioni: in Alto Adige i convitti sono attualmente tutti occupati e non esiste possibilità di sistemarvi altri ragazzi. In convitti maschili sono alloggiati attualmente 1688 studenti ed in convitti femminili 967 studentesse. Ci sono però ora questi famosi 1000 e più studenti che non possono frequentare una scuola media: ho calcolato che se si volessero costruire dei convitti anche per loro, la spesa ammonterebbe a circa 2 miliardi di lire. In base alle esperienze da me raccolte in questo campo, per la costruzione di un convitto andrà calcolata una spesa di circa 1.900.000 lire per ogni studente da accogliere: moltiplicando questa somma per 1000, risulteranno circa 2 miliardi.

Ed ora devo indirizzare un appello alla Regione, perchè non credo che la Provincia di Bolzano possa farcela da sola: anche la Provincia di Trento non si troverà probabilmente in una situazione molto diversa. Dovrebbe bastare che le Province si accollino la maggior

parte delle spese di retta per quei ragazzi le cui famiglie non possono permetterselo: ma per la costruzione dei convitti bisognerà assolutamente mettere a disposizione dei fondi.

Già due anni fa è stata promulgata la legge regionale 6 novembre 1964, n. 35, con cui la Regione metteva a disposizione dei fondi per degli investimenti: questo perchè si era calcolato che gli investimenti regionali nella provincia di Bolzano erano notevolmente minori che nella provincia di Trento. Con lodevole provvedimento il Presidente Dalvit e la sua Giunta si sono fatti promotori di un conguaglio finanziario che ha portato la provincia di Bolzano alla pari con quella di Trento. Non so, e non è interessante, quale sia l'attuale situazione, se cioè una provincia o l'altra sia in testa per gli investimenti. In questo caso comunque non sarebbe uno scandalo se la provincia di Bolzano fosse una volta tanto in vantaggio e la Provincia di Trento dovesse raggiungerla poi. Non voglio dire con ciò che un conguaglio debba avvenire soltanto dopo anni ed anni, come è successo alla provincia di Bolzano: posso immaginare però che, una volta riconosciuta la necessità di questi convitti come noi in Alto Adige abbiamo fatto, con una legge speciale si mettano a disposizione dei fondi, analogamente a quanto si è fatto due anni fa. Tali fondi debbono essere investiti secondo i criteri che i gruppi etnici giudicheranno i migliori. Il gruppo etnico tedesco riconosce comunque la necessità di investire dei fondi in convitti od almeno in una parte di questi: il gruppo tedesco ritiene infatti che non si possa pretendere che un contadino di una zona di montagna, di solito con una numerosa famiglia, continui a rimanere abbarbicato ai suoi campi fuori mano, senza poter godere di quell'istruzione che ormai ognuno può avere senza eccessive difficoltà. Se ora in questi contadini nasce il germe dell'insoddisfazione,

ciò avviene spesso anche perchè i genitori vedono come altri ragazzi acquistino senza difficoltà il diploma di scuola media mentre i loro figli ne rimangono esclusi nonostante il duro lavoro giornaliero.

L'affrontare questo problema sarà non soltanto un'azione sociale ma eviterà anche che nella nostra popolazione venga a formarsi un'istruzione differenziata che prima o poi porterà inevitabilmente a grandi difficoltà. Questo è quanto volevo dire sui convitti per studenti e vorrei pregare qui il signor Presidente di accettare il mio ragionamento e di render possibile un contributo della Regione.

Poichè ho già la parola e non ho intenzione di intervenire nel corso del dibattito generale od anche in seguito, vorrei aggiungere ancora alcune questioni marginali a cui purtroppo accenno invano ogni anno, ciò che mi è molto increscioso. Si tratta bensì di piccolezze, ma spesso sono queste che turbano la convivenza dei gruppi etnici o dei singoli. Non intendo fermarmi molto sull'argomento ma soltanto accennare al fatto che anche l'anno scorso si sono acquistate opere d'arte in notevole quantità: la provincia di Bolzano, con acquisti per il 27% del totale, effettivamente è in svantaggio nei confronti del 72% e più della provincia di Trento. Sono convinto che in questo caso non è sempre possibile dividere esattamente per Province, nè lo vorrei: però posso figurarmi che proprio nell'acquisto di oggetti artistici, opere d'arte, quadri ecc., si potrebbe agire altrimenti. Per esempio non dovrebbe risultare troppo difficile visitare alternativamente in Alto Adige una mostra di autore italiano ed una di autore tedesco e fare anche in quest'ultima un'acquisto. Soprattutto a questo proposito non bisognerebbe dimenticare il gruppo etnico ladino. Esaminando infatti la lista che mi ha dato l'Assessore Avancini, vi trovo un solo artista ladino che com-

pare tre volte e che non vive affatto nelle valli ladine ma a Trento: Martin Demetz. Ciò non mi sembra del tutto giusto, specialmente sapendo come in queste valli fioriscano l'artigianato artistico e tutte le attività artistiche in genere e quali associazioni vi siano. Il « Ruscel » ed il Circolo degli artisti a Ortisei organizzano, specialmente in estate, mostra su mostra ed esiste anche un'Associazione degli artisti della Val Gardena. Tutte queste associazioni vengono ignorate. Non riesco ad immaginare che tutte queste associazioni e circoli omettano di inviare gli inviti delle mostre a Trento all'Assessorato competente. Tali inviti significano in fondo: Venite, guardate e comperate! Vorrei pregare dunque che ci si occupi di ciò con maggiore sollecitudine. Per quanto riguarda invece il finanziamento di mostre, devo constatare con soddisfazione che in confronto degli anni passati ci sono stati effettivi miglioramenti, che corrispondono approssimativamente a quanto possono rendere in questo campo il gruppo etnico tedesco e italiano in Alto Adige.

Ancora una parola sulle pubblicazioni: anche qui il rapporto fra l'acquisto di pubblicazioni provenienti dal Trentino e quello di pubblicazioni dell'Alto Adige pende a favore della provincia di Trento. Tirando le somme, risulta che l'83% della somma è andata a favore della provincia di Trento mentre noi abbiamo ricevuto soltanto un po' più del 16%. So benissimo che per quanto riguarda le pubblicazioni non siamo assolutamente in grado di immettere sul mercato librario una produzione pari a quella della provincia di Trento. Si potrebbe forse però giungere ad un pareggio acquistando un maggior numero di esemplari delle pubblicazioni tedesche.

Giacchè sto parlando di pubblicazioni vorrei rivolgermi particolarmente all'Assessore Raffaelli. Signor Assessore, Lei ci ha inviato

un opuscolo in tedesco ed in italiano sui bagni termali nella regione: l'opuscolo è compilato piacevolmente e merita una lettura. Credo però di parlare addirittura nell'interesse della Regione se osservo che pubblicazioni ed opuscoli come questo non sono per la Regione una buona propaganda all'estero: in essi la lingua tedesca viene infatti brutalmente vilipesa. Non credo che un opuscolo di questo genere ottenga nell'area linguistica tedesca, ed io credo che a ciò sia destinato visto che è redatto in tedesco, l'effetto che da esso ci si attende. Vorrei chiedere perciò all'Assessore di sorvegliare soprattutto, in pubblicazioni di questo genere, la qualità della traduzione. Sono convinto che esistano persone in numero sufficiente in grado di fornire traduzioni perfette, in cui non si trovino in ogni pagina almeno due errori di grammatica, per non parlare poi dei numerosi errori di stile.

Per finire alcune parole sui nostri studenti universitari a Padova. Con lodevole iniziativa la Regione mette a disposizione degli studenti residenti nella regione stessa delle borse di studio sotto forma di posti gratuiti all'università di Padova. Ciò è giustissimo perchè noi tutti sappiamo che cosa significhi per un giovane in un'età difficile poter seguire un regolare corso di studi e condurre una vita regolata in una casa dello studente. Ciò non torna a vantaggio soltanto suo personale ma anche di entrambi i gruppi etnici, perchè prima i nostri universitari finiscono i loro studi e meglio servono gli interessi della Regione e dei due gruppi etnici che convivono in essa.

Sono d'accordo, almeno per ora, anche col principio secondo cui sono state distribuite le borse di studio per Padova. Devo riconoscere che l'Assessore Fronza ha assegnato percentualmente con vera obiettività le borse di studio ai nostri universitari in quella città. Vorrei però qui esprimere un desiderio che

viene dagli studenti universitari stessi e che io volentieri trasmetto. Le borse di studio messe a disposizione dalla Regione sono forse in numero un po' scarso, ma non è a questo che volevo dar peso. Più importante è la circostanza che gli studenti del gruppo etnico tedesco a Padova che sono candidati ad una borsa di studio del secondo o terzo anno, non godono delle stesse condizioni di partenza degli studenti del gruppo italiano, indifferentemente se del Trentino o di Bolzano. Ciò dovrebbe essere chiaro, perchè in fondo i nostri studenti devono sostenere gli esami in italiano e non avendo la stessa padronanza della lingua dei loro colleghi italiani, sono un po' in svantaggio: il risultato è spesso che i nostri universitari non arrivano al punteggio richiesto con la stessa facilità dei loro colleghi italiani. I nostri universitari desiderano perciò che per gli appartenenti al gruppo etnico tedesco si stabiliscano criteri leggermente diversi. Non penso perciò che li si debba favorire in modo particolare, però se nell'assegnazione di queste borse di studio si vogliono dare ad ognuno gli stessi diritti, gli studenti del gruppo tedesco risultano svantaggiati in partenza. Sono perciò del parere che bisognerebbe trovare il modo di rendere più facile specialmente agli universitari del secondo, terzo e quarto anno l'ottenere una borsa di studio.

A mio modo di vedere inoltre, se si applicano alla vita culturale di una minoranza — e questo non vale soltanto per gli universitari di Padova ma del tutto in generale — gli stessi criteri applicati alla popolazione dello Stato, tale minoranza è condannata a morte in anticipo. Una minoranza, in Alto Adige od altrove, potrà vivere infatti soltanto se si provvede con particolare cura alla sua tutela ed al suo potenziamento, come del resto stabilisce l'art. 6 della Costituzione. Io spero ed auspico che si arrivi all'istituzione di un'autonomia scolastica

che ci attribuisca in pratica quei diritti che già abbiamo in base all'Accordo di Parigi e senza cui come gruppo etnico non possiamo esistere. Tali diritti sono necessari, specialmente nel campo scolastico, affinché possano conservarsi l'essenza e la sostanza del nostro gruppo etnico).

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Raffaelli per una precisazione.

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia, pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): Sarei grato se mi fosse consentito di fare una precisazione relativamente alla traduzione tedesca dell'opuscolo sulle Terme per evitare che, sulla base di quanto ha detto ora il collega Zelger, si diffondano notizie errate. Alla traduzione dell'opuscolo doveva provvedere l'editore e vi ha provveduto attraverso una persona, che, per una serie di equivoci, doveva essere un'altra. E' una storia pressochè romanzesca, ci fu un equivoco. La persona, un sudtirolese — e questo non depono, non lo dico per polemica, molto bene circa la conoscenza della lingua di Goethe da parte almeno di quel sudtirolese — la persona ha fatto la traduzione così. La diffusione dell'edizione tedesca è stata limitata ai consiglieri regionali di lingua tedesca, alle aziende autonome della provincia di Bolzano e all'Ente provinciale del turismo di Bolzano. Quindi una cinquantina di copie in tutto. Ci fu immediatamente segnalato da uno delle aziende autonome, che ha avuto cura di far leggere l'opuscolo o di leggerlo, il fatto ora enunciato dallo stesso prof. Zelger. Fu bloccata ogni spedizione, l'opuscolo fu sottoposto ad una serie di letture e riletture. Devo dire, per la verità, che alcuni autorevoli esponenti di lingua tedesca non lo ritengono tale da dover essere mandato al macero, dicono che il tedesco che lo legge capisce subito che è una cattiva traduzio-

ne di un libro italiano. Nonostante questo, l'editore lo ha immediatamente ritirato e al giorno d'oggi è in possesso del manoscritto di una nuova traduzione, affidata a una persona di Bolzano, che ha eseguito altre traduzioni di testi molto divulgati e che non ha mai dato luogo ad alcun rilievo sotto il profilo della correttezza linguistica.

Quindi ci tengo a precisare la cosa per due ragioni: primo, perchè l'editore deve avere questo giusto riconoscimento per la sua sensibilità; infatti ha detto subito: piuttosto che vada fuori un libro così, io lo ritiro e ci rimetto quello che ci devo rimettere; evidentemente ci rimette la seconda edizione. Secondo: perchè sappiate e si sappia che la Regione non ha più diffuso una copia di quell'opuscolo in tedesco dal momento che la segnalazione è avvenuta e, come ho detto prima, le copie distribuite sono in quel numero e in quella cerchia limitatissima di persone.

Ovviamente, anche se non avessimo avuto la raccomandazione, della quale comunque ringrazio, l'incidente è servito da solo a renderci attenti che, anche se le traduzioni sono a carico degli editori bisognerà che, prima di dare il placet, ci riserviamo di farle vedere.

Prego di prendere atto di quanto ho specificato.

PRESIDENTE: La parola al cons. Preve Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, on. consiglieri. Innanzitutto la formula, affrontiamo la formula. Non è che lei, on. Presidente, vi dedichi in effetti molte parole, tante parole. Direi anzi che per essa ha ritrovato quella che è una delle virtù fondamentali della nostra gente, la parsimonia. O, se meglio preferisce dal momento che siamo nell'atmosfera del centenario, ha affrontato il tema con lo slan-

cio del garibaldino naturalmente al convento, tanto per togliere quel tanto di sapore laico che la figura del garibaldino sempre comporta. Strano destino, questo, di una formula che era nata per rinnovare e che in 103 pagine di relazione trova il conforto soltanto di poche parole. Evidentemente anche qui si applica la massima latina « sicut transit gloria mundi ». A meno che l'on. Presidente della Giunta regionale non abbia data la sua impostazione in analogia a quella che fu l'impostazione del Presidente della Giunta provinciale di Trento, allorchè disse: « Noi non cerchiamo una giustificazione aprioristica e immotivata del centro-sinistra, ma desideriamo affidare alla sua effettiva capacità di incidenza nella nostra vita politica e sociale, la verifica della validità di questo incontro ». Niente svolta storica allora. Niente svolta storica o contestazione, come di moda è giunto oggi; niente contestazione di ideologie diverse, chiamate a edificare un mondo diverso, un mondo nuovo. La parola non è alle idee, è ai fatti e alle cose. I giudizi non sono più lasciati ai presupposti del pensiero, che configurano lo Stato, l'individuo, i gruppi, no, ma alla attività amministrativa soltanto. E attorno a questa attività amministrativa alcuni capisaldi, che analizziamo: primo, dare alla Regione un governo stabile ed efficiente. Ecco il primo degli obiettivi affidati al centro-sinistra. E lo si è conseguito? io mi domando. Afferma l'on. Presidente della Giunta: « La Regione ha avuto, nonostante la difficile situazione politica, un governo stabile ed efficiente ». E la prova di quanto asserisce da dove la desume, on. Presidente? « Dal fatto — sono sue parole — che nessuna situazione di crisi si è verificata nel corso dell'anno 1965 ». Nessuna situazione di crisi, lei dice. Sta bene. E di che tipo sogliono essere di solito queste situazioni, on. Presidente? Di due tipi, di due ordini, d'ordine istituzionale il primo o d'ordine politico. Nulla di tutto questo

da noi, veramente nulla. Vediamolo: decreto Presidente Giunta regionale 16 febbraio 1965, n. 9. In esso si legge: « Viste le dichiarazioni di non accettazione dell'incarico »; e chi le aveva proposte le non accettazioni dell'incarico? Evidentemente gli assessori appena eletti. E si seguita: « Vista la dichiarazione della non volontà di accettare incarichi amministrativi »; e chi l'aveva proposta simile volontà? Il rappresentante del partito della S.V.P. E si seguita: « Ritenuto di tener comunque a disposizione gli affari concernenti due assessorati »; e chi reputa di fare questo? Il Presidente della Giunta regionale. « Ritenuta l'opportunità di assumere temporaneamente la trattazione dei predetti affari decreta »; con quel che segue. E così lei ripartisce, on. Presidente, agli art. 1, 2, 3 e 4, i compiti tra i singoli assessori, per ribadire poi all'art. 5: « Il Presidente della Giunta regionale assume temporaneamente la trattazione dei seguenti affari, che restano a disposizione del gruppo linguistico in seno al Consiglio regionale ».

Ci troviamo di fronte quindi ad una dichiarazione di non accettazione e ad una dichiarazione della non volontà di partecipare alla amministrazione. E chi la propone? La propone ciascuno degli eletti. E di contro, che cosa c'è, che cosa si trova? Si trova la volontà di tenere comunque a disposizione. E da parte di chi si manifesta questa volontà? Da parte dell'organo amministrativo, della Giunta da lei presieduta, con una conseguenza logica, on. Presidente, che si manifesta nella necessità di assumere gli incarichi da altri rifiutati. Ma in che modo li assume? Temporaneamente. Ma vediamoli allora i protagonisti: gli eletti e la Giunta. E gli elettori, dove sono, dove sono andati a finire? perchè anche qui, on. Presidente, avviene esattamente come nelle *pièce* francesi. Ci sono i tre tradizionali protagonisti: lui lei e l'amico; lui, lei e l'altro. E qui lui, lei e

l'altro, l'altro dove è finito? Il Consiglio regionale, dov'è? Dov'è sparito, il Consiglio regionale che ha instaurato un rapporto fiduciario, evidentemente, tra l'organo legislativo e gli assessori, in virtù di una elezione loro? Dove sta? Dove è andato a finire? Dove si trova? Non esiste? No, c'è, on. Presidente, c'è. E lei sa dove, in quell'avverbio di tempo, « temporaneamente ». A chi si riferisce, infatti, questo avverbio? A chi? Forse agli assessori? No, mi permetto di non condividere questa impostazione, perchè gli Assessori non si intendono, perchè gli Assessori, se non si intendono dimissionari, ma in posizione di attesa, bisogna pagarli, bisogna assolutamente pagarli. E ciò malgrado tutto e malgrado tutti, contro tutto e contro tutti. Non esiste l'istituto della non accettazione in una assemblea legislativa che non coincida con l'istituto della presa d'atto delle dimissioni. Se, on. Presidente, se così non fosse, il temporaneo del decreto troverebbe limite in una dichiarazione nuova degli stessi, che si erano dichiarati in precedenza indisponibili per affermare nuovamente la loro disponibilità. Il che è assurdo, il che è illogico, è irrazionale, è antigiuridico. Lei, on. Presidente, sarebbe in questo caso il grande ibernato, e la sua Giunta dormirebbe il sonno del dinosauro, grata e paga se l'epoca glaciale, distesa sui poteri del Consiglio dal suo Presidente, tutto acqueti. « Livide insin là dove appar vergogna eran l'ombre dolenti nella ghiaccia, mettendo i denti in note di cicogna ».

Io ho sempre immaginato, on. Presidente, che fosse una situazione in cui ci si trova male, lei invece mi dice che si trova bene, ci sta bene. E allora, on. Presidente, a chi dobbiamo riferire il « temporaneamente »? Al Consiglio regionale, è chiaro. La Giunta regionale, regolarmente eletta, deve assicurare la propria funzionalità, anche nell'interregno. Gli organi legislativi, e anche gli amministrativi, se sono

previsti nell'ordinamento generale dello Stato, è perchè funzionino, avendo essi come fine il bene della collettività. La Giunta quindi, con decreto del suo Presidente, opera. Opera anche se è anomala, in attesa che essa venga reintegrata. E chi la integra? Evidentemente il Consiglio regionale, è compito e funzione del Consiglio regionale, che deve decidersi di prendere atto delle dimissioni avvenute e deve surrogare chi non intende accettare la nomina. La Giunta di centro-sinistra allora governa, come lei dice, ed è vero, ma solo in virtù di una abdicazione della propria sovranità a questo Consiglio imposta. Fino a quando? Evidentemente non è una risposta che ci deve dare lei, sono perfettamente convinto, ma è una risposta che si deve dare in Consiglio, che non si può più protrarre e che non si può più ignorare. Non è allora una situazione questa di crisi? Io direi di sì, è una situazione di crisi, e delle peggiori, perchè riceve forza alla propria inerzia dalla consapevole inerzia altrui. E non vi sono forse anche motivi d'ordine politico sufficienti a portare in crisi un governo più di questo sensibile ed attento? Direi di sì. On. Presidente, cito parole sue: « Il disegno di legge n. 9 presentato al Consiglio in data 14 aprile 1965, e disciplinante la possibilità di ricorso da parte della Giunta regionale ad enti specializzati per consulenze nel settore della programmazione, è tutt'ora pendente davanti alla prima commissione legislativa ». E questo ce lo dice dopo un anno, un anno dopo. Una posizione polemica quindi da parte o di una minoranza etnica o da parte di una rappresentanza del Consiglio. Posizione polemica nei confronti della Giunta. E questa è impotenza, un anno dopo aggravata, mi consenta, e convalidata da altre dichiarazioni da lei proposte. « Ulteriori passi — dice — compiuti presso la provincia di Bolzano per addivenire all'istituzione di organi consultivi per la programma-

zione, hanno incontrato una nuova opposizione ». E qui, badi bene, non siamo sul piano dei principi, ma siamo sul piano delle competenze. Nessun motivo di crisi, lei dice; nella valutazione sua e della sua Giunta può anche essere, perchè lei non ne valuta il prezzo, non ne valuta il costo. E il suo piano legislativo? Anche lì incontriamo salvezza: ferroleghie. Pensi alle ferroleghie. Ah, io ricordo i giornali quel giorno, lo ricordo benissimo, eravate tutti diventati improvvisamente amanti della letteratura russa, vi sentivate tutti *umiliati e offesi* quel giorno, e sarebbe bastato che uno soltanto delle minoranze avesse aderito o non si fosse astenuto, meglio ancora, sull'ordine del giorno Volgger, perchè il provvedimento sarebbe finito entro gli alti forni della bocciatura, che noi vi possiamo sempre accendere, on. Presidente, a tariffa differenziata. E il titolo sul giornale? Se lo ricorda il titolo sul giornale, grande, « Con tanti saluti al voto ». Il voto era suo, on. Presidente, suo e della sua Giunta. E i saluti, di chi erano i saluti? Chi si era tolto il cappello in quel momento, chi aveva detto *bay bay* al suo voto, al voto della sua Giunta, chi? Chi s'era tolto il cappello a questo solenne impegno del centro-sinistra per la politica altoatesina? Fu una manifestazione forse di narcisismo della sua Giunta, o non piuttosto una manifestazione di crisi, di crisi politica, che nasceva dall'alleato occulto e da quello a latere, se ha senso la posizione socialdemocratica altoatesina per la Regione. Direi di sì, direi che di crisi si tratta. Lei l'ha intesa del resto, l'ha ribadita: « disponibilità politica di quella parte, per un discorso diverso che comporti soluzioni diverse ». E come la chiama in politica lei questa realtà? Io la chiamo crisi, anche se vuol far passare come posizione di forza quella che è la sua intrinseca debolezza. « Infatti — dice il Presidente — i gruppi di opposizione si sono talvolta incontrati in

posizione negativa su diverse votazioni, ma non hanno trovato, nè appare possibile tra di loro, alcuna stabile intesa ». Può anche essere vero, on. Presidente, per il momento anzi è vero, ma posso dirle di più: nessuna stabile intesa è possibile per le opposizioni, perchè il tema non si propone, perchè il tema non ci interessa. Esiste invece una cosa più importante, da anni esiste un'altra posizione, che è quella del ricatto, a senso unico. Provatevi voi a fare una legge che detti disposizioni sull'ordinamento delle aziende autonome di soggiorno, se siete capaci! Non potete. Quando avete fatto la vostra legge per le ferroleghie vi siete affrettati ad accogliere quello che fu il suggerimento di sempre da parte della maggioranza occulta, adottando un nuovo provvedimento che riguardava le aziende industriali danneggiate dal gelo. Provatevi a fare le leggi senza tener conto di quella che è la volontà esterna. E allora vedete che quando voi amministrare lo fate perchè avete delegato alle Province in modo a tutti noto. « Il modo ancor m'offende » direbbe quel tale, perchè è un modo irriuale e antiggiuridico. O i provvedimenti, se non li delegate, dovete assumerli d'intesa con le Province: tanti milioni a te, tanti milioni a me. Siete prigionieri di un sistema, che una cosa sola vi concede come contropartita, on. Presidente: fare gli Assessori, e basta. E allora io capisco come lei si eserciti, come lei ami esercitarsi sul *de consolatione* quando scopre che il *Los von Tient*, nelle sue ricorrenti interpretazioni, non sia diretto dall'intento di modificare la situazione politica attuale, ma si rivolga invece nell'assetto futuro del nostro ordinamento. E' un futuro, on. Presidente, che è già incominciato, proprio perchè — mi si consenta la citazione — il futuro ha un cuore antico. Che ha parlato qui dentro, ha parlato giorni or sono, ed è stato commovente direi, per la genuinità delle cose dette e per la ri-

cerca continua della lezione dei fatti politici. Non vi siete chiesti voi in quel momento, quali fossero sei anni fa i temi politici suoi? Non ve lo siete chiesto? Erano i vostri temi, e li aveva sei anni fa enunciati allora con la identica forza e la identica chiarezza di ieri, con in più la diagnosi sugli uomini e sulle passioni loro e sul loro credo, e sul loro attivismo e sui loro miti, e disse parole insostituibili sulla verità che si cela dietro la concezione arcaica per la difesa del gruppo etnico. Parole moderne per una moderna concezione della vita, e meditate entro il solco dell'insegnamento, che è cristiano e che è cattolico. Ma io mi domando allora perchè lo abbiate allontanato, io mi domando perchè lo abbiate sostituito per ritrovarvi, sei anni dopo, esattamente là, dove gli avevate detto ciao, dove gli avevate detto addio. Perchè lo avete sostituito? Perchè? Per portarvi in Giunta il P.P.T.T., convinti che allattando il cucciolo si sarebbe acquietato il ringhio del molosso altoatesino che lo aveva generato? Grande risultato il vostro! E così, on. Presidente, sei anni dopo avete incontrato l'ufficiale del registro, che vi ha elencato freddamente, criticamente, con meticolosità tutta contabile, i titoli da voi perduti al grande gioco della borsa politica regionale. E non è crisi questa? Non è crisi forse che va al di là del mero fatto contingente, di una Giunta in carica, solo perchè manca chi sporga querela? Ma sicuro, ed è così viva questa crisi, così insita in noi e nelle cose che attorno a noi vivono e si muovono, che la soluzione proposta è ancora e soltanto una soluzione di crisi. E' vero, on. Presidente, il futuro ha un cuore antico. Sono del 24 settembre 1961 queste dichiarazioni, che uno degli esponenti più qualificati della socialdemocrazia altoatesina fece al quotidiano *Alto Adige*. Disse in quella occasione che per costruire una autonomia migliore bisognava « assicurare singolarmente ai gruppi etnici,

rappresentanti nel Consiglio provinciale di Bolzano, la facoltà di ricorso alla Corte costituzionale; analogamente si disponga per la votazione del bilancio e di altre leggi di impegno finanziario ». 24 settembre 1961, ed era un timido parlare questo, badi bene, era un timido parlare ancora. La D.C. altoatesina, in discorsi e scritti di suoi uomini altamente qualificati, aveva posto da tempo sotto le tesi del *Los von Trient* più di una trave su cui far forza contro l'attuale ordinamento. E mi consenta allora, on. Presidente, che io mi meravigli se qualcuno della sua famiglia si meraviglia di quello che ha detto il cons. Mollnig, dal momento che molte persone che le son vicine lo avevano preceduto a razzolare *in partibus infidelium*. Comunque, on. Presidente, timido parlare quello che io ho prima letto. E quale fu la risposta, quale a simili proposte in sede di Commissione dei 19? Negativa, largamente negativa. Ci sono i verbali della commissione del resto a farne testimonianza. E dove certi principi non si sono potuti escludere, la controproposta altoatesina è giunta ad annacquare, a debilitare quello che era parso fosse un mezzo di difesa per la gente di nostra lingua. Non è il controllo delle leggi che serve, cons. Mollnig; la loro legittimità infatti è già compresa nello stesso sistema dei poteri e delle concessioni, e non è la approvazione differenziata del bilancio a costituire una difesa, perchè non comprende esso totalmente l'attività politica e la attività amministrativa. Sono le competenze in definitiva che fanno politica, tanto più, direi, che le tesi sono ormai note. « La maggioranza formata in Alto Adige dal gruppo etnico tedesco deve poter esercitare i suoi diritti anche a detrimento dei diritti della minoranza ».

Ed ha ragione, ha ragione Wallnöfer quando afferma tali concetti, ha ragione, perchè? Ma perchè per egli l'autonomia, come per la S.V.P. del resto, non è intesa come possi-

bilità e strumento di autoamministrazione e di convivenza, ma come strumento per la lotta, in nome sempre del gruppo, della razza, della cultura. No, cons. Molignoni, mi consenta, la terapia proposta non ha senso. I mali che sono nella Regione lei li vedrebbe ingigantiti e moltiplicati e riprodotti nella Provincia. Ecco perchè, modestamente, da parte mia io le consiglio anche la pillola cattolica contro questa proliferazione, alla quale io sono tendenzialmente e decisamente contrario. Tanto più che lei, me lo consenta, non è stato un buon socialista, non è stato un buon socialista con quanto ha detto. Io ricordo sempre il timor panico che mi prendeva quanto in Alto Adige dovevo tenere un comizio dopo che lei era stato su di una piazza, come una ventata di aria fresca; timore di quello che lei aveva detto sul problema altoatesino, e che io non sarei riuscito a dire. Lei, cons. Molignoni, è per la libera concorrenza, non è un socialista; prima la concorrenza la faceva al sottoscritto sul piano del nazionalismo, diciamo così, ora la concorrenza la propone nei confronti della S.V.P. E non serve, badi, non serve, non serve perchè il *Los von Trient* per Magnago è strumentale, gli serve, lo adopera per la sua battaglia politica, è ovvio. Se mi date tutta l'autonomia, dice il dott. Magnago, nella misura e nel modo che io l'ho richiesta, ma io al mercantino di Porta Portese ci lascio il *Los von Trient*, subito, non ho dubbi. Così dice il dott. Magnago, perchè i fantasmi non gli fanno paura e può accettare quindi anche una Regione fantasma, che affitterà, come del resto si affittano i fantasmi dei castelli inglesi. E' strumentale per il dott. Magnago. Intanto però lo stesso si compiace di definire la sua proposta, cons. Molignoni: « uno slogan privo di contenuto, in quanto non specifica come dovrà essere la futura desiderata Regione altoatesina ». Mentre lei invece lo ha specificato e ampiamente. Però non vale,

non vale egualmente, e sa perchè? Perchè lei è partita dal presupposto che fosse Trento ad impedire ogni colloquio, mentre in realtà è Innsbruck che assolve a questo compito. Ecco perchè non vale la sua proposta, e non glielo dico per un eccesso di trentinismo o perchè io ami fare la suocera di Jenny, no, è perchè tutto il suo ragionare per tanti versi valido, pecca proprio di prospettiva storica. Come il discorso in definitiva pronunciato qui dentro dal cons. Jenny, coraggioso tanto nell'affermare certe verità, come nel respingere certe orpellerie di una propaganda ingenerosa prima che ingiusta; ma egli ha detto di più in Austria, egli ha detto che sarebbe anticristiano e anti-umano impedire la libera circolazione della manodopera italiana in Alto Adige.

E questo sì che è un parlare nuovo e diverso, un parlare che molti dei diciannovisti hanno ignorato quanto accettavano o proponevano, come l'on. Berloff, l'allontanamento di 5.000 impiegati di lingua italiana dall'Alto Adige. Proposta questa che fu di Gruber e che l'on. Degasperi non pose neppure in discussione tanto la riteneva inaccettabile. E anche di questo, cons. Molignoni sarebbe utile parlarci, dal momento che non se ne è discusso. Non saranno mica messe a carico dei trentini anche queste 5.000 famiglie? Io penso di no, mi auguro di no. Ma mentre per il cons. Jenny si tratta del solito tributo pagato all'inesperienza, per lei cons. Molignoni ciò non vale, perchè ella è di esperienza carico.

La storia delle colpe. Vuole che le faccia la storia delle colpe? E' presto fatta la storia delle colpe, è presto detta. Prima la colpa fu di Tolomei, dopo la colpa è di Odorizzi, e poichè esiste un complesso corale della colpa nei confronti degli altoatesini, con Tolomei e con Odorizzi sono colpevoli tutti i trentini. Ma così facendo si annebbiano le idee, così facendo e così parlando si cerca e si crea la

confusione, si mortifica la verità. Ecco, vi trasformate tutti in Donna Prassede. Su questo tema state diventando, cons. Jenny e cons. Molignoni, come donna Prassede, i Promessi Sposi.

Io gliela propongo alla sua attenzione. « Era donna Prassede una vecchia gentildonna molto inclinata a far del bene: mestiere certamente il più degno che l'uomo possa esercitare, ma che purtroppo può anche guastare, come tutti gli altri. Per fare il bene, bisogna conoscerlo; e al pari di ogni altra cosa, non possiamo conoscerlo che in mezzo alle nostre passioni, per mezzo dei nostri giudizi, con le nostre idee; le quali bene spesso stanno come possono. Con le idee donna Prassede si regolava come dicono che si deve fare con gli amici: ne aveva poche; ma a quelle poche era molto affezionata. Tra le poche, ce n'era per disgrazia molte delle storte; e non eran quelle che le fossero men care. Le accadeva quindi, o di proporsi per bene ciò che non lo fosse, o di prendere per mezzi, cose che potessero piuttosto far riuscire dalla parte opposta, o di crederne leciti di quelli che non lo fossero punto, per una certa supposizione in confuso, che chi fa più del suo dovere possa far più di quel che avrebbe diritto; le accadeva di non vedere nel fatto ciò che c'era di reale o di vederci ciò che non c'era; e molte altre cose simili, che possono accadere, e che accadono a tutti, senza eccettuarne i migliori; ma a donna Prassede, troppo spesso e, non di rado, tutte in una volta ». Ecco, io mi augurerei che la lettura abbia svolto perlomeno una sua funzione terapeutica. Ma, a prescindere da questo, non v'ha dubbio, on. Presidente, che qui si è registrata una crisi di uomini e di strumenti. Qui si è fatto l'elogio del Caro Estinto, perchè anche accettando, come io accettò, il riconoscimento che in zone di confine deve ispirare le azioni degli uomini una superiore ci-

viltà, delle due l'una: o quella misura colma di capacità civile nel convivere non eravamo riusciti a raggiungerla noi o non era riuscito a raggiungerla l'altro gruppo etnico, oppure nè l'uno e nè l'altro dei due gruppi era riuscito a raggiungerla. Ma se nessuna delle considerazioni da me avanzate si pone, allora è lo strumento che ci hanno dato a denunciare la crisi. Questi sono i termini e fuori da questi termini non si può prescindere quando si fa politica.

E passo al secondo impegno: difesa degli istituti autonomistici. E come? In che modo? Con « la presenza costante presso il Governo e le autorità statali in difesa delle prerogative statutarie ». Grazie, per poi non esercitarle. E come mai? La Provincia non vuole, la S.V.P. nemmeno, come faremo . . . Ve lo dico io come faremo, come sempre. Fingendo. 16 pagine ci avete dato per dirci tutto sulla programmazione, a chi compete. 16 pagine, per rivendicare compiti e responsabilità. La programmazione è nostra, dice la Regione, guai a chi ce la tocca. E poi? E poi delegate. 19 pagine di allegati anche ci avete dato, che contengono tutti lettere di illustri personaggi che hanno detto la loro sulla programmazione. E' competenza mia, afferma la Regione. E io non accetto, le risponde la Provincia. Non accetti? No. E io ti delego. Materia, on. Presidente, che non è delegabile se ha un senso ed una logica, la programmazione. Lei è come quel tale, vede, che tenendosi la testa tutta frastornata dice: quante me ne hanno date, però ne ho anche prese. Ma che cosa ha difeso, on. Presidente, degli istituti autonomistici? Quando ha permesso e preteso che leggi votate da questo Consiglio regionale venissero modificate nella loro sostanza da una semplice firma del Ministro degli interni? Che cosa ha difeso degli istituti autonomistici?

Terzo obiettivo della Giunta: « Svolgere una politica economica e sociale di progresso ».

Con questo bilancio? Ma con questo bilancio, on. Presidente, non è possibile. Del resto lei ricorda, e lo ricorderà senz'altro, ne sono certo, quando il P.S.I. era all'opposizione? Se lo ricorda, non si discuteva allora di spese in conto capitale e di spese correnti. No, correnti erano in quel tempo le dichiarazioni socialiste sulla necessità di rivedere tutte le leggi regionali e tutti i provvedimenti. Costituivano il loro capitale queste dichiarazioni. Ed ora il bilancio ha una sua impostazione nuova. Certo, nella forma. Ma nella sostanza? Il bilancio si chiama bilancio di previsione. Ma che cosa prevede? Prevede il futuro? Quando non è nemmeno capace di accorgersi del presente. La congiuntura, noi? Mai vista. A leggere queste cifre e questi investimenti, la congiuntura da noi non c'è mai stata. Ah, sul giornale sì, lo ricordo bene! Un miliardo e mezzo di denaro nuovo, fresco, si scrisse, il Presidente della Giunta era riuscito in più dello scorso anno a farsi assegnare dallo Stato sul bilancio della Regione. Ah, sui giornali sì, lo ricordo, c'era scritto.

In realtà, on. Presidente, il miliardo e mezzo doveva essere abbondantemente decapitato di 500 milioni. Perché se è vero che le entrate tributarie sono nel 1966 aumentate di 1.455 milioni, è altrettanto vero che rispetto al 1965 le entrate extra tributarie nostre registrano una perdita di 445.750.000 lire. Un miliardo in più comunque. Un miliardo in più. Ci siamo, mi son detto, quando ho appreso la lieta novella. Con un miliardo fresco e altro denaro certamente recuperato dai soliti capitoli che si impinguano anno dopo anno, perchè piacciono tanto a papà e non si vuol fare il dispetto al papà che 20 anni fa li aveva posti nel bilancio, mi son detto, ci sarà da fare non certo una politica nuova, per carità, ma si può prendere un insieme di provvedimenti intesi a correggere, a indirizzare, a movimentare, in

questa fase di crisi, nella nostra economia e nella nostra società. Avremmo anche noi, mi son detto, la nostra brava nota aggiuntiva che fa tanto programmazione. Ahimè, on. Presidente, più che il dolor potè il digiuno. E non quello della Regione, ma quello delle Province. 500 milioni in conto art. 70. 375 milioni entro i forni delle ferroleghe. 200 milioni per l'onda di piena alluvionale. Investimenti produttivi, tutti, come facilmente è intuibile. Con tanti saluti però al signor miliardo. E vi è un secondo dato, che sta a confermare il deterioramento della nostra situazione. Quello che nasce dal raffronto fra l'ammontare delle spese correnti e in conto capitale nell'anno in corso e nel 1965. E che ci dice, di grazia, questo raffronto? Ci dice che nell'anno in corso le spese correnti trovano un aumento di 1.326 milioni rispetto al 1965, mentre le spese in conto capitale registrano una flessione di 311 milioni. Nel corso di un anno quindi le spese sono aumentate vertiginosamente, mentre si sono contratti gli investimenti. Ed è lieto l'on. Presidente di proporci percentuali, che sul bilancio delle altre Regioni incidono nel rapporto fra investimenti e costi. E questo per dimostrare come al nostro bilancio corrisponda altrove una notevole maggiore incidenza delle spese sugli investimenti.

Il discorso però mi sembra, on. Presidente, vada impostato in un altro modo, in una maniera diversa, in termini cioè di produttività. E bisogna partire da una visione generale dell'intervento per scendere poi al dettaglio, al particolare, agli investimenti settoriali. E questo per individuare una politica. Solo così, penso, sia utile il discorso. Vediamo allora che i nostri investimenti toccano la bella cifra di 8.500 milioni, di cui 5.547 rappresentano oneri fissi, in quanto quote ripartite su interventi pluriennali per i vari settori della nostra economia. Di questi 5.547 milioni, 2.500 sfug-

gono ad una nostra destinazione, in quanto stanziati direttamente dallo Stato, ovviamente, secondo le direttive del Piano Verde. Con gli altri 3 miliardi circa è presente la Regione, nel settore dei lavori pubblici, innanzitutto; in quello dell'industria e dei trasporti, nell'assistenza e nel commercio, e soprattutto nei settori classici ormai di intervento: l'agricoltura e le foreste. Sembrerebbe allora, on. Consiglieri, che se questi sono oneri fissi gli altri 2.957 milioni costituiscano la massa di manovra a disposizione della Giunta e del Consiglio per interventi correttivi e di sostegno, come un momento congiunturale può anche suggerire e può anche in definitiva richiedere. Però non è così. Dei 2.957 milioni infatti, soltanto 1.043 sono liberi da leggi, mentre gli altri 1.914 rispondono a destinazioni stabilite da leggi regionali e in direzione naturalmente ancora e sempre nella loro stragrande maggioranza dell'agricoltura e delle foreste. Verso cui, e non poteva non essere così, discendono in rivoletti altri 387 milioni degli stanziamenti liberi. Che dice allora questa constatazione? Innanzitutto ci dice l'ormai raggiunta rigidità del bilancio. Solo il 10% degli investimenti sfugge ad una destinazione obbligata.

Altra valutazione merita il problema del costo, che una simile politica comporta. Non dico il costo dei servizi. Quello lo si conosce dalle spese correnti. E ci si dice anzi che possiamo essere lieti della misura di incidenza che ancora ci consente il nostro bilancio. Intendo parlare del costo per le quote di intervento pluriennale. Oggi come oggi sono 1.320 i milioni che si pagano per il servizio dei mutui passivi. E se è bensì vero che nei piani di sviluppo delle quote di intervento pluriennale la spesa si contrae progressivamente fino al 1989, resta altresì vero che bisognerebbe finalmente trovare il coraggio di bloccare la facile tentazione di percorrere sempre questa stessa e fa-

cile strada. Non ho mai capito io perchè non si debba ricorrere al classico sistema dei prestiti obbligazionari garantiti dalla Regione, quando abbisogni una politica straordinaria. I costi risulterebbero di sicuro di gran lunga inferiori. Questa novità contabile poi, ardita, della distinzione fra spese correnti e spese in conto capitale, se tenta da una parte, on. Presidente, di far passare per produttivi gli investimenti finanziari che tali non sono, dall'altra parte invece, ancor più evidenzia la natura del nostro bilancio e la sua politica, che è quella del contributo. La peggiore, mi consenta, delle politiche. La più antieconomica. Quella che contribuisce quasi sempre a concedere investimenti che danno poco reddito o che non danno reddito, con la conseguente distruzione del pubblico denaro, con la conseguente distruzione del capitale pubblico e privato. Il che ha impedito d'altronde fino ad oggi il rinnovo nel metodo e nei concetti delle strutture del nostro credito regionale, ed ha esasperato anche l'indebitamento di privati e di enti pubblici, oltre i limiti, mi sia concesso, del consentito e del lecito. E quando poi scendiamo nel dettaglio, on. Presidente, per analizzare gli interventi settoriali, ancor più condannevole mi sembra si manifesti la politica attuata da questa Giunta.

Tre settori soltanto servono a dimostrare quanto io dico. Tre settori soltanto sono sufficienti per giudicare. Agricoltura, in conto capitale 2.979 milioni, di cui 1.129 milioni a carico della Regione e 1.850 milioni a carico dello Stato. Industria, stesso titolo, lire 665 milioni. Turismo, lire 348 milioni. Ma è possibile una politica del genere? Sì che è possibile, non c'è dubbio, ma con il risultato di ribaltare, di travolgere i dati nazionali dello sfoltimento del carico umano sull'agricoltura. E così abbiamo visto che mentre il 70% di chi aveva lasciato i campi nel restante territorio

della Repubblica aveva trovato impiego nell'industria e il 30% soltanto nel settore terziario, nel Trentino-Alto Adige è esattamente vero l'opposto: il 30% nell'industria, il 70% nel settore terziario. Situazione questa di debolezza, mi par di capire, che si è pagata ampiamente con la stretta congiunturale. Poichè in misura notevolmente più massiccia che non dalle altre parti, c'è stato il rifluire della manodopera sulla terra, nei campi. Politica assurda, mi consenta, la nostra, specie se si considera che le agevolazioni creditizie, giustamente applicate al settore dell'industria, vengono poi ampiamente accantonate nel settore agricolo, ove imperversa il denaro a fondo perduto. Anche se di contro i depositi delle casse rurali aumentano costantemente. Sono 48 miliardi nella sola provincia di Trento con un incremento costante annuo di 5.000 milioni e con la stasi quasi assoluta nel numero dei soci. E perchè l'incremento dei depositi? Ma perchè evidentemente gli operatori della terra agiscono e producono con il capitale pubblico. Il loro non lo investono, quando siamo arrivati addirittura all'assurdo di dover dare alle aziende agricole il mutuo per acquistare un motocoltivatore che può valere 100-120 mila lire. Ma quando una azienda privata non è capace di affrontare questo costo, non è una azienda. Questo è il concetto che ha sempre dominato la nostra politica. E di fronte constatiamo l'indebitamento pesante che grava sulla terra, però è un indebitamento, on. Presidente, dilazionato nel tempo, suddiviso negli anni, che si può agevolmente affrontare. Ma intanto si è prodotto quello che doveva essere prodotto dal privato con l'intervento massiccio e costante del denaro pubblico. E poi, on. Presidente della Giunta, lei ci ha parlato di nuove ipotesi per lo sviluppo della nostra economia. E afferma che « tra queste, quella che esprime i valori più elevati contempla la creazione in Regione,

nel solo settore industriale, di circa 40-45.000 nuovi posti di lavoro ». E non appena detto questo, non appena avanzata la proposta, non appena formulata la sua affermazione, lei si ferma, tira il fiato e dice: « però ci vogliono centinaia di miliardi ». Ma c'è il passato che la conforta, on. Presidente; c'è il passato che sovvienne a consolarla, il passato racchiuso nell'arco di tempo di un decennio: 1951-1961. E' un periodo quello « favorito dall'espansione economica nazionale dall'attività d'intervento regionale, che ha visto la creazione in Regione, sempre nel settore industriale, di 10-12.000 nuovi posti di lavoro ». Così lei afferma, così lei ha detto, on. Presidente. Dopo di che io ho voltato pagina, io ho cambiato testo, mi sono rivolto al testo del Presidente della associazione industriali di Trento, perchè penso che sia un uomo che se ne intende e di queste cose ne capisca. E che cosa scrive? Scrive: « Nel decennio 1951-1961 infatti la media annuale dei nuovi posti si è aggirata sui 400 circa ». Ma allora, cosa vuol dire, on. Presidente, questo? Vuol dire, se sono valide le cifre proposte dalla relazione, che in provincia di Bolzano nel settore dell'industria, in questo decennio, si son creati dai 6 agli 8.000 nuovi posti di lavoro. Il che io lo escludo e non ancora per eccesso di trentinismo, ma per un rispetto elementare alla logica.

Comunque, io penso che perlomeno sulle cifre noi dovremmo trovarci un tantino d'accordo. Ed è forse per questa situazione, evidentemente, che l'on. Presidente della Giunta affida all'Assessore Albertini del suo bilancio, sì e no il 4%. E identica mortificazione la incontra il turismo. Anche se solo fra le attività economiche è riuscito a contenere entro limiti tollerabili e accettabili la perdita, la contrazione dei posti di lavoro. Anche se siamo convinti tutti che il turismo deve diventare l'industria delle nostre valli. Un'industria che ri-

chiede però investimenti anch'essa e capitali. Quale risultato si incontra allora con una simile politica? La distruzione appunto, on. Presidente, di capitali pubblici e privati, che si erano investiti nella conseguente frantumazione dei posti di lavoro.

Eccone del resto gli indici per l'industria: Trento, ditte scomparse, e quando si dice ditte scomparse non si deve vedere la sola ragione sociale, ma si deve vedere l'elemento uomo; dietro ogni ditta c'è una persona umana, c'è l'imprenditore. Numero delle ditte scomparse nel 1965 a Trento 64 nel solo settore dell'industria, con una conseguente perdita di posti di lavoro pari a 2.502, che vanno aggiunti alle perdite degli anni precedenti. A questa cifra, per quanto concerne la provincia di Trento, vanno aggiunte altre 1000 unità lavorative che trovavano occupazione non permanente nel settore dell'industria, ma che se ne sono, nel corso dell'anno distaccate in maniera definitiva.

E gli emigrati, sempre nel corso del 1965, sono saliti, per questo stato di cose, dalle 200 circa unità del 1964 alle 600 unità, mentre le previsioni per l'anno in corso sulla emigrazione della manodopera dalla provincia di Trento nei paesi del Mercato Comune si arresta sulle 1.000 unità. Parlo sempre della provincia di Trento. Ed è dell'anno scorso, on. Presidente, la relazione proposta alla nostra attenzione dall'istituto di Mediocredito regionale, in cui si salutava il rimpatrio dei nostri emigranti come una meta conseguita ormai dalla bontà della politica regionale. Ma non è tutto. In questo settore non è tutto. Perché le aziende che non hanno licenziato sono ricorse ampiamente alle sospensioni a zero ore o alla riduzione di orario settimanale. Si sono avute di conseguenza, per la cassa di integrazione nella provincia di Trento, 1.600 domande nel corso del 1965, con un numero di ore autorizzate

pari a 3.031.285, e le erogazioni complessive della cassa sono state di 513 milioni contro i 141 milioni del 1964. E va portato come elemento peggiorativo della situazione, il fatto che all'aumento delle erogazioni integrative corrisponde da parte degli imprenditori un aumento del numero dei licenziati. Non so allora, on. Presidente, se così stanno le cose e così stanno, come si possa parlare di una « politica economica di progresso », come lei dice. Quest'ultimo si è conseguito, è vero, ma altrove. Lo si è conseguito nelle spese correnti. E non mi riferisco ai costi di questa grossa ma non grande azienda che è la Regione, a cui simbolo non sono state assunte certo le ciminiere delle fabbriche costruite ma il palazzo. Mi riferisco all'assistenza e alla previdenza, che ha di sole spese correnti nel suo bilancio uno stanziamento di 1.074 milioni. Una volta si diceva: o burro o cannoni. Oggi i tempi sono mutati, è vero. Altro burro, altri tempi. Oggi si dice: o nuovi posti di lavoro o nuovi posti letto e si scelgono i nuovi posti letto. Tanto c'è la Repubblica che è fondata sul lavoro. Todos caballeros, on. Presidente. E noi? Con il nostro bilancio? Tutti contadini e tutti assistiti. A 1.458.500.000 lire giunge oggi la spesa in questo settore, a cui bisogna poi aggiungere i 296 milioni dell'Assessore Fronza destinati all'assistenza. Tutti oneri questi destinati, una volta che li abbiamo accolti nella maniera come li abbiamo accolti, a salire costantemente in misura massiccia. Dal momento che sembra essere indirizzo continuativo della Regione in questo settore il proporre leggi, provvedimenti che estendano benefici ai pensionati di ogni categoria, ai quali naturalmente non si può attuare nessun prelievo, addossandone così il costo prima, momentaneamente, alla cassa mutua provinciale e in un domani non lontano totalmente al bilancio regionale per altre centinaia e centinaia di milioni. Con tale sistema

si è riusciti in soli due anni ad indebitare la cassa di malattia di Trento di ben 400 milioni. Che pagheremo noi. Non solo, ci si è fatti addirittura impugnare di fronte alla Corte costituzionale la legge regionale 19 agosto 1965, n. 4, con il relativo decreto, dal momento che si codificava in esso l'obbligo di prestare servizi in pura perdita. Si vede che la teoria del disavanzo, caro al Keynes, altrettanto cara è diventata alla Giunta regionale. Che non potendolo attuare in virtù di una legge sul proprio bilancio, lo rende obbligatorio sui bilanci altrui. Ma forse penso sia la nuova scuola inglese del laburismo che si è applicata in Regione, perchè le vie e le strade del centro-sinistra sono infinite. Quello che è certo invece, è il sicuro avanzo che la cassa provinciale di malattia avrebbe accumulato anno dopo anno se noi ci fossimo astenuti dal regionalizzarla. Contesto, allora, se questi sono i risultati e questi sono, il bilancio ora in discussione manifesti possibilità di sviluppo e di movimentazione per una efficace politica economica e sociale.

Ed eccoci così giunti, on. Presidente, al quarto punto, importantissimo: il rafforzamento delle istituzioni democratiche.

Punto d'obbligo. Chissà perchè, io ogni anno lo trovo, siamo stati democratici, abbiamo consolidato l'istituzione democratica. Sarebbe come in una dittatura anno dopo anno si alzasse il capo del governo e dicesse: anche quest'anno non ho lasciato parlare nessuno. Ma sullo spirito non si discute se la democrazia è spirito, on. Presidente. Siete o vi ritrovate altrimenti ad essere come il pubblicano fermo all'uscio della chiesa che ad alta voce, perchè tutti lo ascoltino, dice: Signore, io ho pagato le decime.

Democratica, on. Presidente, la elezione dei rappresentanti delle minoranze che dovevano partecipare a Roma al certame per

il Presidente della Repubblica? Ah, è stata democratica, secondo il suo concetto! E per i cittadini è democratica la assenza del tribunale di giustizia amministrativa perchè a qualcuno non piace e ad altri piace caldo. Ah, è democratico togliere la possibilità di ricorso ai nostri amministrati? Io mi sono premurato in tempo, non tanti giorni or sono, a leggere, perchè mi aveva attratto i caratteri del titolo, dell'*Avanti*. Mi son premurato di leggere che cosa fosse questa democrazia. Sa che cosa diceva il titolo dell'*Avanti* del 21 gennaio 1966? Diceva: « Cartello dei distruttori ». Io mi sono incuriosito. Ma chi saranno questi distruttori, mi sono detto? Saranno forse gli anarchici? No, i socialisti non possono considerare gli anarchici come distruttori. Saranno forse gli attentatori? Neppure, non li possono considerare distruttori. Forse gli ultimi residui dell'OAS? Questo poteva essere possibile. Sono andato a leggere il cartello dei distruttori. E sa chi erano i distruttori? Gli oppositori del centro-sinistra. Così il giornale di un partito, che è al governo per ampliare l'area democratica, aveva definito l'opposizione « Il cartello dei distruttori ». E sa che cosa diceva? Diceva che si era messa in atto « una manovra liberal-clerico-missino-comunista ». Come eri moderato, buon'anima, che ti eri fermato appena al demo pluto massonico! Eh, siamo arrivati ben oltre con i socialisti. I distruttori, gli oppositori sono i distruttori, e qui dentro il cons. Corsini è l'allarmista, il cons. Ceccon tanto è come Mery Poppins, perchè lui le cose le dice con una battuta magari, allora con un po' di zucchero la pillola va giù. I distruttori. Ma, on. Presidente, ma lei vuole una immagine di questa democrazia! Ce l'ha data il Presidente del Senato, quando ha detto: « Il Senato, dopo 35 giorni di riposo, è più stanco di prima ». Con tutto il rispetto per il Senato, non è che sia stanco, è inutile, on. Presidente

ecco cos'è la democrazia odierna, che vuole, pretende, esige soltanto yes-men, tutto sullo yes-men. E la democrazia in definitiva ha il volto e la figura emaciata e dimessa dell'on. Moro. « Posso saltare »? ha chiesto l'on. Moro, agitando il mazzetto dei suoi foglietti. E il Presidente del Senato gli ha risposto: « Faccia come crede, on. Moro ». E l'Italia televisiva ha inteso, ha sentito, ha visto che cosa serve leggere le dichiarazioni programmatiche, quando tutto si è deciso fuori del Parlamento. E' questa la democrazia? E' evidente, è nata sulla resistenza e si resiste. Resiste la democrazia. Ha resistito nel 1960 a Tambroni. Risultato: i missini in lazzaretto. E ha continuato a resistere, dopo, ai democristiani. Li chiamavano le mezze ali, vi ricordate? Le mezze ali! E' un vezzeggiativo, chiamavano così anche i socialisti, erano le mezze ali. Dopo di che si continuò a resistere, e anche i democristiani al lazzaretto. E sono arrivati dopo i liberali, al ghetto, anche loro. E per accontentarli — perchè loro sono privilegiati, tra le minoranze sono dei privilegiati —, per accontentarli hanno commemorato Benedetto Croce. E quale significato aveva la commemorazione di Benedetto Croce? Ma se era veramente quel grande maestro che era, perchè i suoi discepoli al ghetto, perchè? Perchè evidentemente si finge di riconoscere grandezza al maestro, perchè viene strumentalizzato anch'egli. Per farne che cosa? Per farne una manifestazione antifascista. Non per farne un' esempio di insegnamento politico, civile, morale, no. Manifestazione antifascista. E si resiste, è la repubblica questa della resistenza. A chi hanno resistito? Hanno resistito a Leone dopo, perchè non piaceva ai suoi alleati. E dopo hanno introdotta la discriminazione all'interno dei partiti della maggioranza, fino a Scelba. E si resiste anche con Scelba. Al ghetto anche lui, perchè non piace alle sinistre.

On. Presidente, è strano vedere come

questa funzione di far fuori volta a volta, in nome sempre della democrazia gli uomini della D.C. che non piacciono alle sinistre, sia affidata all'on. Moro. Tambroni, Leone, Scelba, ecco la triade. Ma veramente questo on. Moro è diventato il necroforo della democrazia cristiana. Ecco, questa è la strada della democrazia. Si sono esclusi gli uomini, si sono esclusi i partiti. Non è possibile che quella formula e con quegli uomini. E siamo giunti al regime. Ma chi vuole mai che creda in una democrazia strumentalizzata, come è la nostra! Io no di certo.

Quinto obiettivo. Il più incomprensibile e segreto: « svolgere un ruolo attivo per la soluzione della questione altoatesina ». Ecco, on. Presidente, è questo attivismo che mi lascia senza fiato. Perchè esso s'affaccia esattamente come tesi dopo 6 anni di sopore. Quasi contro altare all'attivismo di chi in Alto Adige ha scoperto anche da parte italiana la chiusa di Salorno. Non vantasse altri meriti la proposta, uno sì ne vanta, e grande: il risveglio. Anche negli anni che vanno dal 1915 al 1918 ci fu da noi un risveglio. Era il giornale dell'imperial regia fortezza, e si chiamava appunto « Il risveglio austriaco ». Ora, io non vorrei, on. Presidente, che tra un sonno, una veglia e un risveglio, non ci fosse rimasto il tempo per accorgerci che nel trascorrere spesso del tempo anche gli uomini e le idee trascorrono, e con gli uomini e le idee anche la storia. Io non condivido, lo confesso, la tesi che ho sentita esporre dal primo Presidente della Giunta regionale. Essere cioè finalità primaria della Regione l'amministrare gli interessi locali. E non lo credo per il documento politico stipulato in sede internazionale e che precede esso la nostra stessa autonomia. E non lo credo per lo statuto stesso che regola la nostra vita dal momento che le competenze e le rispettive norme d'attuazione entrano in materie, che

sono patrimonio geloso di uno stato, degno di chiamarsi tale.

No, io sono convinto che questa autonomia sia molto di più che semplice autoamministrazione. E per questo motivo io non ho difficoltà alcuna ad ammettere che nel momento stesso in cui l'on. Degasperi a Parigi firmava gli accordi, già aveva pensato di associare il Trentino ai vantaggi dell'autonomia. Nelle memorie di Gruber del resto questa verità è sostenuta con parole un tantino maliziose. Non si sapeva, dice Gruber, ad un certo momento non si sapeva se fossero quelli di Bolzano a spingere le cose o se non fossero piuttosto i trentini più interessati all'autonomia. Non v'ha dubbio quindi che dalla situazione altoatesina anche al Trentino vennero vantaggi. E perchè mai l'on. Degasperi questo fece? Solo per un desiderio di giovarci? Solo per il desiderio di appagare quella che era stata una aspirazione antica del suo partito? Io penso di no, io son convinto di no, credo di no. L'on. Degasperi, e sono convinto, fece questo perchè alla presenza trentina affidava il compito di ricordare agli altri cosa noi avevamo chiesto un tempo, senza nulla avere. Certo che proprio per quel nulla noi potevamo trovare in noi stessi misura maggiore per comprendere loro. Ma questa unione volle anche perchè loro nel ricordo del Trentino che fu, trovassero in sé stessi la capacità di non chiedere di più di quello che non ci fosse parso lecito. Perchè o suonava offesa, non dico a noi italiani, ma a noi uomini. Ecco, on. Presidente, allora la misura di una superiore civiltà. Solo che, on. consiglieri, ai politici non è permesso mai nemmeno un attimo solo di romanticismo. Ed anche per questo io non credo alla autonomia di casa nostra come semplice autoamministrazione. Tanto è vero che lo stesso ex Presidente della Giunta invoca le risultanze dei 19 per ripristinare una collaborazione. Ma quelle risul-

tanze proprio non rivestono significato alcuno di perfezionamento amministrativo, intese come sono invece alla riserva etnica. La verità è che l'equilibrio politico-morale, cons. Odorizzi, era già rotto fin dal suo ultimo mandato di governo. E non è valse la cura di un sonno sessennale a riaggiustarlo. Ma ciò che mi stupisce oggi in questa relazione sua, on. Presidente, è il tono affidato al risveglio. Diverso tanto e non poco da quello affidato alle fanfare dello scorso anno. C'è la presa d'atto d'un fallimento. Una rassegnazione, dirò così crepuscolare. Un senso di impotenza per fatti e avvenimenti che sono sopra di noi e sono più grandi di noi. E' forse stata la presenza socialista che ha determinato questo? Anche Kreisky per anni si è trovato il giocattolo altoatesino tra le mani, fin che gli è scoppiato. Non si ricorda lei, cons. Malignoni, quando disse, diversi anni or sono: « adesso il ministro è un socialista, la soluzione è possibile »? Se lo deve ricordare, deve. Anche Kreisky adesso è Los. Il cons. Jenny, quando avrà scritto anche lui il suo libro « parlo con Bruno » ci farà sapere, penso, di questa politica condotta per l'Alto Adige. Il razzismo fanatico prima degli Schnitzer e dei Wiedmoser, la speranza dopo con Kreisky subito annacquata dalla chiamata a correo proposta da Fùgel sulla ripristinata intransigenza. Razziale, razziale sempre. E poi il formarsi delle coppie: Kreisky-Saragat da una parte, Moro-Klaus dall'altra. E gli incontri degli uni che davano ombre e fastidio agli incontri degli altri. E la soluzione affidata al dialogo fra partiti fratelli, quando esso era fallito da tempo tra uomini fratelli qui dentro, tra di noi. Quanta acqua, on. Presidente, è passata sotto i ponti dell'Adige e sotto i ponti dell'Inn, dal giorno in cui alla dieta di Francoforte a chi di noi richiedeva cose piccole, e quanto ma quanto più piccole di quelle oggi in discussione, si rispondeva: sì, potrete ben

aver ragione, ma noi vi diciamo: beati possidentes. Si sarebbe potuto ritrovare identica beatitudo noi alla fine della seconda guerra mondiale, e si è preferito invece dire: no, tutti possidentes. E dall'altra parte? Dall'altra parte si è contestata la validità del *tutti*. E attraverso vari studi dei confini politici, che non coincidono con i confini etnici, e dei confini etnici che non coincidono con i confini politici, ma che sono più importanti di questo, via via, fino alla autodecisione, e i cittadini di lingua italiana per gli uni e i cittadini austriaci in Italia per gli altri, e la teologia della violenza, si è giunti oggi alla piena autonomia. Che del resto, on. Presidente, è quella di sempre. Oggi è inutile parlare del problema delle minoranze all'ONU, si dice, perchè ci sono 260 problemi di tal genere. Uno, perlomeno uno, per ogni nazione partecipante. Quale è l'intento allora? Tenere vivo il problema, per tempi migliori. In politica noi abbiamo dimostrato, noi italiani, come non esista, specie per questo problema, la parola fine. Assurdo, on. Presidente, che lei la richieda. Assurdo. Come è perfettamente assurda la dichiarazione proposta dall'on. Ballardini in commissione dei 19, quando disse: « Ed ecco perchè infine, la sfiducia costante dei commissari di lingua tedesca, ma soprattutto la loro riserva di appello, esplicita od implicita, contro i risultati della commissione, è ingiustificata, se esso deve essere rivolto all'Austria o ad altri organismi internazionali ». Due anni dopo, on. Presidente, due anni dopo queste dichiarazioni la strada obbligata è ancora quella: sfiducia, riserve, appello ad organi internazionali. Abbiamo sentito ieri il cons. Volgger: ci date sempre troppo tardi e sarà sempre troppo poco. E la ruota continua, e il suo arresto non è prevedibile mai. Con una certezza in più da parte mia, on. Presidente: che sbaglieremo una volta ancora noi la nostra strada, e sono perfettamente convinto.

Ed è puerile, allora, è puerile, me lo consenta, è puerile ricorrere alle accuse di nazismo, come lei fa, per condannare avvenimenti che ci fanno male, ma che non avete il coraggio voi e la capacità di attribuire ai veri responsabili. In ciò siete su posizioni analoghe a quelle comuniste. Lo spirito di Vienna, lei se lo ricorda lo spirito di Vienna? « Attentato allo spirito di Vienna » si disse da quella parte, in occasione delle luminarie altoatesine accese appunto dopo gli incontri Kennedy-Kruscev. Anzi, all'inizio, i boti erano giustificati, erano santi, perchè venivano portati contro i simboli del fascismo. Poi toccò alle case dei lavoratori e fu scomodato appunto lo spirito di Vienna. Poi saltarono gli uomini, ecco qui il nazismo. Volta a volta accompagnato, ben si intende, con il revanchismo o il pangermanesimo. A seconda dei gusti, chi più ne ha più ne metta. Ma è il nazismo allora una idea forza, che è capace di commuovere e di sommuovere, on. Presidente? E allora la combatta, e allora combattetela, e allora combattiamola, qui, con un'altra idea forza, della stessa energia. Nel discorso delle beatitudini, on. Presidente, si è detto « beati i pacifici ». Non si è detto « beati i pacifisti ». Il combattimento per noi non è esplosione di barbarie, ma è meditata scelta di civiltà. Non si combatte se non si crede. Ecco perchè il vostro sonno è, a mio modesto modo di vedere, ancora più colpevole. Ha detto Brugger, per gli attentatori: « Non si deve condannare tutto in blocco, quando si guarda alle cose da lontano. Ad alcuni sudtirolesi dotati di gran cuore, questo stesso cuore è traboccato ». Ecco, a voi il cuore non trabocca mai. D'accordo, accettato, non trabocca. Ma le cose, almeno le cose, voi le guardate da lontano, e soprattutto siete capaci, convinti, di doverle collocare in una prospettiva lontana anch'essa? Fino a questo momento purtroppo la lezione dei fatti ha dato ragione alle tesi

del M.S.I. « Gli opposti estremismi », ricordate la favola degli opposti estremismi, la pacifica convivenza era da noi impedita. La Giunta Odorizzi per l'appoggio esterno da noi dato era diventata soffocante, accentratrice, disumanizzata, ed era incapace di comprendere i problemi delle minoranze. E dopo? E dopo i nuovi pargoli, le nuove maggioranze, i dotti conoscitori delle cineserie minoritarie e minorili, per giungere a che cosa, on. Presidente? Al bilancio odierno. Sicchè a noi compete l'obbligo oggi di registrare che la politica vostra, condotta su due direttrici parallele, quante sono appunto le vostre maggioranze —, interna l'una, il P.S.D.I.; esterna l'altra, la S.V.P. —, vi porta appunto allo stesso risultato: il distacco. Non immediato il primo, da attuarsi subito il secondo. Distacco dalla nazione e distacco da Trento. Condoglianze, on. Presidente. Ma non solo a lei, ma anche all'on. Moro, che ha ribadito con le sue ultime dichiarazioni la politica del labirinto sul problema che ci interessa. E siccome l'on. Moro si è dichiarato « sensibile all'appello rivolto dal governo regionale del Trentino-Alto Adige », a me, modesto consigliere, corre l'obbligo di affermare che analoga sensibilità io sento per le parole pronunciate dal Governo a Montecitorio e a Palazzo Madama. Che si è detto in quella occasione, on. Presidente? Si è detto che nel rispetto dei diritti dell'Italia sarà garantita la pacifica convivenza fra i due gruppi etnici. Lessicalmente tutto ciò è chiaro. Saranno le concessioni poi a dirci, a confermarci se la chiarezza lessicale si è trasferita nel documento politico. Per quanto concerne invece i Patti di Parigi si è detto « che il governo italiano ritiene di avere adempiuto totalmente e lealmente agli obblighi derivanti da tale accordo ». E i 19 allora, con le loro proposte? Ah, quelli, ha risposto il governo, sono i figli della Costituzione. Infatti essi sono chiamati a interpretarne lo spirito. Senon-

chè si sono vergognati subito della loro madre, se interpretandola ne hanno proposto immediatamente la trasformazione. Ma a che servono, me lo vuol dire, le altre misure che essi hanno studiato? Il governo ha risposto che servono « a superare la controversia in corso con l'Austria sulla applicazione dell'accordo Degasperi-Gruber ». Se ho ben capito allora le cose stanno così. Noi diciamo: l'accordo è attuato; gli altri dicono: non è vero. Allora noi mettiamo assieme una commissione, perchè attui altre proposte al di fuori degli accordi e preghiamo l'Austria di riconoscere ufficialmente che abbiamo attuato l'accordo. E qui siamo, me lo consenta, in termini di pura follia.

Il cons. Molignoni ha affermato il primo giorno del suo intervento, che gli italiani di Bolzano non chiedono di essere difesi. Cons. Molignoni, non lo chiedono perchè forse sono convinti che si tratti di una follia tranquilla!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Dallo Stato ho detto che devono essere difesi!

PREVE CECCON (M.S.I.): E poi guardi, io penso che lo smarrimento attuale degli italiani di Bolzano sia dovuto a tutto questo problema dei prestiti. Però non appena si accorgeranno di dover scegliere tra un trentino prestato all'Italia e un trentino prestato all'Alto Adige io non ho dubbi che opteranno per il primo. Anche se i tardivi epigoni ragionano appunto in termini di pura follia. Ciò che più mi ha colpito però delle dichiarazioni dell'on. Presidente del Consiglio è la affermazione « che il governo italiano si accingeva a decidere autonomamente in merito ai suggerimenti della commissione ». Seguite dall'altra proposta subito dopo, che richiamandosi all'incontro Saragat-Kreisky, sostiene come si siano ritrovate in esso delle formule, « le quali consentono nello stesso tempo di affrontare autonoma-

mente i problemi interni e di porre termine alle controversie sul piano internazionale ».

Ecco, il governo dice: nuove formule. Può darsi, può darsi che il professore Primicerio come ne aveva trovata una per il Vietnam, sia riuscito a vararne un'altra per l'Alto Adige. Può darsi, non lo so. La Pira non ci ha ancora detto niente in merito. Per ora io ne conosco un'altra, conosco quella di Federico III, espressa nella sigla A.E.I.O.U. e che nessuno riusciva mai a decifrare fino a quando il sovrano stesso non si decise di rompere il mistero. Voleva dire « Austries est imperare orbis universo ». Solo che il progresso cammina, ed oggi i prodotti sintetici hanno deprezzato la formula. Ma l'autonomamente, questo avverbio usato due volte dal Presidente del Consiglio: l'Italia decide autonomamente, l'Italia affronta autonomamente i problemi, come lo mettiamo? La commissione dei 19 è un organo interno di studio per una soluzione interna. Le sue conclusioni allora non potevano formare materia di trattati e di sondaggi con l'Austria, tanto più che talune concessioni vanno oltre e abbondantemente agli accordi di Parigi, i soli sui quali l'Austria sia abilitata a discutere. Quelle proposte poi, il Governo non le conosceva, non le aveva studiate mai. Neppure quando a sua insaputa e a scatola chiusa vennero offerte a Kreisky. Vien da ridere allora se si sente parlare di decisione autonoma che il Governo assume, quando ha discusso invece ogni dettaglio con il richiedente. Ma si è fatto di più e si è fatto di peggio. Si è accolto cioè il collegio d'arbitrato internazionale. Ancorando con ciò concessioni che sono al di fuori dell'accordo, ad un accordo sul quale l'Austria può intervenire e ad esercitare sempre l'interferenza sugli affari di casa nostra. E a chi lo dobbiamo questo, on. Presidente? A Saragat. Lo dobbiamo a Saragat, « il viennese », come lo ha salutato la stampa austriaca il giorno del

suo ingresso al Quirinale. A Ginevra egli agì personalmente all'insaputa del Governo, senza nulla dire, e il pacchetto dei diciannovisti venne lanciato là sul tavolo della trattativa. Poi a Parigi il resto. Compreso l'organo di controllo, on. Presidente. Lo ha detto Kreisky questo, alla conferenza stampa del suo partito, il 25 ottobre del 1965. E poi si dice che gli italiani di Bolzano non vogliono essere difesi! Ma verso chi non vogliono essere difesi? Verso l'Austria. Hanno ragione, io sono convinto, verso l'Austria non vogliono essere difesi, perchè saprebbero e sanno cavarsela da soli. E' verso il governo italiano che devono essere difesi. Quel governo italiano che con formule, formule e formulette minaccia di mettere gli italiani dell'Alto Adige nella formalina, per trasformarli da soggetto a oggetto di politica in casa nostra. E se fino ad ora le mie parole sono state proposte per ciò che il Governo ha detto, mi permetta di proporle talune per ciò che il Governo non ha detto. Innanzitutto nelle passate riedizioni della formula di centro-sinistra, sempre in dichiarazioni proposte alla Camera, si era respinta la concessione dell'arbitrato internazionale, già fatta da altri. Ma nei giorni scorsi invece il silenzio, non se ne è parlato. E' mutato qualche cosa forse? E' cambiato qualche cosa nella nostra politica? C'è stato un incontro al Quirinale, Klaus-Kreisky da una parte, Moro-Saragat dall'altra. Mancava Fanfani per via di una buccia di banana, c'era invece il sottosegretario agli esteri che, confessiamolo, oltre ad essere un tantino brutto è anche socialdemocratico.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Di pure che è brutto forte, è il più brutto che esiste!

PREVE CECCON (M.S.I.): Diciamo un tantino, cons. Molignoni. Comunque, assente il ministro degli esteri, si è parlato dei nostri

fratelli separati, dal momento che gli uomini di stato austriaci erano in Italia per il Concilio. Però io sono profondamente convinto che questo è uno strano procedere in un paese democratico. Ma dal momento che gli uomini di stato austriaci erano stati all'internazionale bianca a Taormina, avranno detto: sì, ad Acitrezza i Malavoglia ci stanno bene, ma a Roma, no. E allora mi dica perchè è scomparsa ogni ripulsa all'arbitrato internazionale nelle ultime dichiarazioni del Presidente del Consiglio? Forse per difendere quella che è stata la linea dell'ex Ministro degli esteri? Non basta dire, come lei fa: si definisca! Dobbiamo sentire il dovere di pronunciarci anche talvolta sul come si deve definire.

E vi è un'altro silenzio pericoloso nelle dichiarazioni del Presidente del Consiglio. Si è affermato infatti che il Governo « intende avvalersi delle conclusioni dei 19, applicandole in modo da venire incontro alle giuste aspettative di tutti ». Ma come, come on. Presidente? A scatola chiusa? Privando in tal modo l'Italia del suo potere contrattuale? Per eternare ancora e sempre la politica del carciofo? In altre dichiarazioni si era sempre affermato inscindibile l'attuazione delle concessioni, con la chiusura della vertenza. Di questa impostazione ora ci si è scordati, non se ne parla. Ed è di questo allora che si deve discutere, dal momento che su questo problema il pensiero socialista si è incarnato. E non parlo del pensiero di Bissolati o di Riboldi, riscoperti e riproposti con una costanza ciclica che fa onore ai licanthropi della politica, ma parlo del pensiero dell'on. Nenni, quando afferma: « Il terrorismo non deve distoglierci dall'applicare le norme suggerite dalla commissione dei 19, per assidere su basi di maggiore fiducia i quotidiani rapporti con la popolazione di lingua tedesca, sia che si raggiunga alla svelta l'accor-

do con l'Austria, sia che esso dovesse essere ritardato ».

E non ha capito, me ne spiace, non ha capito il vicepresidente del Consiglio che l'umanitarismo non c'entra, come non c'entra l'illuminismo nella vita dei popoli e degli stati. Se tutte queste cose fossero vere, il cristianesimo avrebbe già dotato i popoli da tempo di governi diretti da sacerdoti o da pastori. I quali si sono presentati, è vero, sono diventati guide di popoli, ma a volta a volta sono stati Robespierre o Teillerand, o sono diventati Stalin o Lutero o per altri versi Ardigò, mentre i monsignori che volta volta ebbe l'Austria alla guida o la Cecoslovacchia alla guida dei governi, prepararono la strada ampia e spaziosa all'affermarsi del nazismo. E l'on. Nenni, che è uomo di cultura, queste cose le dovrebbe sapere. Le può ignorare il socialismo altoatesino, che richiede pervicacemente la stessa cosa del vicepresidente del Consiglio. E se non c'entra allora l'umanitarismo, non c'entra neppure la popolazione. Non è la popolazione che fa politica. Io su questo non ho dubbi. Non è la popolazione altoatesina che fa politica. Le concessioni dei 19 poi sono superate ormai e non bastano. Perchè? Perchè non si vuole oggi rinunciare alla soluzione dei problemi di domani. Così si è detto. E noi? E noi, nell'eterno indefinito, on. Presidente. Ma non è pensabile neppure l'opera degli amministratori, affogata com'è nell'incertezza. Non dico l'opera dei politici, perchè per loro purtroppo esiste la paralisi. Ma sono le popolazioni in definitiva, gli abitanti di questa terra, a non possedere mai la certezza di ciò che è bene e di ciò che bene non è. E non lo si può imporre loro questo continuo ricatto, accontentandoci del mugugno ad ogni presentazione di bilancio. Dobbiamo chiedere noi che sia finita, on. Presidente. E' un problema interno? No, ci si è detto no, lo si nega. E' internazionale, perchè

esiste l'accordo di Parigi. Allora vede, l'Austria diventa il partner, si inserisce nel dialogo, e chiede e tratta, ma non conclude. Perché in quel momento il problema ridiventa interno, si accantona l'Austria e avanza la S.V.P., che tratta per suo conto con il Governo. Ma questo è un procedere ridicolo, è un procedere che nulla ha di serio, sotto l'aspetto diplomatico. L'Austria all'ONU che cosa fa? Accusa, minaccia. E l'ONU che dice? Trattate, mettetevi d'accordo, per appianare, per concludere. Ma l'Austria in quel preciso istante non conclude, perché i tutelati non lo vogliono. E allora che cosa va a dire l'ONU all'Austria? Va a dire forse che la S.V.P. non vuole l'accordo? E il Governo italiano allora, io mi domando, perché tratta con chi non può assumere impegni? Mi consenta, però così come è messa non è materia per uomini di Stato, non è materia per uomini politici, è materia per Pirandello. Qui siamo al dramma, non siamo alla diplomazia. E si va avanti così da sempre. E' l'eterna girandola da vent'anni. Al tribunale dell'Aja no, perché il problema non è giuridico ma è politico. Ricorsi alla Corte costituzionale? Mai, perché le sentenze sono politiche e non hanno nessuna base nel diritto. Si parla di concessioni autonome sulla base dei 19. Ma l'Austria, on. Presidente, ha dichiarato già che non sono sufficienti. E la S.V.P.? La S.V.P., recitato il suo atto di fede in Kreisky, di speranza in Moro, di globalità su tutti e due, dice che queste concessioni non vanno bene, le respinge. Sempre troppo tardi e troppo poco. E' tempo di sortire, mi creda, dalle enunciazioni, dalle fumisterie. Si dica che l'ONU ha indicato la strada per la soluzione, qualora uno dei due contendenti non intenda ragione: il tribunale dell'Aja. Non si abbia paura di adire all'Alta Corte. Solo allora vede, on. Presidente, potrà vedere la parola fine sullo schermo della vicenda altoatesina. Solo allora. Altrimenti

continuerà ancora a spiccare sempre la frase « ogni riferimento a persona o a fatti della presente pellicola sono puramente casuali ». E la programmazione riprende da capo, con vecchi e nuovi spettatori, con vecchi e nuovi attori. Tanto in provincia di Bolzano la maggioranza ce l'hanno loro.

Ed ora passo alla politica delle cose. Che non ha, a mio modesto modo di vedere, volto migliore di quello che ci ha manifestato la politica degli uomini.

Si sono investiti in Regione, per nuove attività industriali, da parte degli imprenditori a tutt'oggi, dice lei, on. Presidente, 45 miliardi e mezzo. Questo dice la sua relazione. Cifre indubbiamente per la statistica belle, solo che bisogna, on. Presidente, porsi una domanda: come si è investito. Sul quanto possiamo anche essere d'accordo, tutti, e anche il quanto serve ad individuare una politica. Ma è il come che ci permette non solo di valutare, ma anche di illuminare una politica. Perché anche la Bianchi, tanto per fare un nome, ha richiesto investimenti, e tanti. Anche la FIR ha attuato interventi, e molti, per 1.200 milioni ed è in liquidazione. Come in liquidazione sono talune, diverse, delle molte aziende che l'hanno avuta nutrice ed ostetrica. Anche questi sono miliardi, usciti di qui, da questa terra, per una politica che è stata una politica dei governi regionali. E vanno aggiunti, io dico, al costo privato della industrializzazione. Ma non è tutto, perché anche i comuni esistono, o taluni tra i comuni, che hanno accumulato debiti per imprese morte. Trento, ad esempio. Trento non sfugge a questa legge, con la Panhard. E così la conca del Tesino. E così Condino con il suo calzaturificio, che ha prodotto uniche scarpe per noi, ci ha fatto le scarpe per noi e per la economia regionale, poi è scomparso, mangiandosi l'investimento del denaro pubblico.

Il discorso sul come quindi, on. Presiden-

te, non è, a mio modesto modo di vedere, dei più positivi per la on. Giunta. E si aggrava e si deteriora, se poniamo mente a quella che fu sempre l'impostazione data dalla autorità politica e del credito al problema nostro della industrializzazione. Quanti posti? Sempre questo si è chiesto. Quanti nuovi posti di lavoro creeremo. On. Presidente, il numero dei posti di lavoro è una delle componenti per valutare la bontà di una operazione. Non è certo la meta dell'operazione. Non è importante infatti tanto creare nuovi posti di lavoro, quanto creare e assicurare la continuità del reddito. Porre una richiesta di natura numerica a chi opera è pretendere direi quasi una bugia, perchè la risposta ovvia sarebbe: non lo so. Quanti posti nuovi? Non lo so. Ve ne siete accorti con le nuove aziende della zona del triangolo, del piccolo triangolo nostro, la zona Ala-Avio. Quanti posti, si è chiesto? Centinaia di posti, tanti. Ogni azienda, tantissimi. E poi? E poi tutti dimezzati. E poi gli operai dimessi o messi in cassa di compensazione. I nomi io li risparmio delle molte aziende che sono incorse in questa situazione, anche perchè è veramente antipatico parlare di nobili decaduti. Ed è qui allora che ritorna valida l'affermazione proposta dall'on. Presidente della Giunta, allorchè rileva da noi l'assenza di quelle attività ad alto dinamismo che hanno favorevolmente influenzato l'andamento produttivo nazionale. Aziende di questo tipo, niente. Anzi direi che le nuove attività sorte nella nostra terra sono figlie purtroppo del boom, e per questo han fatto bum nel momento della stretta congiunturale. Ed è qui, a mio modesto modo di vedere, dove si debbono ricercare i motivi della crisi. Perchè la crisi c'è la crisi esiste. L'edilizia è bloccata e non c'è GESCAL che tenga, capace di rimetterla in movimento. Le ferroleghie sono in difficoltà. La SLOI chiusa. La Montecatini

di Calceranica ha fatto la stessa fine. Più di 500 operai nella nostra provincia in questi due soli settori hanno incontrato il licenziamento. Ed è dei giorni scorsi l'accenno posto dal comune di Trento su due aziende che hanno incontrato la stessa sorte, perchè non hanno mantenuto alla promessa di assumere i nuovi lavoratori. E allora io mi son chiesto tante volte dove dovrebbe essere attuato l'investimento massiccio delle disponibilità finanziarie regionali? Perchè la nostra è una stasi a basso livello, sotto la quale non si può andare, sotto la quale c'è il fallimento. Dove la Regione può insistere di intervenire? Noi tante volte ci siamo fatti il discorso delle infrastrutture. Abbiamo sempre pensato che le infrastrutture sono costituite dalle strade, dai ponti, dagli allacciamenti idrici, dal piano urbanistico. Non è vero, on. consiglieri. Le infrastrutture per la provincia di Trento sono costituite dalla grande industria. E' soltanto dalla grande industria che possono nascere le nuove fonti di sviluppo per le ulteriori attività. Ma non vi siete accorti che, proprio dove le nuove aziende erano sorte, al momento della congiuntura si è incontrato il fallimento, si è incontrata la difficoltà? Perchè? Ma perchè evidentemente esse erano sorte contro le regole economiche e biografiche. Non avevano motivo di sorgere dove sono sorte. Non avevano motivo di venire, perchè mancavano anche le componenti umane perchè potessero svilupparsi. E la grande industria? La grande industria c'è, esiste, è presente, si chiama Montecatini e si chiama Edison. E allora bisogna avere il coraggio di affrontarlo il problema e di dire: signori, quanti posti di lavoro avete dato all'economia trentina? 2.000 posti? Benissimo. Voi avete ogni anno 95 miliardi di nuovi investimenti, perchè tanti lo Stato ve ne dà per la nazionalizzazione dell'energia elettrica. Che cosa vi occorre per passare dai 2.000 ai 5.000 posti?

Che cosa vi occorre, tenendo presente che con l'autostrada c'è il ponte, la Regione sarà il ponte tra l'economia del nord e il mare, Marghera, dove già voi siete presenti e operate? Che cosa avete bisogno per elevare i posti di lavoro presenti nella nostra provincia? Che cosa vi risponderanno? Vi risponderanno che hanno bisogno innanzitutto dell'energia elettrica, e che hanno bisogno degli investimenti a tasso favorevole. Ed è qui che dobbiamo giungere noi. Malgrado la triste esperienza della FIR. Malgrado la triste esperienza vissuta dalla finanziaria regionale. Io sono convinto che ancora lì noi dovremo ancorarci, dobbiamo creare il grosso istituto finanziario, perchè i tassi facilitati vengano impiegati nei confronti della grande industria. Solo se noi la grande industria la considereremo appunto come infrastruttura necessaria allo sviluppo economico della nostra provincia potrà esserci un domani e un avvenire per la nostra economia. Altrimenti esso non sarà possibile.

Ed io, on. Presidente, ho finito. Ho finito ed era tempo. Questa mia analisi critica, on. Presidente, non avrebbe senso se non fosse accompagnata dalla responsabilità. E' quella che mi dice quanto dell'aspetto negativo fin qui messo in risalto, sia dovuto a responsabilità diretta di uomini o non piuttosto alla situazione generale in cui gli uomini hanno avuto il torto, a mio modesto modo di vedere, di non aver voluto incidere subito.

Sul bilancio, non v'ha dubbio, la mia posizione non può essere che negativa. Perchè non approvo la politica che il bilancio configura. Sulle dichiarazioni dell'on. Presidente, invece, posso convenire, su talune analisi, su certe conclusioni, su particolari aspetti dei molti problemi che lei ha affrontato. E ciò vale anche per il problema più propriamente politico, se non addirittura umano, dell'autonomia.

Anche qui allora è sempre la responsabilità a sovvenire. Io appartengo ad una formazione politica, che ha sempre combattuto il regionalismo, perchè antistorico e antinazionale.

Per questo motivo le autonomie locali per noi, nella nostra visione, andavano ancorate saldamente agli enti tradizionali del popolo italiano: i comuni e le province. Logico, se questa è la nostra visione. Logica allora la proposta dell'on. La Malfa per abolire le province. Ma se questa, on. Presidente, è la nostra posizione, logico che io prenda atto della crisi che ha percossa la maggioranza. E non per fare offerte, che del resto sono legittime. Ma per ricordare piuttosto a noi stessi ed agli altri, che pur nella posizione negativa per questo mondo politico, noi sapremo sempre, da soli e in silenzio, valutare se gli interessi obiettivi e reali della nostra gente, della nostra terra, reclamano un diverso atteggiamento.

A lei, on. Presidente, una cosa sola vorrei ricordare, se mi è consentito ricordare qualcosa. Ogni volta che dovrà affrontare temi politici nostri, regionali, si ricordi delle parole dell'angelo. Perchè non se ne renda degno lei: « Scio opera tua: quia neque frigidus es, neque calidus; Utinam frigidus esses aut calidus! Sed quia tepidus es, et nec frigidus nec calidus, incipiam te evomere ex ore meo ».

Se ne ricordi, perchè purtroppo in questa attività politica io ho incontrato tante coincidenze fra il suo agire e il suo operare, e quello che non deve essere l'agire e l'operare, come l'angelo lo ha enunciato.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Grandi.

GRANDI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri. La mia voce non avrà certamente il tono vigoroso del cons. Ceccon che mi ha preceduto, tuttavia avrà forse un certo

ottimismo, un poco più vigoroso direi, sebbene io pensi che sia il mio ottimismo realistico. Io accetterò volentieri da parte mia l'invito fatto più volte, mi è parso, durante i seri dibattiti di questi giorni, e posto chiaramente anche questa mattina, di un confronto di idee per incontrarsi e per capirsi in questa sede. Lo allargo per un invito all'incontro anche fuori del Consiglio, sui grossi temi che ci occuperanno durante questi mesi prossimi. Ritengo infatti utile esaminare, brevissimamente, l'aspetto della programmazione di fronte all'opinione pubblica. Il testo del piano di sviluppo che ci è posto dinanzi, sia per il periodo lungo di circa 30 anni, sia per il prossimo quinquennio, presenta a grandi linee questi criteri: la ricerca di una migliore ripartizione dei posti di lavoro e di uno sviluppo dei redditi; la ricerca della riduzione degli squilibri settoriali e territoriali; e il miglioramento dei servizi. I compiti affidati alla nostra Regione sono l'elaborare proposte organiche ai fini di questo programma e indicare i fini regionali che esso programma dovrebbe perseguire. La prima annotazione, che mi sembra giusto fare riguardo a questo quadro, è che esso potrà, se bene applicato, avere un notevole mordente sull'opinione pubblica, a mio parere, perchè individua delle mete esatte, molto vaste ma esatte, e nonostante gli inevitabili limiti delle capacità umane, entro i quali potrà essere realizzato, risponde alla realtà delle esigenze delle popolazioni. Questo infatti mi sembra il primo criterio, in base al quale noi ci dovremmo muovere nel nostro lavoro: tener presenti gli aspetti della vita quotidiana della nostra gente, le sue esigenze, e adattare quanto meglio è possibile il piano a coloro per i quali in definitiva esso sarà fatto. Non sarà un aspetto facile del compito questo, credo, e richiederà una cordiale e paziente riflessione. Per certa parte delle nostre popolazioni il giro degli interessi

potrà essere a volte limitato, magari anche chiuso. E' una tendenza questa che si riscontra nel nostro carattere, ci si rimprovera, e che noi stessi ci rimproveriamo se occorre. Ma queste esigenze di vita hanno aspetti quanto mai concreti ed esatti, dai quali non si potrà prescindere facendo una programmazione, se vorremo che le fatiche di previsioni e di realizzazioni complesse quanto lo sono queste, abbiano una base sufficiente di adattabilità. Andranno dunque piegate, a mio parere, e calate queste grandi linee che adesso sono davanti a noi, con la semplicità che è sempre richiesta dalla realtà delle cose. Abbiamo d'altro canto una notevole parte dell'opinione pubblica, della popolazione, che ormai per suo conto è più preparata a queste linee del futuro, e direi anche appassionata, e ci stimola anzi a realizzazioni. Anch'essa però chiede delle realizzazioni concrete, aderenti, in cui essa possa avere fiducia. Il trovare tutto questo oggi non sarà tanto facile, tutti noi sappiamo le difficoltà in cui ci muoviamo e la vastità immensa dei problemi, che ci sono posti dinanzi. Tutte queste esigenze però, a mio parere, andranno consultate, perchè allora la fisionomia di un lavoro tanto vasto sarà sentita con solidarietà dall'opinione pubblica, non sarà sentita come un compito estraneo a lei e un pochino anche come un gioco, quasi una specie di esercitazione tecnica, lontana, quasi un diversivo, che il mondo politico le pone di fronte.

Il secondo notevole aspetto però del piano, secondo quell'impostazione che in questo momento dò, ma primo probabilmente come valore, è l'azione di slancio e di apertura, di sviluppo che si propone e anche si esige. Ed è un'altra responsabilità grossa di ognuno che avrà il compito di collaborare. E' un'azione di rottura di limiti troppo ristretti, di quei limiti che anche qui sono stati ricordati a volte,

e che ci fanno paura, di quel certo campanilismo, di quella certa chiusura deleteria, ed è una responsabilità alla quale evidentemente non possiamo sottrarci. Del resto non abbiamo nessuna intenzione di sottrarci. E qui appare chiaro che il piano, per quanto porti l'aggettivo di economico, non si limita però ad essere affatto un piano del mondo economico. Le dichiarazioni iniziali sottolineano subito chiarissimamente che vuole essere un piano di sviluppo generale, che abbraccia naturalmente il campo sociale, il campo culturale nel senso più vasto della parola, il campo scolastico, un piano di sviluppo dunque della persona vera e della intera comunità. La cosa diventa ancora più difficile evidentemente, sebbene ancora più valida.

Così delineato, questo piano interessa, e direi anzi compromette in certo senso tutti i settori della vita della società, perchè da tutti dovrà chiedere collaborazione e di tutti avrà bisogno della collaborazione. Ci sono del resto premesse buone, a mio parere, a questo riguardo, proprio nel lavoro e nell'esperienza della Giunta regionale e delle due giunte del consiglio provinciale. Non è la prima volta che il Presidente della Giunta regionale e gli Assessori si pongono anche concretamente mete più rigorose di sviluppo, di perfezionamento, di una migliore spendita del denaro, di coordinamento dei servizi. La Regione ha curato le conferenze per i vari settori, ha curato studi organici, ad esempio quello nel campo sanitario e previdenziale. La provincia di Trento, per fare un esempio, ha il suo piano urbanistico ormai controllato e nello stesso tempo disponibile a un coordinamento di tipo regionale. La vita della provincia di Bolzano mi è personalmente meno nota, ma mi sembra che si veda chiaramente, anche a un occhio un po' estraneo, ciò che la popolazione dell'Alto Adi-

ge a volte sa fare e come sa darsi una organizzazione valida nei settori che sente e cura.

Tutte queste sono premesse naturalmente ancora limitatissime. Non sarà certo una cosa da poco organizzarle e coordinarle. Tuttavia sono delle premesse che, se noi arriviamo un pochino tardi nella nostra impostazione di un piano di coordinamento, possono d'altra parte aiutarci.

A questo punto, nel momento in cui lo Stato ci fa una proposta precisa, si tratta finalmente di dare una fisionomia più organica e unica a queste anticipazioni che si sono avute fino adesso, sagge, coraggiose, anche se necessariamente molto limitate al loro ambito. Non è da stupirsi se il momento del coordinamento sarà il più difficile e ci richiederà notevole sacrificio, perlomeno notevole buona volontà, e non è da stupirsi se le realizzazioni saranno poi sempre inferiori alle aspettative nostre e forse anche dell'opinione pubblica. Io credo però che l'opinione pubblica questo lo possa capire, se vede che il lavoro predisposto è aderente alle sue esigenze e nello stesso tempo è risposta a quel desiderio di miglioramento che si nota già molto forte oggi, credo che potrà capire e collaborare, anche se i tempi saranno più lunghi di quello che potrebbero sembrare e se le realizzazioni saranno più limitate di quello che si potrebbe desiderare. E' certo però che, a mio parere, l'opinione pubblica interessata a questo e che sarà interessata ancora maggiormente durante i prossimi mesi, conosce queste premesse del nostro lavoro, e attende adesso di vedere se la fatica di uomini, più ancora che la spesa di denaro che finora è stata messa in questi studi, sarà da un piano organico valorizzata o non si riuscirà a valorizzarla. D'altra parte penso che l'opinione pubblica stessa sarà confortata dalla stessa azione dei politici ad aprire ancora maggiormente le sue possibilità e le sue esigenze su questo caso.

Indietro certamente non si torna, siamo già nella necessità, come dice la relazione del Presidente della Giunta regionale, di intrattenere rapporti con la comunità europea. Questo significa che la integrazione europea ci corre incontro, ci corre addosso, vorrei dire, non si può fare a meno di sentirne l'urgenza di apertura, apertura probabilmente vastissima anche

in certi campi. Questa esigenza di apertura e di completamento va sentita con simpatia e con urgenza, ma ad ogni modo bisogna sentirla con il sentimento dello sviluppo storico.

PRESIDENTE: La seduta è tolta e viene rinviata a domani alle ore 9.30.

(Ore 10.08).

